

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Besteht für die sechsstelligen Anzeigen
über deren Raum 40 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Verord-

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 22. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Parteitag.

Der Vorsitzende des Parteitages fasste in der Schlussansprache
die Ergebnisse der Dresdener Woche bündig und treffend zusammen.
Er erklärte, der Parteitag habe erwiesen, daß die deutsche Social-

was sie über die einzelnen Personen, die dabei in Frage
kamen, ausgespart hatten. Es war völlig unnötig, die Angelegenheit
des Genossen Wehring vor den Parteitag zu ziehen.

Auch das Verfahren des Parteitages in der Taktikdebatte
war kein glückliches. Auch hier war die unbeschränkte Redezeit nicht
das Richtige; man hätte gewiß besser getan, einem Referenten und

Ein anderer und noch weit beträchtlicher Mangel in der
Behandlung der Taktikfrage hat sich aber darin herausgestellt, daß
unter den leitenden Instanzen unserer Partei nicht diejenige ununter-

Das Ergebnis der Taktikdebatte ist die Abweisung aller
etwasigen Reaktionen, den Klassenkampf des Proletariats abzuschwächen
und durch eine weiche Taktik die Siegesaussichten unseres Kampfes

Wir schätzen überaus die Sorge unseres Weibel um die
Erhaltung der stolzen Unabhängigkeit und des Kampfscharakters unserer Partei,
aber es dünkt uns, daß er sich in diesem Falle zu sehr

der Parteigrundlagen und als Auslieferer des Proletariats an die
Bourgeoisie, daß die andern als eigenmächtige Diktatoren bezeichnet
werden. In der Arbeiterwelt wird Vertrauen zu den Führern und

Vielleicht zeugt man uns, da wir diese Ansicht über die
Zerungen unseres Parteitages aussprechen, wiederum der Reizung
zum „Verlusten“. Wir ertragen diesen Vorwurf in aller Gelassen-

Wir fehlt das Verständnis für die Notwendigkeit, unmittelbar
nach einem glänzenden Feldzug ohne Notigung Fragen
aufzuwerfen, aus denen — wenn auch natürlich mit Un-

Wir sind dieser selben Meinung huldigen, darum mußten wir
uns entschließen, nach den Ergebnissen und Erfahrungen von Dresden auch
unser höchsten Parteiführer, dem Parteitag selbst, ein kritisches

Uebertreiben wir nicht unsere Meinungsverschiedenheiten.
Gehen wir gegen den Feind!

Saurahütte.

Wenige Tage nach dem Saurahütter Kravall erscholl in der
halakisthischen Presse der Ruf, der Kravall sei von nationalpolnischer
Seite gemacht worden, zumindest aber auf die „Geherren“ zurück-

In der Gerichtsverhandlung, welche hinter uns liegt, ist dieselbe
Bemerkung in schüchternen, unsicherer Weise vorgebracht worden —
irgend welche Proweise ließen sich hierfür nicht finden.

Die Argumentation der Halakisten war sehr einfach: Bei dem
Kravall war fortwährend „Goo! Korfant!“ gerufen worden.
Korfant ist ein Nationalpolen. Also war der Kravall — national-

Nichts falscher als dies. Um hierfür die ausreichende
Erklärung zu geben, müssen wir mit einigen Worten auf das Wesen
der oberschlesischen nationalpolnischen Bewegung eingehen, wenigstens

Es ist nämlich kennzeichnend, daß die Tausende von ober-

Es ist das Klassenbewußtsein, das in diesen Worten zum Aus-

Die nationalpolnischen Führer haben sehr wohl getruht, daß
dieses Klassenbewußtsein, der bewußte Gegensatz zu Kapital und Re-

Die nationalpolnische Bewegung hatte also ihren Zweck er-

Wenn wir bedenken, daß zahlreiche oberschlesische Gruben und
Hütten im Besitze der Centrumsmagnaten sind, daß weiter das
Centrum durch seinen Brotwucher und seine „socialen Politik“ sich

Und in diesem einzigen Rufe spiegelt sich wieder der bewusste Gegensatz zu Kapital, Regierung und politisierender Geistlichkeit, in diesem Regierung und Kirche sind in Oberschlesien eins — ihr politischer Vertreter ist — das Centrum.

Und nun bedenke man zweierlei: Erstens: die unglaublichen Provokationen der Centrumsgeistlichen während des Wahlkampfes, den Mißbrauch der Kirche zu Centrumszwecken, die Unmöglichkeit für die Nationalpolen und Socialdemokraten, auch nur eine Versammlung abzuhalten, und zweitens: das kulturelle Niveau des ober-schlesischen Arbeiters.

Von dem ersten Punkt haben wir schon oft gesprochen und werden es nicht wiederholen. Nur eins sei gesagt: Man kann sich gar nicht denken, welche Erbitterung die religiösen, frommen Ober-schlesier erfasste, wenn sie zur Kirche gingen und dort statt des Trostwortes Beschimpfungen ihrer politischen Führer und Lieblinge hörten. Der Hirtenbrief von Kopp that das übrige, um die Gemüter zur Siebehe zu bringen.

Und dann bedenke man, auf welchem kulturellen Niveau die ober-schlesische Arbeiterbevölkerung steht. Man sehe in die Wohnungen hinein, in denen dies Geschlecht aufwächst. Man blide in die unterirdischen Tiefen, in denen Tausende ihr Leben unter steter Gefahr verbringen. Man betrachte die ranke und rohe Behandlung, welche die ober-schlesischen Arbeiter sich gefallen lassen müssen. Man bedenke, daß die Schule, welche nur deutsch lehrt, nur minimale Erfolge bei einer Bevölkerung haben kann, die fast ausschließlich polnisch spricht. Man bedenke, daß unter herrliches Germanisierungssystem Tausende und Abertausende von Oberschlesiern aufgezogen hat, welche polnisch sprechen und denken — aber polnisch nicht lesen können; welche deutsch zwar lesen können — aber das Gelesene nicht verstehen! Man bedenke, daß solche Leute absolut keinen kulturellen Einfluß zugänglich sind. Die Kirche hat die Arbeiter gelehrt, untolerant zu sein. Die Kirche hat sie gelehrt, daß man socialdemokratische Flugblattverbreiter schlagen müsse!

Systematisch hat man es verhindert, daß in Oberschlesien starke Arbeiterorganisationen entstehen. Der überall merkbare Bildungseinfluß der Arbeiterbewegung ist in Oberschlesien durch die Unmöglichkeit, Versammlungen abzuhalten, unterbunden. Der erzieherische Einfluß der Gewerkschaften ist aus demselben Grunde gehemmt.

So weiß denn die Masse der ober-schlesischen Arbeiterbevölkerung wenig vom organisatorischen, systematischen Kampf um Verbesserung ihrer Lage. Die Schuld daran haben nicht die Arbeiter, sondern diejenigen, welche jetzt über die Unglücklichen am meisten zornen. Man hat systematisch die ober-schlesische Bevölkerung in Sklavenbänden erhalten. Es ist aber nicht Neues, daß Sklaven zur Gewalt greifen, wenn die Empörung über Unbill, über geschickenes Unrecht keine Grenzen mehr kennt.

Und nun vergewöhnliche man sich die Vorgänge, welche der Prozeß entrollt hat.

Best steht, daß die Gewaltthätigkeiten erst dann begannen, als Generalalarm geblasen wurde. In der Verhandlung wurde erklärt, es sei ein Zufall gewesen, der Brandmeister habe gehört, wie „Feuer!“ gerufen wurde und hätte daraufhin blasen lassen.

Welche Unflugheit gehört aber dazu, aus einer aufgeregten tausendköpfigen Menge einen Mann zu verhaften und dann — als er schliefte — an die Handkette zu nehmen!

Das war der Ausgangspunkt der Unruhen, nachdem die Arbeiter den Generalalarm gehört hatten und sich dachten, was ihnen bevorstand.

Der Gerichtsvorsitzende hat es sich nicht nehmen lassen, in der Urteilsbegründung zweimal darauf hinzuweisen, daß es besser gewesen wäre, schon zu einem früheren Zeitpunkt auf die Menge zu schießen.

Derselbe Gerichtsvorsitzende hat in der Urteilsbegründung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Ruf „Hoch Korsant!“ jedesmal erscholl, wenn Gewaltthätigkeiten begangen wurden. Und der Vorsitzende fügt hinzu, das sei bezeichnend „für die Menschen, welche sich gegen das Recht vergingen“.

Wozu sagte das der Vorsitzende? Wir können uns doch nicht denken, daß gerade die Rufe „Hoch Korsant!“ itzraffärend wirken sollten. Hätte der Vorsitzende eine solche Thatsache auch in dieser Weise betont, wenn bei dem Kravall „Hoch das Centrum!“ gerufen worden wäre?

Was die prozessuale Behandlung der Sache betrifft, so haben wir wiederholt auf Einzelheiten hingewiesen und wollen heute nur noch feststellen: 1. Man hat oft den Angeklagten Fragen gestellt, welche sie gar nicht verstehen konnten. 2. Man hat im Wege der Argumentation aus den Antworten der Angeklagten Schlüsse gezogen, welche die Angeklagten nicht beabsichtigten. 3. Die Dolmetscher haben sehr Erhebliches oft weggelassen, oft ungenügend übersezt. 4. Man hat oft Gewicht gelegt auf dumme Renommistereien der Anaben und der halbwegsigen Juristen. 5. Man hat den Jungen allen die Einsicht zugesprochen, welche man bei Jugendlichen von 12—18 Jahren feststellen muß, um strafen zu können — trotzdem der persönliche Eindruck, den die Anaben auf diese Beobachter gemacht haben — ein ganz konstanter war. 6. Man hat die großen, hier behandelten Gesichtspunkte der Volkserregung den Angeklagten nicht einmal strafmildernd zugerechnet.

Wir aber wiederholen: Die innere Ursache des Kravalls war: das Klassenbewußtsein des Volkes erwacht; man hält das Volk an der Kette; das Volk wird empört. Man hält es dann noch fester, Kapital, Verwaltung, Kirche gehen Hand in Hand. Die Empörung steigt zur Siebehe. Die empörten Massen sind ungebildet, amorganisiert. Man läßt nicht zu, daß sie sich organisieren, daß sie sich erziehen, daß sie sich bilden. Man will finstere Sklaven haben. Es kommt die Wahl — mit ihr die geschilderten Zustände, mit ihr der Hirtenbrief Kopp's. Die Siebehe ist da. Der Feueralarm, die Verhaftungen machen das übrige. Der Kravall ist fertig. Und bezeichnenderweise richtet er sich gegen die Polizei, die Wache und das Hüttenamt. Es sind die Merkmale der kapitalistischen Dreieinigkeit! Der Arbeiter kennt sie.

Der Gerichtsvorsitzende gab zu verstehen, es wäre besser gewesen, früher zu schießen.

Ein als Zeuge vernommener Stationsassistent aus Laurahütte erzählte, daß man am Kravalltage um Militär nach Weuthen D. Sch. telegraphisch hatte und daß man die Nachricht vom Herannahen des Militärs verheimlichen wollte, was „leider“ nicht gelungen sei! Das ist noch ein Punkt, welcher dringend der Aufklärung bedarf. Warum wollte man gerade das verheimlichen?

Man wird versuchen, aus dem Prozeß Kapital zu suchen für noch schärfere administrative und gesetzliche Maßnahmen gegen die polnische Arbeiterbevölkerung.

Uns lehrt der Prozeß ganz Entgegengesetztes: Freiheit und Bildung! Wir verlangen das Vereins- und Koalitionsrecht — nicht nur auf dem Papier — auch für Oberschlesien.

Wir verlangen die Einführung der Volkssprache in den Schulen.

Das sind zwei elementare Forderungen der polnischen Arbeiterklasse, deren Erfüllung verweigern heißt: die Verantwortung übernehmen für alle unklugen und schädlichen Kravalle — wie in Laurahütte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. September.

Genosse Rehbein entlassen.

Genosse Rehbein ist am Sonntag aus der Zeugnis-Zwanghaft entlassen worden, in der man ihn militärgerichtlich 14 Tage lang festgehalten hatte, um ihn zur Namensnennung jenes Soldaten zu veranlassen, der sich zu Gunsten seiner Kameraden an den „Vorwärts“ gewandt hatte. Unser Mitarbeiter Rehbein hätte selbstverständlich den ihm zugewiesenen journalistischen Freibruch nicht beargwöhnt, auch wenn man ihn volle sechs Monate festgehalten hätte. Das hat wohl auch die Militär-Gerichtsbehörde allgemach eingesehen und darum dem grausamen Spiel bereits jetzt ein Ende gemacht.

Freilich ist an diesen militärischen Zeugniszwangs-Verfahren nicht diese Entlassung das Auffallende, sondern die Anwendung der Zeugniszwangsstrafe überhaupt, die selbst von der Schornacherpresse so lebhaft beklagt und bedauert worden ist.

Ist doch Genosse Rehbein in Zeugniszwanghaft gesteckt worden, weil er — einem oft und mit Applaus wiederholten Rate des Kriegsministers gefolgt war. Die oft hatte nicht der Kriegsminister im Reichstag erklärt, statt hier allerlei Anklagen gegen militärische Vorgesetzte zu erheben, möge man sich beim Empfang von Beschwerden an die jeweilige militärische Behörde wenden, die jederzeit gewissenhafteste Untersuchung einleiten und etwaige Verfehlungen unmaßstäblich ahnden werde. Rehbein folgte getreulich diesem Rat. Er übergab die Sache nicht einem Reichstags-Abgeordneten, sondern er überlieferte eine Abschrift des Briefes an den betreffenden Regimentskommandeur, damit dieser das Weitere veranlasse. Der Oberst quittierte denn auch höflich den Empfang des Briefes, aber dann geschah das Unglaubliche. Obwohl eine Untersuchung des Falles das Unkenntnis des Namens des Briefschreibers möglich war, wollte man absolut den Namen erfahren. Rehbein, vorgeladen, erklärte dem Auditeur, daß es ihm natürlich nicht einfallen könnte, den Mann, der sich im Vertrauen auf das Redaktionsgeheimnis an den „Vorwärts“ gewandt, ans Messer zu liefern. Und als der Auditeur ihm bemerkte, daß er einen anonymen Briefeinfach zerrissen haben würde, bedeutete ihm Rehbein, daß er ja doch mit seinem Namen nicht hinterm Berge gehalten habe. Wenn unser Mitarbeiter wählte, daß sich nach dieser erfolglosen Vernehmung der Spürkreiser der Militärgerichtsbehörde ausschließlich dem näher liegenden Gegenstand, der Untersuchung der geschützten Vorkommnisse selbst zuwenden würde, so befand er sich in einem schweren Jrrtum. Unpflöglich erfolgte vor 14 Tagen seine Verhaftung.

Als dann der „Vorwärts“ den ganzen Sachverhalt darstellte, erklärte selbst die reaktionäre Presse fast ohne Ausnahme, daß hier eine unglückliche Ungeheuerlichkeit vorliege. Offenbar habe der „Vorwärts“ der Militärbehörde mit diabolischer Hinterlist eine Falle gestellt und diese sei leider über Erwartung plump hineingetaut. Ja, man erklärte, daß das Vorgehen gegen Rehbein bis hinauf zu den höchsten Stellen Bekunden und Mißfallen erregt habe. Trotzdem dauerte es 14 Tage, bis man sich dazu entschloß, die Zwanghaft aufzuheben!

Die Sache wird natürlich noch ihr parlamentarisches Nachspiel haben. Jedenfalls aber hat die Militärbehörde durch ihr unglaubliches Vorgehen gegen Rehbein erreicht, daß es nun keinem Menschen mehr einfallen wird, ihm mitgeteilte Mißeruse verzweifelter oder mittelbiger Menschen der Militärbehörde zu unterbreiten. Und die Herren Kriegsminister werden sich auf eine neue Verlegenheitsphrasen besinnen müssen!

Agitationsstoff für die Landtagswahl. In unserer Notiz betreffend Nichtanrechnung der Schulstener in Gnesen wird uns geschrieben: Diese Nichtanrechnung findet überall dort statt, wo besondere Schul-societäten bestehen, das heißt in sehr vielen Landgemeinden. Ganz besonders fallen auch hier wieder die Gutsbezirke unangenehm auf. Im Artikel 25 der Verfassung heißt es zwar: „Die Mittel zur Erhaltung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von der Gemeinde, und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens, ergänzungsweise vom Staate aufgebracht.“ Aber bis zum Erlaß des in Artikel 26 verheißenen besonderen Gesetzes bleibt es nach Artikel 112 der Verfassung beim alten Recht. Trotzdem mehr als 50 Jahre seit Ersetzung der preussischen Verfassung vergangen, existiert ein solches Gesetz nicht. Ein Entwurf zu einem solchen im Jahre 1890 vom gewiß konservativen Minister v. Gohler eingebracht, wurde namentlich durch das damals schon mächtige Centrum zu Fall gebracht. Gohlers Nachfolger, der jetzige Oberpräsident von Schlesien, Graf Jellitz-Prähwiler, verlor sich 1892 mit einem Entwurf, dessen reaktionär-moderische Tendenz am besten dadurch gekennzeichnet ist, daß er „mit Begeisterung nicht bloß von Centrum, sondern auch von den Konservativen begrüßt“ wurde. Ein Sturm der Empörung in weitesten Volkskreisen legte damals den Entwurf mit samt seinem Vertreter fort. So ist alles beim alten geblieben; und wie das Alte in den Gutsbezirken von Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen aussteht, dafür ein paar Sätze aus der Begründung des Regierungsentwurfs von 1890:

„Die Unterhaltung (der Schule) liegt den Societäten und Gutsbesitzern ob. Als Mitglied der Societät gilt jede im Schulbezirk wohnhafte, rechtlich und wirtschaftlich selbständige Person, die ein eigenes Einkommen hat. Die Mitgliedschaft ist insbesondere unabhängig von der Großjährigkeit, vom Geschlecht, von dem Eingehen der Ehe, von dem Besitz schulpflichtiger Kinder, von der Führung eines eigenen Haushaltes, von der Stellung in fremden Diensten... Der Gutsbesitzer ist nicht Mitglied der Schulgemeinde, nicht steuerpflichtig, auch im allgemeinen nicht schulpflichtig der von ihm erworbenen bauerlichen Grundstücke.“

Was heißt es nun, die Unterhaltung der Schule liegt den Societäten und den Gutsbesitzern ob?

Soweit es die Schulsocietät angeht, zu der Mäntlein und Weiblein, Knecht und Magd, Minderjährige wie Großjährige herangezogen werden, ist es blutiger Ernst, soweit es den Gutsbesitzern angeht, leere Redensart. Die oben citierte Begründung sagt: „Die Leistungen der Gutsbesitzer bestehen nach dem Gesetz einmal in der Zahlung der von den Gutsinsassen nicht bezuzurechnenden Beiträge zur Lehrerbefoldung“, aber sie muß hinzufügen: „Die Staatsregierung hat im Jahre 1886 beschlossen, von der Heranziehung der Gutsbesitzer zu diesen Subsidien abzusehen und die betreffenden Schulbeiträge auf Staatsfonds zu übernehmen!“ Eine weitere Verbindlichkeit (des Gutsbesitzers) besteht in der Vergabe des auf dem Gute erwachsenen Baumaterials. Damit sind die Lasten des Gutsbesitzers erschöpft, aber von den letzteren heißt es weiter: „Infolge der Abnahme der Privatwaldungen und infolge der veränderten Anforderungen an die Schulbauten hat diese Verpflichtung an Bedeutung verloren...“

Also auch hier die größte Ungerechtigkeit — steuerfreie Gutsbesitzer, denen aber nur veranlagte Steuern für ihr Wahlrecht angerechnet werden, steuerzahlende Tagelöhner, die teils überhaupt nicht wählen dürfen, teils gezahlte Steuern nicht angerechnet erhalten.

Und hier kommt noch eine weitere schreiende Ungerechtigkeit hinzu; es bestehen z. B. in schlesischen Gutsbezirken ca. 4000 sogenannte Patronatschulen, zu deren Unterhalt der Gutsbesitzer keinen Pfennig beisteuert, für die er aber die Lehrer ernannt!

Es wird von ungeheurem Wert sein, bei der Agitation für die Landtagswahlen das Volk über solche schreienden Ungerechtigkeiten aufzuklären.

Röfides Todesanzeige im „Vorwärts“, die von der Landes- Versicherungsanstalt Berlin veröffentlicht worden war, hat in schwarzmachereiischen Blättern zur Disfütierung der Frage geführt, ob eine öffentliche Behörde durch Zuwendung von Anzeigen an ein socialdemokratisches Blatt die Agitation der Socialdemokratie mittelbar unterstützen dürfe. „Nach den von uns darüber angefertigten Ermittlungen, schreibt die „Neue politische Korresp.“, bestimmt das am 30. Dezember 1899 vom Reichs-Versicherungsamt genehmigte Statut über die Bekanntmachungen der Landes-Versicherungsanstalt, daß diese zu erfolgen haben:

1. in den Blättern, die zu den Veröffentlichungen des weiteren Kommunalverbandes bestimmt sind (Amtsblätter etc.),
2. in den von dem Ausschusse alljährlich zu bestimmenden Blättern.

Regierer hat mit andren Blättern den „Vorwärts“ ausgewählt, weil dieser in Arbeiterkreisen am meisten verbreitet sei. Der

Abgeordnete Röfide war Vorsitzender dieses Ausschusses, so daß die Veröffentlichungen der Todesanzeige durch die Versicherungsanstalt an sich natürlich war und in Konsequenz der oben erwähnten Anweisung auch dem „Vorwärts“ zuging. Es läßt sich annehmen, daß Maßnahmen getroffen werden, die derartige Vorkommnisse für die Folge verhindern. Jede Kommissur der Socialdemokratie gegenüber ist eine unverzeihliche Schwäche. Niemand zwingt die Arbeiter, den „Vorwärts“ zu lesen, und ein zwingender Grund, in ihm zu inferieren, liegt daher für keine Behörde vor.

Es bleibt abzuwarten, ob die Landes-Versicherungsanstalt sich durch diese kindische Hege beeinflussen lassen wird.

Eine patriotische Arbeiterkundgebung. In den Kreisen der Danziger Arbeiter der Reichs- und Staatsveritäten war, wie der „Kreuz-Zig.“ aus Danzig berichtet wird, der Wunsch kundgegeben worden, dem Kaiser bei seiner Anwesenheit in Danzig eine Huldigung darzubringen und ihm für die Fortführung der Socialpolitik zu danken. Ein weitergehender Wunsch, auch um eine Besserung der Danziger Wohnungs-Verhältnisse und Aufhebung der Rahonbeschränkungen zu bitten, wurde aufgegeben. Durch Vermittelung der betreffenden Direktionen wurde eine Kundgebung bei dem Oberhofmarschallamt nachgesucht und gewährt. Die Kundgebung soll nach der Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmal's vor dem Gebäude des Generalcommandos stattfinden. An der Kundgebung werden sich (der „Danziger Zig.“ zufolge) die Arbeiter-schüsse beteiligen, und zwar 15 Mann der kaiserlichen Werkst., 15 Mann der Gewerfabrik, 15 Mann der Artilleriewerkstatt, 2 Mann des Artilleriedepots und 1 Mann des Traindepots, zusammen 48 Mann, die unter Führung des Korvettenkapitän's z. D. Simon Anstellung nehmen werden. Als Sprecher der Deputation ist Maschinenführer Glashagen von der Gewerfabrik gewählt worden.

Wer mag wohl diese „Huldigung“ unter des Korvettenkapitän's Führung angeregt haben? —

Auffallend gelinde davongekommen ist ein Unteroffizier, der für siebzehn Fälle von Soldatennißhandlung und neun Fälle von vor-schrittswidriger Behandlung nur sechs Wochen Mittelarrest erhielt, obwohl einer der Mißhandelten wegen der fortgesetzten Peinigungen desertierte. Ueber den Fall wird berichtet:

Wegen Mißhandlung und vor-schrittswidriger Behandlung Unter-gebener hatte sich am 19. September vor dem Kriegsgericht Thorn der Unteroffizier Rudolf Franz Reich von der 6. Compagnie 176. Inf.-Regts. zu verantworten. Vor einiger Zeit wurde der Musketier Nowakowski von der Compagnie des Angeklagten, ein Schauspieler von Beruf, schlichtig. Derselbe entkam nach der Schweiz. Aus Järich Järich er an den Regimentscommandeur einen Brief und teilte darin mit, daß er seine mitgenommenen militärischen Sachen in Dromberg zur Aufbewahrung gegeben und jetzt den Auftrag dorthin gegeben habe, daß sie dem Regimente zugestellt würden. Ferner gab Nowakowski als Ursache seiner Flucht an, daß er die Mißhandlungen nicht länger habe ertragen können. In jeder eingehender Weise schilderte er dann, wie er und noch einige Kameraden behandelt worden seien. Dieses Schreiben führte zu einer Untersuchung gegen den Unteroffizier Reich. Nach der Beweisaufnahme hat er vier Musketiere recht oft, meistens ins Gesicht, geschlagen, sie gefesselt und geschüttelt. Für 34 Fälle Miß-handlung und 4 Fälle vor-schrittswidriger Behandlung Untergebener beantragte der Vertreter der Anklage 4 Monate Gefängnis und Degradation. Der Gerichtshof erachtete aber nur Mißhandlung in 17 Fällen und vor-schrittswidrige Behandlung in 9 Fällen für erwiesen, billigte dem Angeklagten auch mildernde Umstände zu und erkannte auf sechs Wochen Mittelarrest.

Lehrerzweuden in Medlenburg. Im oßengelegneten Lande Medlenburg Lehrer des Volkes zu sein, ist offenbar kein erhebliches Vergnügen; der Fall dürfte aber neu sein, daß ein pensionierter medlenburgischer Volksschullehrer als Tagelöhner auf Bauarbeit gehen muß, weil er mit seiner gelehrten Pension nicht existieren kann. Der pensionierte Lehrer Randt in Warwig in Medlenburg-Schwerin hatte um Aufbesserung seiner armseligen Pension gebeten, da ein Versuch, sich durch Verfertigung von Seilen etwas hinzuzubereichern, fehlgeschlagen war. Es wurde ihm eine „widerwärtige Gnadenunterstützung“ von 200 M. im Jahre bewilligt. Die Maßregel verführte den armen Hungerleider jedoch, noch mehr verdienen zu wollen; er nutzte die Gelegenheit aus und heimste für Vergabe seiner Scheune zu einer socialdemokratischen Versammlung 10 M. ein. Diese Begehrlichkeit wurde sofort bitter gerochen: Die kaum bewilligte „Gnadenunterstützung“ wurde ihm durch Verfügung des Ministeriums zur Strafe wieder entzogen. Es blieb ihm kein anderer Ausweg, er wurde Bau-Hand-langer. Wäre er nicht erst Schullehrer, sondern gleich Handlanger geworden, er hätte sich gewiß manche Bitternisse seines Lebens erspart und hätte wohl mehr verdient wie als Lehrer.

Wie man Preßkinder behandelt. Ueber die dreimonatige Straf-verbüßung des Mitarbeiters eines polnischen Blattes in Bochum macht die „Gazeta Torunska“ folgende auch anderweitig bestätigte Mitteilungen:

„Wojciechowski wurde im Gefängnis wie ein gemeiner Verbrecher behandelt. Er mußte Gefängniskleidung anlegen und auf der Brust eine Tafel mit der Nummer seiner Zelle tragen. Beschäftigt wurde Wojciechowski mit An-fertigung von Wärten. Da er die vorgeschriebene Anzahl Wärten nicht fertig brachte, strafte man ihn durch Ein-schränkung seiner Nahrung. Der Abgeordnete Drejosi hat infolge dessen an den Justizminister eine Beschwerde eingereicht.“

So beweist Preußen den an seiner civilisatorischen Ueberlegenheit zweifelnden polnischen Elementen, bis zu welcher schwindelnder Kulturhöhe es emporgestiegen ist! —

Ultramontane Nahaufheben. Das Schöffengericht zu Ottweiler verurteilte den katholischen Geistlichen Schmitz aus Wemmetweiler und den Redakteur der Dassa'schen „Reunkirchener Zig.“ Löhnen aus Reunkirchen zu je einer Woche Gefängnis wegen gemeinschaftlichen Hausfriedens-bruch's. Sie hatten die Ruhe und Ordnung in einer am 8. Juni d. J. abgehaltenen national-liberalen Wahlversammlung, die von dem Bergwerksdirektor Pfesenhoff in Reden einberufen war, mehr-fach durch Zwischenrufe gestört und der wiederholten Aufforderung, die Versammlung zu verlassen, nicht Folge geleistet.

Die Verurteilten mußten's arg getrieben haben, um einer solchen Verurteilung zu verfallen. —

Ausland.

Zu den Balkan-Unruhen.

Von der bulgarisch-macedonischen Grenze. Vertrauliche Meldungen aus Sofia besagen, daß im bulgarischen Grenzgebiet von Rüstendil und Dubniza etwa 20000 Macedonier die Bildung von Bänden und die Ueberbreitung der Grenze vorbereiten. Von maßgebender Seite wird die Richtigkeit der Meldung bezweifelt. Eine neue Meldung schätzt die in den Grenzgebieten angefallenen Macedonier nur auf 4—5000.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Konstantinopel gemeldet:

Während der letzten drei Tage wurden gegen vierhundert zu Offizieren beförderte Glieder der Militärjule den Truppenteilen an der Grenze überwiesen und per Bahn an ihre Standorte befördert. Jeden Tag bringen die Jüge Munition und Munition in die Centraldepots in Adrianopel und Serres, auch werden ganze Waggonsladungen der von der Bevölkerung gestifteten Unternehmung versendet. Der jetzige Truppenbestand beträgt 185000 Mann; Nachschübe aus Anatolien sollen diese Zahl auf 250000 bringen. Die Lage ist gespannt, denn je, doch wird eine formelle Kriegserklärung von hier aus kaum erfolgen. —

England.

Chamberlains zollpolitisches Wahlprogramm. In einem Schreiben vom 18. September an den Vorsitzenden der Tarifreform-Liga sagt Chamberlain: Wir haben genügendes Material an Thatsachen und Zahlen, wir müssen jetzt die Folgerungen daraus aufstellen und das Volk dazu bringen, sie anzunehmen, nämlich 1. die engere Verbindung mit den Kolonien durch Vorzugtarife und das Bestreben, das Reich, was Nahrungsmittelversorgung anbelangt, auf eigene Füße zu stellen; 2. Die Anwendung des Tarifs als Waffe, um von andern Nationen größere Gegenseitigkeit zu erlangen und um, wo ein solches Uebereinkommen nicht erreicht wird, durch Vergeltungsmassnahmen zu verhindern, das uns infolge des Wettbewerbs der durch Schutzzölle geschützten Staaten der Markt in England und dem britischen Reich verloren gehe.

Der „Spectator“ meint, Valfour werde, mit seinem neuen Schutzollprogramm belastet, nicht die Mehrheit im Lande erlangen können. Der Wahlausgang dürfte zum Versuch eines Kabinetts Rosebery führen, das sich aber nicht lange halten werde.

Die Ministerkrise hat einstweilen keinen weiteren Umfang angenommen. Die Herzoge von Devonshire und Aberdeen sollen zwar ebenfalls bereits ihre Demission eingereicht haben, doch soll sie Valfour einstweilen bewahren, auf ihrem Posten zu bleiben, bis die Posten Chamberlains und der beiden andern ausgeschiedenen Ministerkollegen wieder besetzt sein würden. Valfour hoffe, sie alsdann überhaupt zum Bleiben bewegen zu können. Ueber die voraussichtliche Besetzung der vakanten Ministerstellen verlautet noch nichts Bestimmtes; der Staatssekretär des Innern Douglas wurde zum König berufen, Brodrick wird als Nachfolger Hamiltons genannt.

Afrika.

Siegreiches Vordringen des Sultans von Marokko. Tanger, 21. September. (Nachung der „Agence Havas“.) Die Truppen des Sultans haben in der Gegend nordwestlich von Iddisda einen grossen Sieg über die Truppen des Prätendenten davongetragen, die völlig zerstreut wurden und zahlreiche Gefangene in den Händen der Sieger liegen. Der Sultan rückt auf Tagga vor, die Stämme unterwerfen sich ihm.

Amerika.

Amerikanischer Imperialismus. Einer Depesche aus San Domingo zufolge hat der amerikanische Geschäftsträger Powell die dominikanische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß die Vereinigten Staaten die Einreichung eines Projektes an den Kongress, nach welchem Neutralität der dominikanischen Gewässer und gewisse Freihäfen geschaffen werden sollen, nicht in freundschaftlichem Sinne auffassen könne. Die Vereinigten Staaten würden die Errichtung von Kohlenstationen in den Häfen von San Domingo oder eine Gebietsabtretung an irgend eine europäische Macht nicht zugeben. Auch würden sie keine Ration die ausschließliche Benutzung der dominikanischen Gewässer in Friedenszeiten und viel weniger noch in Kriegszeiten gestatten oder sich damit einverstanden erklären, daß irgend ein Gebiet für neutral erklärt werde.

Ein lauges Schuldenregister soll das arme Venezuela begleiten. Die Mächte haben bei der venezolanischen Regierung ihre noch ausstehenden Forderungen in aller Form eingereicht. Deutschland fordert 1417 000 Dollar, die Vereinigten Staaten 10 900 000, England 2 500 000, Frankreich 16 040 000, Italien 8 300 000, Belgien 3 083 800, Spanien 600 000, Mexiko 500 000, Holland 1 048 451 und Schweden 200 000 Dollar.

Zusammen also circa 45 Millionen Dollar! Da werden die Monatszahlungen an die einzelnen Mächte äusserst bescheiden ausfallen! Eine nochmalige Exekution aber erscheint angesichts dieser Schuldenlast völlig aussichtslos!

Die Parteipresse über den Parteitag.

Obwohl der Parteitag geschlossen ist, können natürlich, da der Schluß erst am Sonntag erfolgte und die heute in unsere Hände befindlichen Parteiblätter vom Sonnabend sind, noch keine abschließenden Urteile über den Parteitag vorliegen. Jedoch haben eine Anzahl Parteiblätter schon während des Parteitages ihre Ansicht über die bemerkenswerthen Vorkommnisse des Parteitages ausgesprochen, aus denen wir hier zur Information der Leser das kennzeichnendste registrieren.

In der Diskussion über die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern äusserte sich der „Volkswille“ in Hannover am Donnerstag:

Die Debatten aber, die bis jetzt auf dem Parteitag gepflogen worden sind, müssen geradezu niederdrückend auf die Masse der Parteigenossen wirken. Ueber eine Sache, die für jeden Parteigenossen selbstverständlich sein sollte, wird mit einer persönlichen Erbitterung gestritten, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Waffen, die bisher wenigstens in der Rißkammer der Socialdemokratie nicht geduldet wurden, werden dort gebraucht. Mit vollem Recht hat Kautsky von einer „Denunziationskassette“ gesprochen.

So kann das nicht weitergehen. Wir haben die selbe Ueberzeugung: Wären die Anklagen, die jetzt erhoben werden mit den Beweismitteln, die man jetzt ausgräbt, zur rechten Zeit den in erster Linie zuständigen Instanzen unterbreitet worden, das Notwendige wäre ohne viel Federlesens veranlaßt worden. Aber nein, da sport man sich seine Wissenschaft auf, bis einem der oder jener persönlich unbequem wird; dann stellt man sich mit der Miene des beleidigten Wiedermanns aufs Podium und hält Moralpredigten, an denen unfre Gegner ihre helle Freude haben. Wir bedauern nur die Genossen, die mißbillig, oftmals mit Einwirkung ihrer ganzen Existenz die harte Kleinarbeit machen und die Suppe auslöffeln müssen, die ihnen jene „großen Geister“ auf dem Parteitage eingedreht haben.

Das Wah ist voll! Hoffentlich wird sich der Parteitag seiner Pflicht nicht entziehen, sondern gründlich andrücken, gleichviel, welche Stellung dieser und jener in der Partei bisher eingenommen hat, gleichgültig auch, welche Stellung dieser und jener zu dieser oder jener Frage einzunehmen vorgiebt.

Die Parteigenossen müssen verlangen, daß solche Debatten ein für allemal unmöglich gemacht werden. Das ist eine Forderung der „öffentlichen Meinung!“

Am selben Tage schrieb die „Freie Presse“ in Elberfeld:

Die Frage der Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern, der erste Hauptgegenstand der Verhandlungen über den Vorkommnisse war es, der die Geister in selten gereizter Weise aufeinanderprallen ließ. Mancher hatte angenommen, es handle sich dabei um eine Sache, die direkt nur einige Genossen angehe und die auf dem Parteitage nur erledigt werden sollte, um, im Anschluß an den Streifzug Wehring-Bernhard, den parteigenösslichen Schriftstellern eine Direktive zu geben. Diejenigen freilich, die von vornherein davon überzeugt waren, daß die Vizepräsidentenfrage nur ein Symptom der revisionistischen Bestrebungen sei, wunderten sich nicht, daß sowohl bei der „Frage“, wie auch bei der Verhandlung über die „Stillsitzigkeit bezw. Ungültigkeit des Mandats des Genossen Bernhard die Kernfragen lang und breit scharf erörtert wurden. Zu einer hochdramatischen Scene kam es bereits am Montagmorgen während der Rede des Genossen Dr. H. Braun, der in leuchtendster persönlicher Weise zum Teil 25 Jahre alte Sachen ausgrub, um die Mitarbeit an der „Sardenschen Zukunft“ zu rechtfertigen. Die beste Abwehr ist der „Dieb“, nach diesem Grundsatze operierten sowohl Heinrich Braun wie Bernhard, die beide ihre Lanzen gegen Franz Wehring spitzten, um diesen moralisch zu vernichten. Obwohl von vornherein feststand, daß die Mehrheit des Parteitages auf der Seite Webels steht, so muß doch zugegeben werden, daß

die Mitteilungen Bernhards über Wehring nicht ohne Eindruck geblieben waren.

Das „Offenbacher Abendblatt“ sagt: „Die Debatte über dieses „Litteratengezänk“ war unergötzlich, aber sie war thatsächlich notwendig geworden nach der Anklage Rede Wehring kontra Wehring. Es wäre zu wünschen, daß die noch bevorstehende Diskussion über die revisionistischen Bestrebungen innerhalb der Partei sachlicher geführt wird, daß persönliche Auseinandersetzungen nicht die Rolle spielen möchten, wie bei der „Mitarbeit-Debatte“.

„Volksstimme“ in Frankfurt a. M.: „Nun ist die unerfreuliche Episode des Parteitages geschlossen durch fast einstimmige Gutheißung der bekannten Resolution des Parteivorstandes gegen die Mitarbeit socialistischer Schriftsteller an der bürgerlichen Presse. Aber wenn es weiter nichts gegolten hätte, als diese Feststellung, so wären nicht über zwei Tage der kostbaren Parteitagezeit dazu nötig gewesen. Es muß vielmehr gerade auch in einem Rückblick auf diesen Abschnitt der Verhandlungen, der eine abschließende Ueberschau ermöglicht, offener und nachdrücklicher als je wiederholt werden, wie unendlich traurig diese Debatten waren, traurig nach Form und Inhalt.“

Man sollte meinen, es müßte für jeden Genossen ganz selbstverständlich sein, daß er mindestens Blätter durch Mitarbeit nicht unterstützt, die unfre Partei gelegentlich oder regelmäßig beschimpfen und verleunden. Aber eine ganze Reihe bekannter Genossen und zwar nicht etwa lauter Revisionisten, waren von jener Selbstverständlichkeit nicht durchdrungen. Ihre Zahl auch in nicht revisionistischen Kreisen ist gar nicht klein.

Dieses ungeschöne Verhalten mußte einmal gerügt werden. Insofern hat Webel recht. Lärm zu schlagen und einzugreifen, wenn auch vielleicht so großer Lärm nicht nötig gewesen wäre. Aber sein Verdienst als „Scharfmacher“ ist auch in dieser Beziehung unbestreitbar. Ihm galt auch der zunehmende Jubel des Parteitages. Aber die Art der Geltendmachung des berechtigten Widerpruchs ging denn doch so sehr über alles Maß und Ziel hinaus, daß sie den zwei ersten Tagen des Parteitages jenes traurige Gepräge gab.

Zu der Debatte über die Taktik der Partei schrieb die „Leipziger Volkszeitung“ am Freitag: „Webel hat endlich ausgesprochen, was ist. Nein, wir sind nicht mehr so einig und geschlossen, wie die Partei noch vor zehn, selbst noch vor fünf Jahren gewesen ist. Es wäre gewiß übertrieben, zu sagen, daß ein tiefer Riß durch die Partei gehe; die Partei, die sozialdemokratische Arbeiterkraft, ist in der Hauptsache so einmütig wie je. Allein das Parteileben, wie es sich in der Öffentlichkeit, in Parlament und Presse seit Jahren abgepielt hat, hat immer mehr und schärfer bergierende Tendenzen aufgewiesen. Man konnte anfangs sich dabei beruhigen, daß die ungesümmten Auseinandersetzungen in der Presse die Sache viel gefährlicher erscheinen ließen, als sie war, daß die Massen in ihren Tiefen von dem litterarischen Sängerkrieg viel weniger aufgerührt werden, als das in der Arbeiterpresse vielfach zum Ausdruck kam; allein die immer schärfere und grundsätzlichere Formulierung der taktischen Neuerungen im Revisionismus sowie die seit Jahren bemerkbaren Neigungen zu eigenmächtiger Experimentierpolitik in den Fraktionen konnten mit der Zeit eine ungünstige Rückwirkung auf die proletarischen Massen nicht verfehlen.“

Nachdem die grundsätzlich opportunistischen Bestrebungen Vollmars in Halle und Erfurt zurückgewiesen waren, verlegte sich die „praktische Politik“ auf Spezialgebiete. In Frankfurt bildete die Budgetbewilligungsfrage, in Breslau die Agrarfrage das Streitobjekt, und auf beiden Parteitagen kamen Stimmungen zum Ausdruck, die das Votum des Parteitages als für die Fraktion nicht unter allen Umständen bindend betrachteten wollten. In Breslau fiel das Wort, daß in dem Konflikt zwischen Parteitagbeschlüssen und bisheriger Fraktionspolitik die letztere wohl obliegen könnte — was David in seinem neuesten Buche als eine sehr geschickte Politik belobigt — und die bairische Landtagsfraktion brachte sofort nach Breslau Anträge ein, die in der „Neuen Zeit“ als ein direkter Verstoß gegen den Beschluß des Parteitages s. w. d. r. bezeichnet wurden. Diese wenig erheblichen Abweichungen einer eigenmächtigen Sonderpolitik glaubte damals die Partei im Bewußtsein ihrer Stärke ertragen zu können. Da trat 1897 Genosse Bernstein auf und schien allen opportunistischen Neigungen eine prinzipielle Formel zu geben. Bernstein erdient damals vielen als derjenige, der aussprach, was ist, der das sagte, was die Männer der praktischen Politik alle Tage thaten. Nach Frankfurt und Breslau war in der Parteipresse verhältnismäßig bald Ruhe eingetreten und man machte, wenigstens in der socialistischen Tagespresse von den „agrarischen“ Anträgen in Bayern nicht viel Aufhebens. Erst mit Bernsteins Auftreten stammte der Weimungsstreit in der ganzen Parteipresse auf; der Revisionismus wurde in der Hauptsache eine litterarische Erscheinung. Die Auseinandersetzungen, die jetzt in der Presse gepflogen wurden, geben von der wirklichen Bewegung ein total falsches Bild, und die grundsätzlichen Diskussionen, die nun den Parteitagen aufgedrängt wurden, konnten den Eindruck von den „zwei Strömungen“ nur vertiefen. Thatsächlich hat es in der socialistisch denkenden Arbeiterkraft niemals „zwei Strömungen“ gegeben; dieser Gegensatz war wesentlich nur bei den Arbeitervertretern in Parlament und Presse zu finden und trat da mit einem Geräusch in die Erscheinung, der den wirklichen Stimmungen in proletarischen Kreisen in keiner Weise entsprach.

Auch die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schrieb: „Die Donnerkeile schlagen die Worte ein, in denen Webel erklärte, daß es ein Unikum sei, von der inneren Einheit und Einigkeit der Partei zu sprechen, daß wir nie uneinig gewesen seien als jetzt. Diese Worte waren eine besessene That — damit hat Webel angefangen, was vielen seit langem auf dem Herzen lastete, die bange erwarnten, ob bei einem solchen Auseinandergehen der Anschauungen nicht schließlich die Uneinigkeit in der Aktion entstehen müsse, die bis jetzt noch immer glücklich vermieden wurde.“

Aus den neu eingegangenen Blättern citieren wir die „Wiener Arbeiter-Zeitung“:

Der Parteitag wurde heute noch nicht geschlossen und wird gegen alles Herkommen noch am Sonntag tagen. Aber seine wichtigste Arbeit hat er zu Ende geführt und man kann schon heute erkennen, was er geleistet. Sein Beginn war peinlich bis zur Widerwärtigkeit. Die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern, so sehr das durch den bei einzelnen Genossen mangelnden Takt nötig geworden sein mag, wurde mehr als zulässig in den Vordergrund gerückt. Sie gab den Anlaß dazu, daß alles Kleinliche, Gehässige und Unsaubere, das sich im Parteikörper angesammelt hatte, sowie der häßliche persönliche Haß an die Oberfläche kam und damit, was zu hoffen, auch ausgeschieden wurde. Mit der Erörterung dieser Dinge kam die Debatte allmählich auf die Höhe, die wir bei den deutschen Parteitagen zu bewundern gewohnt sind. Was aber ist das Resultat? Die Resolution Webels, trotzdem sie durch verschiedene Zusätze vermeintlich principiell zugespitzt worden war, wurde mit 207 gegen 11 Stimmen angenommen.

Das bedeutet zweierlei. Erstens, daß in der That die große Majorität der Delegierten und mit ihnen die Masse der Socialdemokraten durchaus und sehr entschieden auf dem Standpunkt Webels und Kautskys stehen, daß der große Körper der Partei meint, daß der Beschluß vom 16. Juni keine Aufforderung zur „Staatsmännerei“ ist. Zweitens aber bedeutet die Abstimmung, daß die Gruppe, die man Revisionisten nennt, dem Moment für ungünstig hält, um sich zu ihren Meinungen entschieden und offen zu bekennen, und noch weniger für günstig, um zählen zu lassen, wie groß ihre Zahl ist.

Ihre Zahl ist in Wahrheit so gering, daß die Minorität es vorgezogen hat, sich in der Majorität zu verstecken. Die es anders auflassen, wollen glauben machen, daß es ein Erfolg für sie sei, wenn die Scheidung und Fählung der Gruppen nicht gelungen ist, da der Versuch, eine Formel für den Radikalismus aufzustellen, nicht gelingen konnte. Eine gerade Linie hat eine Formel, die Summe aller möglichen Abirrungen von ihr kann freilich in keiner Weise zusammengegriffen werden. Sie konnten aber schließlich wirklich mit einem

gewissen Aufwand von Selbstverleugnung alle für die Resolution stimmen, da sie ja unzweifelhaft sämtlich gute Socialdemokraten sind und ihre Neigungen und Wünsche dem Willen der Masse der Partei untergeordnet gewillt sind.“

Das „Offenbacher Abendblatt“: „Entweder ganze Meinungsfreiheit oder gar keine! Darin stimmen wir Vollmar rückhaltlos zu.“

Unfres Erachtens richtet sich der Jörn vieler Tausende aber auch nicht deshalb gegen diverse Revisionisten, weil sie „neue Anregungen“ geben, sondern deshalb, weil die ewige Unzweifelhaftigkeit unserer Grundzüge und Taktik den Massen nachgerade zum Gel wird. Nach Vollmar soll Kautsky einmal den Satz niedergeschrieben haben: verstage doch einmal die ewige Zweifelhait. Wir können im Augenblick nicht kontrollieren, ob und wo das Kautsky gesagt hat. Hat er es gesagt, dann beurteilen wir den Satz. Die Zweifel braucht und soll kein Mensch vertagen, aber jeder, der in Zweifel gerät, soll doch zunächst mit sich selbst zu Rade gehen, soll forschen und prüfen. Und wenn er dann eingesehen hat, daß seine Zweifel unbegründet waren, ist die Angelegenheit erledigt, und wenn er findet, daß sie berechtigt waren, soll er positive Vorschläge machen, die geeignet sind, nicht mehr haltbare Sätze entsprechend neu zu formulieren.

Ueber neue Vorschläge kann man diskutieren, man kann sie annehmen oder man kann sie ablehnen. Aber mit den endlosen Auseinandersetzungen über die Zweifel, die diesen und jenen nicht zur Ruhe kommen lassen, verträdeln wir unverantwortlich viel Zeit und schädigen die Partei.

Also keine „Vertagung der Zweifel“, wohl aber Vertagung der Veröffentlichung der Zweifel, bis die großen und kleinen Zweifler mit sich selbst im Klaren sind darüber, was sie eigentlich wollen.“

Die „Volksstimme“ in Chemnitz:

Das am Dresdener wie an früheren Parteitagen zunächst in die Augen fällt, das ist die Raivität, mit der sich die Hauptredner über die Pflicht hinwegsetzen, sich so kurz wie möglich zu fassen, damit auch andre reden können. Die Reden sind von einer schier endlosen Breite. Wenn man das, was sachlich in ihnen steckt, herausziehen wollte, so blieben von dem dicken Protokoll wohl nur ein paar Seiten übrig. In dem Maße, als die Hauptredner wissen, daß der Parteitag so lange Geduld haben wird, ihnen zuzuhören, als ihnen der Atem nicht ausgeht, in demselben Maße ergibt sich dann die Gelegenheit, über den Strang zu schlagen, von selber.

Zweieinhalb Tage hat man über den ersten Punkt der Tagesordnung, den Geschäftsbericht des Vorstandes, verhandelt, und davon fast zwei Tage über die eine Frage, ob ein Socialdemokrat für bürgerliche Blätter schreiben dürfe oder nicht. Wäre diese Frage nicht mit dem persönlichen Moment verknüpft gewesen, das Heinrich Braun mit ungeheurer Breite und Taktlosigkeit anschnitt, hätte man diese Frage rein sachlich, ohne Beziehung auf die Personen verhandelt, ja wäre man gut in einer Sitzung fertig geworden und das Resultat wäre dasselbe gewesen, nämlich die Annahme des Vorstandes, der, wie wir schon seiner Zeit andeuteten, unsrer Ansicht nach nur den Fehler hatte, daß er nicht schon viel früher beschlossen worden war.

Angenehm haben die Verhandlungen über den parlamentarischen Bericht von ihren Vorläufern ab. Der Bericht darüber liest sich im Vergleich zum Bericht über die Mitarbeiter-Debatte wie ein Laubal. Webels Rede zur Taktik war verhältnismäßig ruhig gehalten, hoffentlich verläuft die ganze Debatte so und auch der Rest der Parteitage-Verhandlungen, damit der unerfreuliche Anfang des Parteitages wenigstens einigermaßen gut gemacht wird.

Inbessin, was auch geschehen ist — wir wollen den Kopf nicht hängen lassen. Mit uns ist die Entwicklung, darum wird der Socialismus siegen, gleichviel wann und gleichviel wie, und die praktischen Aufgaben, vor die sich unfre Reichstags-Fraktion und die ganze Partei beim Zusammentritt des Parlaments gestellt sehen werden, wird bald die unangenehme Erinnerung an die Vorgänge in Dresden in Vergessenheit gebracht haben, wie der brausende Ebstrom die Unreinigkeiten spurlos begräbt, die ihm auf seinem Laufe begegnen.

Die Bremer Bürgerzeitung“ spricht unter der Ueberschrift „So kann es nicht weitergehen“ gleichfalls Entrüstung über die persönlichen Debatten aus und schreibt dann:

Genosse Webel äusserte sich in seiner großen Rede am Donnerstag in recht harten Worten über die „Ueberschlauen“, wie er sie nannte, über den „Sumpf“, der sich weder nach rechts für die „Revisionisten“, noch nach links für die Antirevisionisten entseide. Das seien die Schlimmsten, die keine Partei nehmen. Wir glauben, daß Genosse Webel mit diesem Urteil gerade die große Masse der Genossen im Lande getroffen hat, die sich den darin liegenden Vorwurf ernstlich verbiten wird. Die große Masse unserer thätigen Genossen in der Stadt und auf dem Lande kammert sich herzlich wenig um die theoretischen Streitigkeiten. Sie hat keine Zeit und oft genug auch wohl keine Lust, um das haufenweise Material über Revisionismus und Antirevisionismus durchzustudieren. Wohl aber steht sie in allen praktischen Fragen, in allen großen Kämpfen — so bei der großen Polkcampagne, so bei den letzten Wahlen — die Führer der Partei einträchtig Schulter an Schulter mit einander für das Wohl des arbeitenden Volkes kämpfen. Da wird im Reichstags nicht unterschieden, ob dieser ein Revisionist, jener ein Antirevisionist ist, da bestimmt sich der Revisionist nicht, im Zahlreiche des Antirevisionisten zu agitieren und Genosse Webel hat zum Siege manches Revisionisten mit beigetragen. Wie kann man da von der Masse der Genossen verlangen, sie sollen sich unphölich für oder wider den einen oder andren geschätzten Genossen entscheiden und noch dazu auf Grund von Fragen, über die sie selbst durch ihr Handeln längst zur Tagesordnung übergegangen sind. Die Massen wandeln auf der Bahn des proletarischen Massenkampfes, und sie lassen sich davon nicht durch Revisionismus abbringen, noch hat ein leidenschaftlicher Antirevisionismus nötig, sie bei jeder Gelegenheit an ihre Pflichten und ihre Wachsamkeit besonders zu erinnern.“

Der Norddeutschen Volksstimme“ in Bremerhaven wird geschrieben:

Durch die große Ausdehnung, die die Mitarbeiter-Debatte annahm, ist bedauerlicherweise die Beratung der zu der parlamentarischen Thätigkeit unserer Reichstags-Fraktion gestellten Anträge stark zu kurz gekommen. Ueber die Sicherung des Wahlsgeheimnisses und den Schutz des Koalitionsrechts der Arbeiter hätte noch manches Wort gesagt werden können. Ganz besonders die Vorkommnisse in den Unterwerfer-Orten, die Lloyd- und Tiedensberg-Angelegenheit, hatte der Schreiber dieses sich vorgenommen, vor aller Welt klar zu legen. Er ist nicht dazu gekommen. Die gestellten Anträge wurden von dem Antragsteller begründet und dann ließ der Parteitag Schluß der Debatte eintreten. Es ist das, wie gelagt, bedauerlich, wir dürfen jedoch davon überzeugt sein — die Erklärung des Genossen Stadthagen als Referenten ließ darüber keinen Zweifel — daß die neue Reichstagsfraktion alles thun wird, den vitalsten Rechten des arbeitenden Volkes durch Einbringen entsprechender Besetzungswürfe den so notwendigen Schutz zu verschaffen.“

Und über die Taktik-Debatte heißt es in dem Artikel: „Der Eindruck der Webel-Rede war ein gewaltiger. Der Revisionismus hat wohl Offiziere, aber keine Soldaten.“

In der „Königsberger Volkszeitung“ schreibt Julian Vordardt, nachdem er den Artikel Bernhards in der „Zukunft“ scharf verurteilt hat:

„Doch ist das alles noch gar nichts gegen den Hauptcoup der ganzen Affaire, nämlich gegen die Art, wie sich Bernhard unter dem Vorwand anderer verteidigt. „Was wollt Ihr von mir,“ ruft er aus: „der Mann, der mich in der „Neuen Zeit“ richtet, hat ja vor 25 Jahren selbst Schweineerrien begangen!“ Und nun werden in breiter Rede alle möglichen angeblichen Schandthaten Wehrings aufgerollt, in der offensibaren Absicht, den Parteitag abzulenken von dem, was zur Debatte stand und worüber er richten sollte.“

Es ist nicht unfre Sache, Wehring zu verteidigen. Das muß er selbst befragen. Aber unfre Sache und Sache jedes Parteigenossen ist es, Einspruch zu erheben gegen die Verhöhnung des Parteitages, die in dieser Verteidigungsart liegt. Denn das und nichts anderes ist es, das nun einmal mit richtigen, deutschen Worten ausgesprochen werden. Was zum Teufel hat denn Wehrings Vergangenheit mit der Lumpen-

*) Während der Dauer des Parteitages war es uns aus Raum-mangel unmöglich, von diesen Äußerungen Notiz zu nehmen.

moral jenes „Zukunft“-Artikels zu thun und mit der Moral jener, die in gegnerischen Blättern schreiben? Sagen wir den Fall, alle jene Beschuldigungen gegen Mehring seien begründet. Sagen wir den Fall, Mehring sei der schwärzeste Teufel, den man sich vorstellen kann. Wird denn dadurch das Verbrechen Bernhards und seiner Verteidiger auch nur um Haaresbreite milder? Das Ganze war nur ein Versuch, den Parteitag zu hintergehen, ihn abzulenken von dem, worauf es ankam. Es war die Art gewisser Tiere, wenn sie verfolgt werden, Schmutz und Gestank um sich zu werfen, um im Trüben zu entkommen. Befah doch Bernhard die — — — Harnlosigkeit, zu verlangen: nachdem er für seinen „Zukunft“-Artikel abgeben habe, solle man ihn endlich damit verschonen! Der Artikel aber stand zur Erörterung, über ihn sollte geurteilt werden, nicht über Mehring. Aber dem Uebermenschen Bernhard hat es beliebt, über Mehring zu sprechen, und nun verlangt er kurzweg, der Parteitag solle sich seinem Gebot fügen und über seinen Artikel schweigen! Ist es zu viel, wenn wir das eine Verhöhnung des Parteitags nennen? ...

Was die angenommene Resolution anbetrifft, so gefällt sie uns auch nicht. Es läßt sich in der That für so etwas keine Norm aufstellen. Das ist aber auch gar nicht nötig. Wer wirklich mit Haut und Haaren Socialdemokrat ist, der weiß auch ohne geschriebene Norm, was er in solchen Dingen zu thun und zu lassen hat. Wer das aber nicht weiß, sondern solche Dinge thut, wie sie von Bernhard und seinen Freunden verteidigt worden sind, der gehört aus der Partei ausgeschlossen.

Persönliche Erklärungen liegen vor von den Genossen Jaech in der „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 217, Edmund Fischer im „Armen Teufel“ Nr. 88 und G. Bernhard in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ Nr. 217. Jaech wendet sich gegen die Angriffe Kolbs auf dem Parteitage. Er schildert seine Parteitätigkeit namentlich in dem Abschnitte, als er an dem Platte seines Bruders in Stuttgart mitgearbeitet hat und giebt besonders einen Auszug aus dem von Kolb aufgegriffenen Artikel „Politische Kinderkrankheiten“. Nach diesem Auszuge vertritt er darin die Meinung, daß die Socialdemokratie in Deutschland zu sehr an die Wirkung der politischen Gewalt glaube und die Organisierung des Konklus der Massen vernachlässige, wodurch sie erst eine wirkliche wirtschaftliche Macht würde. Dann bestreitet er, daß er dem Genossen Kolb von Leipzig aus einen Artikel für die Kundgebung angeboten habe. Kolb habe ihm vielmehr nach Stuttgart einen Brief geschrieben, worin er ihn im allgemeinen zur Mitarbeiterschaft aufforderte und ihm speziell das erwähnte Thema vorschlug.

Edmund Fischer veröffentlicht noch einen in der „Zukunft“ von 1899 mitgeteilten Brief Mehrings an Harden aus dem September 1892, worin Mehring sich sehr freundschaftlich zu Harden stellt und dessen Wisnars-Schnaarnerei als ein psychologisches Rätsel für solche bezeichnet, die Harden nicht kannten.

Bernhard veröffentlicht die ganze Karte Mehrings über Schoenlant an Harden, um den Beweis zu führen, daß Mehrings Erklärung (siehe „Vorwärts“ Nr. 216) in verschiedenen Punkten unrichtig sei. Er will damit beweisen, daß Harden zu dieser Zeit bereits die Vorbereitungen zur Herausgabe der „Zukunft“ getroffen hatte, daß auch Harzens Wisnars-Begünstigung Mehring zu der Zeit bekannt war und daß dieser auch Verbel und Liebnecht Harden gegenüber verdächtigt habe. Außerdem erklärt Bernhard, daß aus der früheren Erwähnung der Karte in Mehrings Broschüre nicht zu ersehen sei, daß es sich um Schoenlant gehandelt habe.

Ferner geht und selbst folgende Zuschrift zu:
Steglich-Berlin, 21. September 1903.

In
die Redaktion des „Vorwärts“
Berlin.

In dem Bericht, den Ihre Sonntagsnummer über die Ausführungen des Genossen Buer auf dem Dresdener Parteitage bringt, heißt es: „Nicht aus dieser Thatsache allein (nämlich, daß Verbel für mich eingetreten sei), sondern vielleicht auch aus der Schlussfolgerung in der Erklärung Mehrings, daß für alles, was er getan habe, der Vorstand mit der Verantwortung trägt, hat sich ein Gerücht gebildet, das bereits in die Presse übergegangen ist und das auch mir persönlich gegenüber von einem hochachtbaren Genossen zum Ausdruck gebracht worden ist, nämlich die Vermutung, daß der Genosse Mehring den Parteivorstand in der Hand haben müsse, daß er im Besitz und in Kenntnis von Dingen sei, die den Vorstand zwingen, seine schlagende Hand über ihn zu halten oder, wie das Blatt sich ausdrückt, ihn mit dem Schilde zu decken.“

Inwiefern dieser Bericht ganz korrekt ist, muß ich dahin gestellt sein lassen; jedenfalls habe ich aber nicht das gesagt, was Genosse Buer mich sagen läßt, sondern ich habe, wie Ihr Bericht vollkommen richtig mitgeteilt hat, in Abwehr des Vorwurfs, mich an die Partei herangebracht zu haben, mich darauf berufen, daß meine Parteitätigkeit durch die Initiative der Partei-Vergabe in Berlin, Leipzig, Dresden, Nürnberg, Stuttgart und so auch durch den Parteivorstand, der mir die Herausgabe des literarischen Anlasses von Marx, Engels und Lassalle anvertraut habe, hervorgerufen worden sei. Wie aus dieser einfachen Feststellung einer unbedeutenden Thatsache das „Gerücht“, von dem Genosse Buer spricht, auch nur „vielleicht“ hat entstehen können, ist mir ein vollständiges Rätsel. Zu der That bringt das „Berliner Tageblatt“, das jenes „Gerücht“ zuerst kolportiert hat, es nur als Produkt seiner freien Phantasie. Ebenso wie das „Gerücht“, daß ich ein Polizeispitzel sein solle: beide „Gerüchte“ stehen auf der gleichen Höhe blödsinniger Insaune.

Ich ersuche Sie um gefälligen Abdruck dieser Zeilen.

Mit Parteigruß

J. Mehring.

Sociales.

Eine Aufgabe der Städtehygiene.

Auf der Jahresversammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Dresden sprach Professor Dr. Dunbar-Hamburg über die gesundheitliche Ueberwachung des Milchverkehrs und stellte folgende Grundsätze auf:

1. Die derzeitigen städtischen Milchverordnungen-Verhältnisse genügen nicht den hygienischen Anforderungen.
2. Aus der Thatsache allein schon, daß im Deutschen Reich jährlich etwa 150 000 künstlich ernährte Säuglinge an dem Genuß verdorbener Milch sterben, geht hervor, daß die Sanierung der Milchverordnungs-Verhältnisse eine Aufgabe darstellt, die an Bedeutung keiner anderen Aufgabe der Städtehygiene nachsteht.
3. Bei dem hohen Entwicklungsstande der milchwirtschaftlichen Technik liegt die Möglichkeit vor zur Verfertigung der Städte mit einer allen gesundheitlichen Anforderungen genügenden, insbesondere auch für die Kindererziehung geeigneten Milch zu demselben Preise, der zur Zeit für die Markt Milch bezahlt wird.
4. Daß diese Möglichkeit unbenutzt bleibt, liegt begründet in der auf Unkenntnis beruhenden Gleichgültigkeit der städtischen Konsumenten und in der Thatsache, daß die städtischen Behörden noch keinen genügenden Einfluß auf die Milchproduktions- und Transportverhältnisse besitzen.

5. Die übliche Ueberwachung des Milchverkehrs ist ungenügend. Die Untersuchung von Milchproben, welche aus dem Verleche entnommen werden, hat zwar den Nutzen, daß durch sie einer erheblichen Herabsetzung des Nährwertes der Milch und namentlich auch einer Anwendung von Konservierungsmitteln erfolgreich entgegengetreten werden kann. Für die Verurteilung der Milch hat solche Untersuchung im übrigen aber nur den Wert, den die Untersuchung einer eingekochten Brunnenwasser-Probe haben könnte. Diese aber würde kein Hygieniker als ausreichende Grundlage anerkennen für die Verurteilung etwaiger Gesundheitsgefährlichkeit des Brunnens, aus welchem die Probe stammte. Ebenjowenig giebt uns die chemische, beziehungsweise bakteriologische Untersuchung der aus dem Verleche entnommenen Milchprobe einen genügenden Aufschluß

über etwaige, am Produktionsorte der Milch vorliegende Infektionsgefahr.

6. Die Schwierigkeiten, welche einer einheitlichen Ueberwachung der ganzen Produktions-, Transport- und Verkehrsverhältnisse der für den städtischen Konsum bestimmten Milch entgegenstehen, sind auf reichsgesetzlichem Wege zu beseitigen.

7. Diese Ueberwachung würde sich regeln lassen durch Einsetzen von Kommissionen, in welche Mitglieder der Regierung, der Landwirtschaftsämtern, sowie auch Vertreter der Städte zu entsenden wären. Den Kommissionen müßte ein Landwirt, ein Tierarzt und ein Arzt angehören. Sie hätten den zuständigen Aufsichtsbehörden bei Lizenzerteilungen für den Milchhandel als beratende Instanz zur Seite zu stehen.

8. Bis zur Erledigung der unter 6 und 7 bezeichneten Aufgaben sollten die städtischen Behörden es sich zur Pflicht machen, dafür zu sorgen, daß wenigstens für sämtliche künstlich zu ernährenden Säuglinge eine gesundheitlich einwandfreie Milch zum heutigen Preise der Markt Milch zur Verfügung steht.

Arbeitsverhältnis oder Gefälligkeitsleistungen?

Der ehemalige Restaurateur S., der in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen sehr zurückgekommen ist, war etwa 17 Monate lang bei dem Restaurateur Reumann täglich 8 Stunden etwa im Betriebe und machte sich dort in verschiedener Hinsicht nützlich. Ein eigentliches Vertragsverhältnis bestand nicht. S. erhielt Essen und Trinken und gelegentlich ein paar mal etwas Geld. Nachdem man auseinander gekommen war, verklagte S. den Gastwirt R. beim Berliner Gewerbegericht auf Zahlung von 643 Mark rückständigen Lohns für die 17 1/2 Monate. — Der Beklagte wandte ein, er schulde nichts. Einmal habe er S. 7,50 Mark für den Monat angeboten, da habe dieser es aber nicht angenommen. — Der Kläger betonte, er habe nicht gesagt, daß er gar nichts haben wolle; er habe nur gemeint, er werde sich etwas fordern, wenn er etwas brauche. — Gewerbeichter Reumann schlug namens der Kammer VI einen Vergleich auf 100 Mark vor und führte aus: Die Kammer sage, daß man auch etwas zahlen müsse, wenn man jemand in sein Haus nehme und ihn thätig sein lasse und dabei Arbeit spare. Und da Beklagter dem Kläger früher selber einmal 7,50 Mark für den Monat geben wollte, so schlage der Gerichtshof 7,50 Mark mal 17 1/2, abzüglich 30 Mark Vorschuß, abgerundet 100 Mark, vor. Der Beklagte wollte erst nichts geben, sondern meinte, es läge gar kein Arbeitsverhältnis vor, Kläger sei aus Gefälligkeit zu ihm gekommen und er habe ihn „gefüttert“. Schließlich verglich man sich doch. Beklagter verpflichtete sich, 100 Mark in monatlichen Raten von sechs Mark an den Kläger zu zahlen.

Aus Industrie und Handel.

Bereinigte Königs- und Laurahütte. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates legte die Direktion den Abschluß für das Geschäftsjahr 1902/03 vor. Der Bruttogewinn betrug nach Deduktion aller Geschäftsumkosten und der Obligationenzinsen 7 148 454 Mark.

Nach Abhebung der ordentlichen und außerordentlichen Abschreibungen von den Anlagewerten in Höhe von zusammen 3 500 796 Mark verbleibt ein Reingewinn von 3 647 657 Mark, von welchem nach Abzug der statutenmäßigen Lantienmen und zuzüglich des Vortrages aus dem Vorjahre 3 878 648 Mark zur Verfügung bleiben.

Der Aufsichtsrat wird der am 31. Oktober stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 11 Prozent des Aktienkapitals an die Aktionäre und von dem verbleibenden Rest Zuwendungen in Höhe von 383 000 Mark für Wohlfahrtszwecke vorschlagen.

Ueber die Geschäftslage bemerkt der Bericht der Verwaltung:

Der Beschäftigungsgrad unserer Walzwerke war im 4. Quartal ein steigender. Auf Katharinahütte, ebenso wie auf unseren schlesischen Hütten konnten infolgedessen bereits Preisaufläge für neue Aufträge durchgesetzt werden. Doch hielt sich in Deutschland der Preisstand bei dauernder Zurückhaltung der Spekulation noch immer unter der Höhe am Schlusse des Vorjahres, obwohl infolge des verstärkten Eisenverbrauchs im Inlande eine fortgesetzte Inanspruchnahme und Schwächung der Handelslager zu beobachten war. Auch die Preise für Lieferungen an die Staatsbahnen, namentlich auch von den Werksstätten litten unter verschärfter Konkurrenz.

Die Förderung an Kohlen überschritt die des Vorjahres nur um ein geringes, wogegen die von der Konvention beschlossene Ermäßigung der Kleinlohlenpreise und die Herabsetzung der Lokomotivlohlenpreise neben einer in Betriebsverhältnissen begründeten Verschiebung des Sortenfalls bei der Kohlenseparation eine Herabminderung der Kohlenverwertung zur Folge hatte, welche die Erträge des 4. Quartals gegenüber dem Vorjahr ungünstig beeinflusste.

Saatenstand in Preußen. (Zwei bedeutet gut, drei mittel.) Mitte September betrug der Saatenstand für Kartoffeln 2,8 (gegen 2,7 im Vormonat und 2,8 im September des Vorjahres), für Klees 2,4 (gegen 2,5 im Vormonat und 2,3 im Vorjahre), für Luzerne 2,8 (gegen 2,8 im Vormonat und 2,5 im Vorjahre), für Weizen 2,5 (gegen 2,6 im Vormonat und 2,7 im Vorjahre).

Die im Berichte des Vormonats erwähnten fast ununterbrochenen recht ergiebigen Regengüsse hielten bis Ende August an, denen nach vorübergehender großer Hitze wieder übermäßige Kälte, Sturm und Regen folgten. Trotzdem sind die gefallenen Regemengen leichtem Boden nicht schädlich, teilweise sogar noch nicht einmal ergiebig genug gewesen. Die schönen Tage machten der Landbevölkerung die Wärmung der Felder soweit als möglich. Entsprechend der verspäteten Ernte ist auch die Bestellung der Acker mit Winterjaat in einigen Gegenden weit vorgeschritten.

Der volkswirtschaftliche Nutzen des Kohlenyndikats. Die „Deutsche Industrie-Zeitung“, das Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller, beschäftigt sich in der Rundschau seiner letzten Nummer mit dem socialdemokratischen Parteitag in Dresden, der Tagung des Vereins für Socialpolitik in Hamburg und der Zechenbesitzer-Versammlung des Kohlenyndikats in Essen. Natürlich haben nach der Auffassung dieses Blattes die Tagungen in Dresden und Hamburg traurige Ergebnisse geliefert: in Dresden gab es nach seiner Behauptung nichts als „Phrasen und drohende Worte“ und der Verein für Socialpolitik arbeitet immer mehr nach der Devise „Viel und billig, d. h. billig und schlecht“; dagegen befindet die Essener Zechenbesitzer-Versammlung eine feste Weisheit, indem sie sich für die Erneuerung des Kohlenyndikats entscheidet, und dadurch dem allgemeinen Wohl den größten Nutzen“ brachte.

„Wenn man sich“, so meint das centralverbändlerische Organ, aus Anlaß dieser drei gleichzeitigen Tagungen, des socialdemokratischen Parteitags in Dresden, des Vereins für Socialpolitik in Hamburg und des Kohlenyndikats in Essen fragt, welche von denselben dem allgemeinen Wohl den größten Nutzen gebracht habe, so wird man darüber kaum im Zweifel sein dürfen, daß der kleinsten Versammlung und derjenigen, die am spätesten tagte und zugleich die wenigsten Worte verschwendet hat, dieses Verdienst zukommt. Die Fortdauer des Kohlenyndikats ist für die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse von allergrößter Bedeutung, aber sie ist von erster Wichtigkeit für die Arbeiter, und weder die löblichen Resolutionen des Dresdener Parteitags, noch die Thaten des Vereins für Socialpolitik in Hamburg und Dresden können sich in dieser Beziehung messen mit dem einfachen Beschlusse der Zechenbesitzer, das Syndikat zu erneuern.“

Wie sonderbar sich doch in manchen Köpfen die Welt wieder spiegelt!

Som amerikanische Eisenmarkt. Die vor einigen Wochen sich auf dem amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt zeigende etwas lebhaftere Nachfrage nach einigen Stahl- und Kobaltarten gab damals

der amerikanischen wie auch einem Teil der deutschen Handelspresse Anlaß, von einer erneuten „Belebung des Eisengeschäfts“ zu sprechen. Diese Auffassung der Marktfrage hat recht bald ein Dementi gefunden. Seit etwa 14 Tagen sieht es trüber auf dem amerikanischen Eisenmarkt aus als je vorher; die Nachfrage nach Kobalt und Stahlmüllern geht mehr und mehr zurück und zugleich sinken die Preise. Aergstliche Gemüter, die noch vor wenigen Monaten überhaupt nicht an eine Abkühlung des amerikanischen Eisens glaubten wollten, sehen bereits eine Konkurrenz des amerikanischen Eisens und Stahls auf dem deutschen Markt herannahen. So weit ist es nun keineswegs. Ueberhaupt ist, wie an dieser Stelle schon mehrfach dargelegt wurde, eine irgendwie beträchtliche Inflation amerikanischer Eisens und Stahls in Deutschland kaum zu befürchten, wohl aber eine Zurückdrängung des deutschen Fabrikats auf fremden Absatzmärkten und infolgedessen ein Rückgang des deutschen Eisenspreises.

Ueber die jetzige Marktfrage in den Vereinigten Staaten von Amerika bringt die „Voss. Zig.“ folgende Kabelmeldung:

Die Lage des Roheisenmarktes wird ungünstig beurteilt. Die Lager wachsen an, was im Zusammenhang mit der Erhöhung der Produktion auf ein Jahresquantum von 19 Millionen Tonnen steht. Weitere offizielle Preisermäßigungen sind noch nicht vorgenommen worden. Bei größeren Aufträgen kamen jedoch Unterbietungen vor, auch waren die Produzenten von Fertigisen und Stahl geneigt, ihr Material ohne Rücksicht auf die Kostenpreise abzugeben, um eine Ankaufung der Lager zu veranlassen. Daraus deutet auch die Anwesenheit leitender Bahnenbeamten in den Erzeugungsorten hin.“

Der englische Arbeitsmarkt. Nach der „Labour Gazette“ vom 15. September zeigte der Monat August einen weiteren Geschäftsrückgang. In den 226 berichtenden Gewerkschaftsverbänden mit 561 946 Mitgliedern waren 30 751 Personen oder 5,5 Proz. unbeschäftigt gegen 4,9 Proz. im vorhergegangenen Monat und 4,6 Proz. im August 1902. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im August der letzten zehn Jahre belief sich auf 4,3 Proz. Der Geschäftsniedergang ist besonders bemerkbar in der Baumwoll-Industrie. — An gewerblichen Streitigkeiten waren im Verichtsmonat 29 623 Personen beteiligt, davon 14 000 Zündholz- und Stahlarbeiter in Südwales. — Von Lohnänderungen wurden 121 200 Arbeiter betroffen; das Reinergebnis dieser Änderungen war eine Lohnherabsetzung von 1300 Pfund Sterling die Woche.

Verfassungen.

Verband der Dachdecker (Filiale Berlin). Die Versammlung, welche am 20. September bei Feind, Weinstraße 11, stattfand, schritt zur Wahl des ersten Vorsitzenden, da Juchz sein Amt niedergelegt hatte, und eines Stellvertreters an Stelle des verstorbenen Kollegen Vlod; als erster wurde Höppler, als letzter Weisle gewählt. — Zur Gaudionferenz, die am 4. Oktober stattfindet, um über die Aufstellung der Delegierten zum Verbandstag eine Einigung zu erzielen, wurden Hosenbaum und Schewing delegiert. Die Versammlung schloß zwei Kollegen wegen unbilligen Verhaltens aus der Organisation aus. Im Anschluß hieran wurde folgender Antrag angenommen: Werstellenangelegenheiten, Mißstände auf Bauten und sonstige aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis sich ergebende Streitigkeiten sind in erster Linie dem Vorstände zur Prüfung vorzulegen. Bei besonders schweren Fällen hat derselbe die Pflicht, diese der Versammlung zur Erledigung zu unterbreiten, bei mildereren das Recht der selbständigen Entschliebung.

Der Wahlverein Brig hielt am 11. September seine Mitgliederversammlung ab, in welcher die Kronische Wollschäre zur Landtagswahl vorgelesen wurde. Daran schloß sich eine rege Diskussion. Aufgenommen wurden zwei Genossen. Der Vorsitzende machte bekannt, daß das Stiftungsfest am 10. Oktober bei Wetke stattfindet.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Staatswerkschläten-Deputation vor Wilhelm II.

Danzig, 21. September. Der Maschinenführer Glassagen sagte in seiner Ansprache: Er bringe namens der gesamten Arbeiterschaft der Staatswerkschläten Sr. Maj. dem Kaiser die Guldigung dar. Das große Wohlwollen und Vertrauen, welches Sr. Maj. der Kaiser den deutschen Arbeitern wiederholt geschenkt habe, veranlasse sie, ihren tief empfundenen Dank an dem heutigen bedeutungsvollen Tage auszusprechen, an welchem das Denkmal des großen Kaisers enthüllt worden sei. Die Arbeiter der Staatswerkschläten der alten Stadt Danzig gelobten Sr. Majestät dem Kaiser unverbrüchliche Treue und beteten zu Gott um Glück und Segen für Sr. Majestät den Kaiser.

Der Kaiser erwiderte: „Ich danke Ihnen für die Worte die Sie im Namen der Arbeiter ausgesprochen haben, und bitte Sie, diesen meinen Dank den Arbeitern der Werksstätten zu überbringen. Es ist mir eine Freude, gerade am heutigen Tage Sie zu sehen, am Tage der Denkmalsenthüllung des großen Kaisers, an dessen Thaten einzelne von Ihnen mitgethan, des großen Kaisers, der dem deutschen Volke die Jahrhundertlang ersehnte Einheit gebracht hat. Erst durch den Aufbau des einigen Deutschen Reiches ist es möglich gewesen, daß die gewaltige Entwicklung in Handel und Industrie so viele kräftige Hände deutscher Arbeiter hat beschäftigen können. Ich sollte daher meinen, daß im Hinblick auf die ehrenwürdige Gestalt des deutschen Kaisers die deutsche Arbeiterschaft Freude und Genugthuung empfinden dürfte für die Eröffnung eines so ungeheuren Feldes der Thätigkeit, auf dem sie ihre Thätigkeit entwickeln kann. Und ich sollte meinen, daß auch sie das höchste Interesse daran hat, dieses Deutsche Reich ungehämert und ungehindert zu erhalten und im Innern wie nach außen festgefügt zusammenzuhalten. Denn nur in einem solchen wird die deutsche Arbeiterschaft Lohn, Lebensunterhalt, Zufriedenheit haben und mit Vertrauen in die Zukunft blicken können. Ein großer Teil der deutschen Arbeiter geht durch die Reiben der Armee und lernt in ihr die Schulung und Disziplin; diese Schulung giebt ihnen die Möglichkeit, auf friedlichen Gebieten Siege über Siege zu erringen und überall weit man, was deutsche Arbeit bedeutet, überall wird sie geschätzt und anerkannt; das ist mir möglich durch die große Erfahrung und den hohen Stand der Bildung der deutschen Arbeiterschaft. Ich hoffe nach wie vor, daß die Bestimmungen, denen Sie heute Ausdruck gegeben haben, im Namen meiner Arbeiter der kaiserlichen und königlichen Werksstätten, auch in den Herzen der übrigen Arbeiter schlagen, und daß nach wie vor sie sich immer bewußt sind, daß sie zunächst Deutsche sind, und daß die Arbeiter das Deutschthum im Frieden nach außen zu Ehren zu bringen haben, wie sie auch im Kriege nicht zögern werden, zur alten bekannten Waffe zu greifen, wenn es gilt, das Vaterland zu verteidigen, so lange solche Entdeckungen möglich sind, so lange, davon bin ich fest überzeugt, wird das Vaterland sich weiter entwickeln, zum Segen und zur Freude auch seiner Arbeiter.“

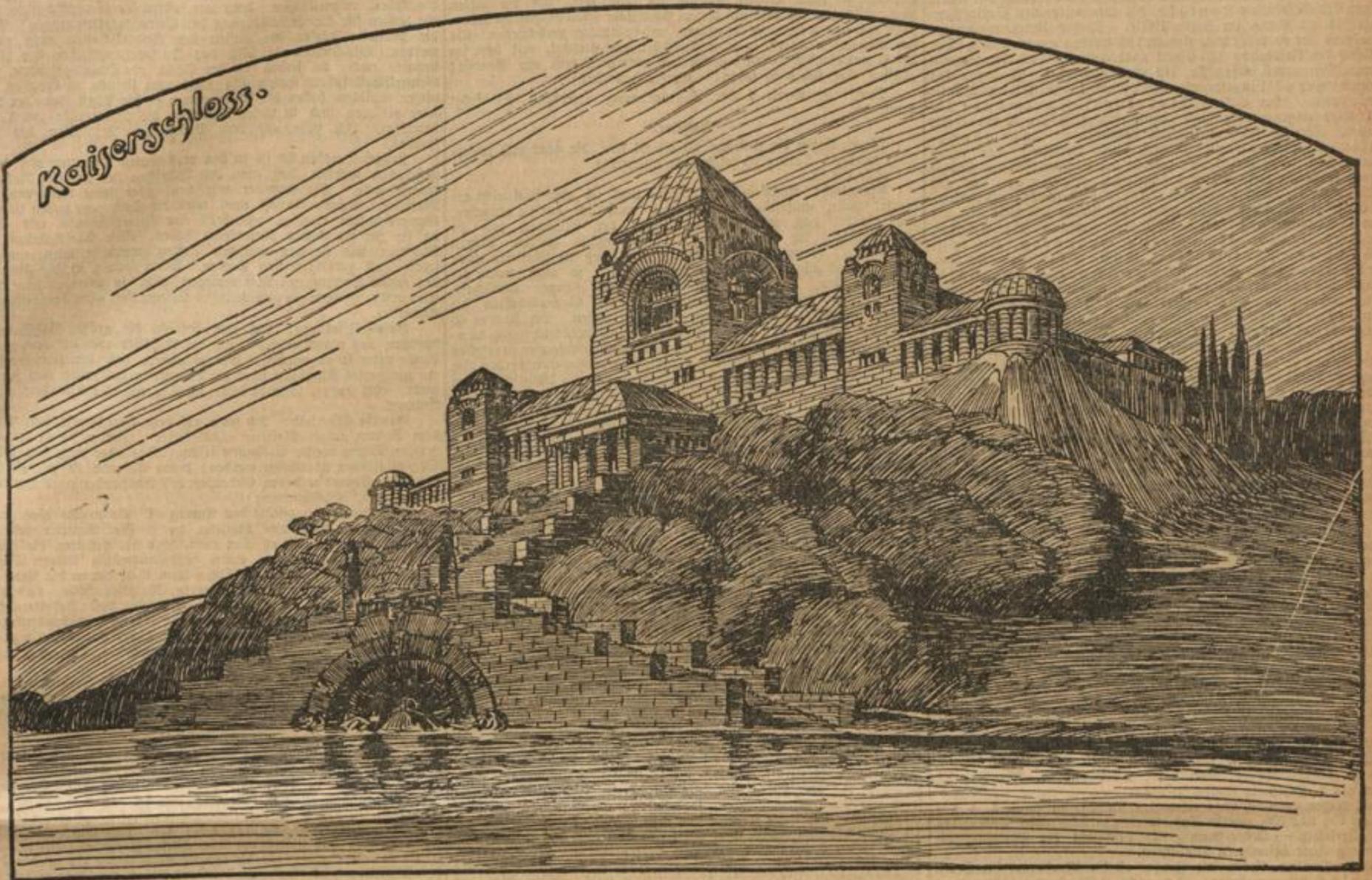
(W. I. O.)

Magdeburg, 21. September. (W. I. O.) Von der 11. und 12. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 68 wurden 100 Mann mit je drei Tagen Arrest bestraft. Zur Beschaffung von Compagniebildern hatten die Leute Geldsammlungen ohne Genehmigung der Hauptleute veranstaltet. Zwei Chargierte, die das gesammelte Geld an sich nahmen, hatten dasselbe unterschlagen, wodurch die Angelegenheit zur Meldung kam.

London, 21. September. (W. I. O.) Die „St. James Gazette“ meldet, Anken Chamberlain sei zum Schatzkanzler, Lord Selborne zum Kolonialminister, Arnold Forster zum Kriegsminister und Drummond zum Staatssekretär für Indien ernannt worden.

Salonik, 21. September. (W. I. O.) Nach hier eingegangenen Meldungen dauern die Massaker seitens der Bulgaren fort. Die Ortsschafften Kotebia und Kombul wurden zerstört und die gesamte christliche Bevölkerung ermordet. Im Jagar von Koepnelue erschoss ein Soldat die bulgarischen Rotabeln Bojm und Jankow und verwundete mehrere Personen. Der Mörder wurde verhaftet.

Ein Kaiserschloß.



Kaiserschloß.

Vor einigen Tagen hatten wir Gelegenheit, den Entwurf eines Kaiserschloßes kennen zu lernen, der in ganz merkwürdiger Weise an unsere Mitteilungen über die Kaiserinsel erinnert. Wir unterbreiten diesen Entwurf der Öffentlichkeit als Beweis, wie eifrig schon vor unsrer, aus gänzlich anders gearteter Quelle geschöpften Mitteilungen die Phantasie der Architekten mit kaiserlichen, burgartigen Inseln sich beschäftigte.

Wir wissen nicht, ob der in dieser Nummer nachgebildete Entwurf im Zusammenhang mit unsrer Veröffentlichung steht. Auffällig ist jedenfalls, daß der Platz, auf dem sich das Kaiserschloß erhebt, Pichelswerder sein könnte.

Um dem Verdacht einer Mystifikation vorzubeugen, bemerken wir, daß der Entwurf aus dem Dezember 1902 stammt und daß der Architekt, der ihn gezeichnet, uns bekannt ist.

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Schluß der Sonnabend-Sitzung.

Vollmar: Ich habe auf die persönlichen Bemerkungen Bebels nur sehr wenig zu antworten. Bebel meinte bezüglich der bayerischen Wahlrechtsfrage, wenn es den Münchenern so darum zu thun gewesen ist, warum sie dann die Sache nicht auf dem Parteitag angeregt hätten. Er dreht die Verhältnisse um! Nicht wir sind die Ankläger, sondern Bebel. Ihm war unsre Bewegung nicht recht. Er hat erklärt, daß unsre Haltung parteischädigend sei, und deshalb wäre es seine Aufgabe gewesen, die Sache in München zu verfolgen. Wir Bayern waren darauf gefaßt, daß wir angegriffen würden. Ich könnte eine ganze Anzahl von bayerischen Genossen nennen, die auf der Rednerliste standen, jedesmal, sobald sich ein Redner meldete, von dem wir annahmen, daß er uns angreifen würde. Aber es erfolgte kein Angriff, und die Redner haben sich regelmäßig wieder streichen lassen. Dem Genossen Timm war das schon ein paarmal passiert, und da es ihm unangenehm war, sich wieder streichen lassen, sah er sich veranlaßt, ganz unvorbereitet über eine ganz andre Sache zu sprechen. (Große Heiterkeit.) Was meine Anführung einer Stelle aus der Bebelschen Citatrede betrifft, so hat Bebel bestätigt, daß mein Citat richtig ist. Er wirft mir nur vor, daß ich einen Satz nicht verlesen habe, und er meint, daß durch diesen Satz das Ganze eine andre Bedeutung bekomme. Ich bin nicht der Meinung: Ich glaube vielmehr, daß dieser Satz an dem Sinne gar nichts ändert, indessen war das ja von gar keiner wesentlichen Bedeutung in meiner Rede, denn ich wollte daraus nicht den Schluß ziehen, daß Bebel eine falsche Aeußerung gethan hat, sondern ich wollte nur sagen, daß, wenn Leute mit dem Koffstift in der Hand meine Reden verfolgen, was man dann wohl thun würde, wenn ich eine solche Aeußerung gemacht hätte. (Bebel: Gar nichts!) So, wie Du denn das so genau? Bebel: Ja, das weiß ich! Man kautisch! Zu meinem Bedauern habe ich seine Rede nicht vollständig hören können. Ich habe mich aber von andern darüber informieren lassen, was er gesagt hat. Er soll eine Reihe von Behauptungen aufgestellt haben, durch die er beweisen wollte, daß ich eigentlich nach dem Wortlaute der vorliegenden Resolution gegen die Abtätige 2, 3 und 4 stimmen möchte. Ich habe gestern bereits die Gründe dargelegt, die für mich bei meiner Abstimmung maßgebend sind. Die Motive, die Kautsch heute hinterher in seine Resolution hinein interpretiert hat, sind für mich und für den Parteitag vollkommen ohne Bedeutung.

Eisner: Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht auf die vorgestrichene Rede von Bebel und die heutige Declaration derselben eingehen und will mich deshalb auf eine kurze Erklärung beschränken. Ich habe die Tendenz und den Inhalt weder seiner neulichen Ausführungen, noch seiner heutigen Declaration völlig verstanden, insbesondere nicht, ob in

seiner Declaration irgendwelches Mißtrauen gegen meine Person ausgesprochen werden soll. Ich habe nicht verstanden, ob die Absicht besteht, meinen Anteil an Einfluß innerhalb der völlig demokratischen Organisation des „Vorwärts“ einzuschränken. Weil ich das nicht verstanden habe, kann ich mich auch mit der Declaration von Bebel nicht zufrieden geben. Da ich aber schließlich nicht darauf eingehen kann, so muß ich die weitere Ausklärung den Verhandlungen der zuständigen Instanz überlassen.

Bebel: Es fällt mir in gar keiner Weise ein, irgend welches Mißtrauen gegen Eisner und seine Leistungen auszusprechen. Wenn in dem Wortlaute meiner Rede ein solches Mißtrauen enthalten sein sollte, habe ich ja ausdrücklich erklärt, daß das nicht so gemeint war. Mehr konnte ich loyaler Weise nicht thun. Ich glaube alles gethan zu haben, was möglich ist, und nach der Anerkennung einer persönlichen Bemerkung nicht auf die Sache eingehen kann, kann ich auch meinen Plan über die zukünftige Gestaltung des „Vorwärts“ im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht erörtern. Zu den Verhandlungen darüber wird die Redaktion des „Vorwärts“ in corpore eingeladen werden. Eisner hat ja dann Gelegenheit, dort seine Bedenken vorzubringen. Was die Bemerkung Vollmars bezüglich des aus meiner Kaiserrede citierten Satzes betrifft, so handelt es sich um eine Auslegung. Da nun nach allgemeinem Recht dem Redner in erster Linie zusteht, zu sagen, was er gemeint hat, so habe ich auch heute davon Gebrauch gemacht in einer Weise, die meiner Ueberzeugung entspricht. Es ist unnötig, darüber zu streiten, denn wir würden hin und herstreiten und es bliebe doch alles beim alten. Dann ist Vollmar wieder auf die Bayernfrage gekommen und teilt uns die Neuigkeit mit, daß ein kleines Armeecorps schwer bewaffneter Bajuwaren im Hinterhalt gestanden hat, bereit, sofort über mich herzufallen. (Große Heiterkeit.) Diese Zäpferkeit der Bajuwaren freut mich. Aber ich bin um so mehr darüber erstaunt, da ich Vollmar gegenüber erklärt hatte, es würde mir gar nicht einfallen, die Sache zur Sprache zu bringen. Allerdings hat später Eduard David gesagt, die Abrede habe nicht stattgefunden. Diese Aeußerung bezog sich darauf, daß ich einen Artikel in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ veröffentlicht hatte, in welchem es am Schlusse hieß: „Wenn Ihr wollt, dann sehen wir uns bei Philipp wieder.“ Wenn Ihr wollt — Ihr habt nicht gewollt. (Heiterkeit.) An Euch lag es, nicht an mir, ich war bereit, ich habe Euch die Gründe gesagt, warum ich nicht angriff. Wenn ich angegriffen werden will, dann mache ich in einem solchen Falle die Attade und warte nicht ab. (Zustimmung.)

Kautsch: Seine hat sich gegen mich gewendet. Ich habe ihn mit keinen Worte genannt, sondern bloß von Revisionisten gesprochen. Er hätte gar nicht das Recht gehabt zu seiner persönlichen Bemerkung, wenn er sich nicht durch dieses Wort getroffen fühlte. (Sehr richtig! Seine: Ihr nennt mich doch immer so!)

Ich habe ihn nicht zum Revisionisten gestempelt. Diesen Auf hatte er schon lange, bevor ich heute gesprochen habe. (Seine: Na also!) Vollmar beneide ich um seine Lage, eine Rede zu beurteilen, die er nicht gehört hat. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Vollmar: Die letzte Aeußerung ist ja ein schöner Ausweg, aber weiter nichts, denn Kautsch vergißt, daß es außer ihm und mir in dieser Saale auch noch andre Leute giebt, die hören können; im übrigen kann ich versichern, daß ich ihn gar nicht zu hören brauche, um zu wissen, was er sagt (Heiterkeit), ich meine, was er in einer Sache wie der vorliegenden sagt. Gegen Bebel nur eine einzige Bemerkung: Er sagt, es habe ihn interessiert zu hören, daß ein ganzes bayerisches Armeecorps bei der Hand gewesen ist, auf ihn loszustürzen. Na, so grausam sind wir nicht, daß ein ganzes Armeecorps über einen Einzelnen herfällt, das mühte woanders Mode sein. (Heiterkeit.) Aber Bebel vergißt, daß nicht er allein nur angegriffen, sondern auch ein großer Teil der Parteipresse hat erklärt, es sei nötig, gegen uns vorzugehen. Wenn Bebel sagt, er wäre zur Attade vorgegangen, so habe ich nur zu erwidern, daß wir keine streitsüchtigen Leute sind, die um jeden Preis streiten wollen, sondern wir haben nur dann darauf los, wenn es nötig ist. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!)

Seine: Die Bemerkung von Kautsch, „so ich mich gewissermaßen als Revisionist getroffen fühle“, sollte vermutlich kein Wig sein, denn ich habe Kautsch noch nie einen Wig machen hören. (Rufe: Na! na!) Sie war also wohl ernst gemeint. Es wiederholt sich immer dasselbe Spiel. Genau so war es ja in Lübeck. Es wird auf eine Anzahl von Leuten hingewiesen, die bald Opportunisten, bald Revisionisten, bald Bernsteinianer genannt werden und diese werden dann in allgemeinen Redensarten verhöhnt. Jeder weiß, wer damit gemeint ist. Weißt dann aber einer noch, daß das alles unrichtig ist, was über ihn gesagt ist, dann kommt immer dieselbe Doppelargumentation: erstens: Dich haben wir nicht gemeint! und zweitens, daß Du Dich dagegen verwahrt, ist ein Jugendschick, daß Du es bist! Dieses Verfahren ist mir als Anwalt aus Beleidigungsprozessen aus täglicher Erfahrung bekannt. Wenn so die Mutter Müller'n herumläuft und sagt: „Die Schulze'n — ja, ich sage nichts — aber es sind dort und dort silberne Löffel gestohlen worden; ich sage natürlich nichts gegen die Schulze'n (Heiterkeit), aber es sind auch in der Wohnung von der Schulze'n Löffel gesehen worden.“ Wenn dann die Schulze'n sagt: „Sie habe ich ja gar nicht gemeint! Sie müssen doch ein schlechtes Gewissen haben!“ (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Auf Vorschlag von Singer beschließt der Parteitag, die Anträge 17, 104, 108 im letzten Absatz und 130 bei der Beschlußfassung zunächst auszulassen. Zur Beschlußfassung steht zunächst Resolution 130. Von den Antragstellern im ersten Absatz verändert durch 140 und die zahlreichen Amendements zu ihr. Wenn diese Resolution zur Annahme gelangt, sollen die übrigen Anträge über Taktil und revisionistische Bestrebungen für erledigt gelten. In einer Vorabstimmung sollen zunächst

die Amendements erledigt werden. Ueber die so umgestaltete Resolution 130 soll, wie ein genügend unterstützter Antrag verlangt, in namentlicher Abstimmung entschieden werden. Der Parteitag ist mit dieser Art der Erledigung einverstanden. Zu Absatz 1 wird das Amendement Stadthagen Nr. 144*, 2. Teil, mit großer Mehrheit angenommen und ebenso der so veränderte Absatz. Zu Absatz 2 und 3 liegt der Antrag 141 Legien vor, die beiden Worte „revisionistische“ zu streichen. Der Antrag Legien wird in diesem Teile abgelehnt. (Auf: Die Volksseele!) Die Absätze 2 und 3 werden unverändert angenommen.

Zu Antrag 143, der eine Einfügung hinter Absatz 3 vorschlägt (der Antrag 143 heißt nicht mehr D. Scheib und Genossen, sondern: Sturm und Genossen), liegt ein Unteramendement Sturm-Gradnauer vor, wonach in Ziffer 2 zwischen die Worte „Socialdemokratie“ und „ein Anteil“ eingefügt werden sollen die Worte „gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Socialisten-Kongresses zu Paris im Jahre 1900“. Dieses Unteramendement und ebenso der so veränderte Antrag 143 werden angenommen. Der 4. Absatz der Resolution 130 bleibt unverändert. Das Amendement Timm u. Gen. zum 5. Absatz Nr. 142 wird abgelehnt. Dagegen der Antrag Legien 141 in getrennter Abstimmung in seinem 1. und 2. Teile angenommen. Der Antrag Stadthagen-Luzemburg 144 Nr. 1 wird angenommen, und ebenso schließlich der so veränderte Absatz 5. Das schriftlich vorliegende Amendement Luzemburg-Jetlin-Stadthagen, wonach der Parteitag vor allem erwartet, daß die Agitation im Lande in der nächsten Zeit als Hauptaufgabe betrachtet wird, wird abgelehnt. Vollmar, der mit der Minderheit gestimmt hat, ruft: Ach, das ist schädel (Heiterkeit).

Es folgt die Gesamtabstimmung. Resolution 130 wird mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmen: Bernstein, Gertrud David, Elm, Grenz, Grünberg, Hering, Gué, Löwe, Paul Müller, Gustav Müller-Breslau, Karl Schwarz. Bei der Abstimmung von Kuer, Heine, Kolb, Reus, Sidelum, die mit „ja“ stimmen, entzieht Heiterkeit. Bei der Abstimmung von Löwe-Breslau ruft Adolf Hoffmann: „Ein treuer Aecht war Fridolin!“ (Heiterkeit.) Damit sind die Anträge 89, 90, 91, 101, 102, 103, 105, 106, 107, 108, erster Satz, 109, 109a, 110 und 129 erledigt. Karl Schwarz erklärt zu Protokoll, daß er gegen die Resolution gestimmt habe, weil er mit der bisherigen Fassung einverstanden sei. Quard, Lindemann und Kramer erklären zum Protokoll, daß sie für die Resolution gestimmt haben, ohne sich mit allen Einzelheiten einverstanden erklären zu können.

Singer teilt mit, daß er eine Zuschrift des Herausgebers der Wiener „Fackel“, des Herrn Karl Kraus, erhalten habe, in der ausgesprochen ist, daß die Angaben des Genossen Victor Adler über die „Fackel“ den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen.

Das inzwischen festgestellte Resultat der vorgenommenen Wahlen ergibt: Zu Vorsitzenden des Vorstandes sind gewählt: Singer mit 280 und Bebel mit 272 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Antrieb 7, Wehring 3, Adolf Hoffmann 2, Vollmar 2, Jubel 1. Zu Sekretären sind gewählt: Pfannkuch mit 286, Kuer mit 270 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Antrieb 2, Hoffmann 1, Braun 1, Zäterow 1, Mollenbuhr 1, Ledebour 1. Zum Kassierer ist Gerlach mit 286 Stimmen gewählt. — Zu Kontrollcomitern sind gewählt: Meister mit 288, Raden mit 247, Bod mit 285, Brühne mit 217, Frau Jetlin mit 215, Könen mit 206, Sed mit 199, Ehrhardt mit 191, Pfarr mit 162 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Hug 10, Städtin 94, Dubbers 88, Quard 82, Wömelburg 68, Jhrer 47, Storch 47, Vollmar 39, Elm 31, Reist 4, David 3, Mollenbuhr 3, Timm 2, Rotteler 2, Braun 2, Grenz 1, Reus 1, Hoffmann 1, Rahn 1, Böhle 1, Veyer 1, Pöplow 1, Löbe 1.

Als Ort für den nächsten Parteitag ist Bremen mit 107 Stimmen gewählt. Außerdem sind Stimmen entfallen auf Mannheim 60, Offen 34, Radeburg 21, Stettin 20, Dortmund 17, Rürnberg 12, Darmstadt 8, Berlin 8, Kiel 4.

Es folgen die noch nicht erledigten Anträge zu Punkt 4. — Die Anträge 104 und 108, zweiter Satz, werden zurückgezogen. Antrag 117 wird abgelehnt. — Ueber Antrag 139 beschließt der Parteitag die Eröffnung einer besonderen Diskussion.

Heine-Berlin: Ueber die Frage, ob die Warburger für Herrn v. Gerlach stimmen sollten oder nicht, will ich hier nicht reden; es hat da jeder seine Ansicht. Ich war der Ansicht, daß die Warburger für Herrn v. Gerlach stimmen müßten, weil der Gegner von Gerlach ein Reaktions- schlimmerer Sorte war. Es ist mir in dem Antrage vorgeworfen, daß ich zu Gunsten eines mir persönlich befreundeten politischen Gegners unter Partei durch mein Telegramm an Herrn v. Gerlach die Warburger Parteigenossen desavouiert hätte. Demgegenüber mache ich darauf aufmerksam, und Herr v. Gerlach wird mir das nicht überrechnen, daß das Verhältnis zwischen mir und ihm nicht das einer persönlichen Freundschaft, sondern nur einer oberflächlichen Bekanntschaft ist. Es ist mir vorgeworfen worden, daß ich die Lobeserhebungen, die Herr von Gerlach mir überreichlich spendete, nicht energisch zurückgewiesen hätte. Ich bitte die Parteigenossen, sich die Verhandlungen des Lübecker Parteitages anzusehen. Dort werden Sie finden, daß ich in Lübeck bereits in aller Offenlichkeit Herrn v. Gerlach aufgefordert habe, diese Lobeserhebungen einzustellen. Er ist dieser Bitte aber nicht nachgekommen. Seit den Lübecker Tagen habe ich Herrn v. Gerlach überhaupt nicht mehr gesprochen, außer jetzt vor einigen Wochen. Man pflegt derartige Witten nicht zu wiederholen, amentlich wenn, wie ich herausgestellt hat, in der Sache eine Art System zu liegen scheint. Ich habe also Herrn von Gerlach nicht aus Freundschaft telegraphiert, sondern nach meiner Ueberzeugung an Interesse der von uns vertretenen Sache. (Rufe: Aha!) und das bitte ich mir zu glauben. Was endlich meine Erklärung im „Vorwärts“ anlangt, so erkläre ich hiermit, unbeschadet meines sachlichen Standpunktes, daß die Form, in der ich mich da über die Warburger ausgelassen habe, weder nötig noch angemessen war. Es ist mir da eben halt auch einmal passiert, daß ich mich über eine Sache geärgert habe, und daß ich in meiner Antwort in der Form über das Ziel hinausschoß. (Hoffmann-Berlin ruft: Lübeck Nummer 2!) Dennoch halte ich es nicht für richtig, daß durch eine Resolution zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir erst einmal anfangen wollten, auf unsren Parteitagen zu resollieren, wann und wo irgend ein Parteigenosse gegen einen andren Genossen öffentlich grob geworden ist, dann müßte unser Parteitag sehr lange dauern. Ich bitte also die Genossen, sich mit meiner Erklärung zu begnügen und auf einen Beschluß zu verzichten. Wollen Sie das nicht, und sollte der Parteitag der ganz ungewöhnlich scharfen Resolution beitreten, dann nehme ich das hin mit den Entfindungen, mit denen man im Parlament einen Ordnungsruf entgegennimmt, wenn man etwas mehr gesagt hat, als man hätte sagen sollen.

Dr. Michels-Berlin: Ich hätte eigentlich von dem Genossen Heine erwartet, daß er sich über die sachliche Frage überhaupt nicht aussprechen, sondern einfach die Form seines Artikels behaupten würde. (Sehr richtig! Lachen.) Er hat mich enttäuscht (Lachen), weil er hier wieder seine Meinung in einer Warburger Frage zum Besten gegeben hat, wegen deren wir ihn gar nicht gefragt hatten. Genosse Heine erklärte sich hier gewissermaßen für einen Prügler, an dem wir Warburger unsre Wut auslassen wollten. Ich meine aber, wenn ein Parteigenosse einem politischen Gegner in einer internen Angelegenheit ein Telegramm sendet und dieses Telegramm nachher bekannt wird, so hat er sich nach meiner Auffassung, und wohl auch nach der Auffassung der Mehrzahl der Anwesenden, einfach

blamiert (Gelächter), und wenn man sich blamiert hat, dann schweigt man. Freilich trifft der Ausdruck „Prügler“ doch vielleicht zu dem der Junge, der blamiert ist und nichts andres zu sagen weiß, der prügelt! (Gelächter.) Heine erklärte ferner, er habe schon in Lübeck Herrn von Gerlach aufgefordert, ihn nicht mehr zu loben. Da muß ich Herrn von Gerlach doch in Säug nehmen. (Warhe: Rufe: Zur Sache!) Wenn man einem Gegner einen solchen Freundschaftsbeweis im Telegrammstil giebt, so giebt man ihm doch direkte Veranlassung, ja gewissermaßen das Recht, sich dafür durch Lobeserhebungen dankbar zu zeigen. (Heine: Ich bin ja vorher schon gelobt worden.) Nachher auch noch in der Wiener „Zeit“, worin Herr v. Gerlach schreibt, Sie hätten eine ganz tadellose Figur (Große Heiterkeit), die andren Parteigenossen wären nur kleine Geister, die für sie noch nicht reif wären. (Große Heiterkeit.) Zum Schluß erkläre ich, daß wir, um die vielen Personalfragen, die uns auf diesem Parteitage schon beschäftigt haben, nicht um eine weitere zu vermehren, unsren Antrag zurückziehen. (Als sich Michels, nachdem er seine Ausführungen geendet, mit dem im Saale anwesenden Herrn von Gerlach unterhält, ruft ein Genosse: „Lassen Sie sich nicht loben!“ Große Heiterkeit.)

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt. Es folgt Punkt 5

Maifeier.

Hierzu liegen die Anträge 60 bis 64 vor, die genügend unterstützt werden. Antrag 65 wird nicht unterstützt.

Referent ist

Pfannkuch: Nachdem die Anträge, was ich eigentlich nicht erwartet hätte, unterstützt worden sind, muß ich auf sie eingehen. Ich glaube, daß wir an dem Wesen der Maifeier, wie sie jetzt besteht, in großen und ganzen nichts ändern können und dürfen. Wenn vielfach gewünscht wird, daß die Maifeier einen größeren und allgemeineren Umfang annehme, so muß daran erinnert werden, daß hier sehr weitgehende Fragen wirtschaftlicher Natur in Frage kommen, da die Gewerkschaften die Entschädigung der Gemahregelten zu tragen haben. Der Antrag 60 ist derart, daß man ihn wohl dem Vorstand zur Berücksichtigung überweisen könnte. Wenn dann zur Zeit keine dringenden Aufgaben zu erfüllen sind, so kann ja eventuell ein solches Flugblatt herausgegeben werden. Im übrigen bitte ich Sie, die Anträge abzulehnen und lediglich die im vorigen Jahre beschlossene Resolution zu erneuern. — In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900, feiert die deutsche Socialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeiterruhe. Der Parteitag macht es den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den andren Kundgebungen für die allgemeine Arbeiterruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeiterruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen. Deutschland ist ja bisher dasjenige Land, das den Gedanken der Maifeier am erfolgreichsten propagiert hat. Es empfiehlt sich nicht, die Maifeier ihres jetzigen Charakters zu entkleiden. Deshalb bin ich auch gegen den Antrag, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Nehmen sie also die Münchener Resolution einstimmig wieder an!

Ein Antrag Timm auf Schluß der Debatte, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dr. Friedberg-Berlin empfiehlt den Antrag 63. Wenn wir in unsrer Bewegung den Massenkampfcharakter betonen, so müssen wir auch diejenigen Einrichtungen fordern, die geeignet sind, diesen Massencharakter unsres Kampfes deutlich zu charakterisieren. Da kommt in erster Linie die Maifeier in Betracht, der die Idee zu Grunde liegt, daß wenigstens an einem Tage im Jahre der Arbeiter Herr über seine Arbeitskraft sein soll, die er sonst stets zu verlaufen gezwungen ist. Wir haben also nicht etwa diesen Charakter der Maifeier irgendwie abzuschwächen, sondern ihn im Gegentheil möglichst herauszuarbeiten. Sie sprechen von dem großen Siege, den wir am 16. Juni erfochten haben, aber liefern sie doch auch den Beweis, daß hinter diesen 3 Millionen Stimmen Persönlichkeiten stehen, die für unsre Ideen eintreten. Das geschieht dadurch, daß für den ersten Mai allgemeine Arbeiterruhe vorgeschrieben wird. Mag sein, daß ein solcher Beschluß nicht durchzuführen wäre; aber unser ganzes Programm beruht ja auf Forderungen, die nicht durchgeführt sind. Man sagt, die Sache würde zu teuer sein und zu viel Opfer erfordern, aber müssen wir denn nicht allenthalben Opfer bringen? Wie viel Opfer erfordert nicht alljährlich die Schwindlust! (Unruhe. Jurufe: Wir sind doch nicht in einer Volkerversammlung!) Die Maifeier hat aber besonders auch die Bedeutung, daß hier die Möglichkeit für ein wirkliches Zusammengehen zwischen Partei und Gewerkschaften gegeben ist und daß durch die Maifeier auch in den Gewerkschaften der Massenkampfcharakter betont wird. Ich bitte sie also, dem Antrag 63 zuzustimmen.

Weidner: Auch mir genügt die bisherige Fassung der Resolution nicht, weil sie zu dehnbar ist. Deshalb meine ich, daß der Parteitag sich unbedingt mal mit der Frage beschäftigen muß, ob nicht allgemeine Arbeiterruhe am 1. Mai stattfinden soll. Dann muß auch erörtert werden, in welcher Weise die Entschädigungsfrage für die Gemahregelten zu regeln ist. Darüber muß sich der Parteitag mit dem Gewerkschaftskongress ins Einvernehmen setzen. Im übrigen stimme ich dem Vortredner zu.

Auf eine Anfrage aus der Versammlung über die geschäftlichen Dispositionen des Vorsitzenden bemerkt

Singer: Ich halte es für selbstverständlich, daß wir unsre Verhandlungen heute nicht zum Abschluß bringen können. Bedenken Sie, was es, nicht vor den Gegnern — das kann uns gleichgültig sein —, aber vor den Parteigenossen im Lande für einen Eindruck machen würde, wenn wir eine große Anzahl wichtiger Punkte in einer Weise erledigen würden, die einfach verächtlich zu nennen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem wir den großen, wichtigen Dingen, die uns bisher beschäftigt haben, und über die allerdings gesprochen werden mußte, die notwendige Zeit gewidmet haben, sind wir verpflichtet, den Anträgen über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und sonstige Wahrung der Arbeiterinteressen im Gegenwartsstaate ebenfalls Zeit und Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn es mandem schwer wird, länger hier zu bleiben, so glaube ich, werden wir lieber diejenigen, die absolut abziehen müssen, entschuldigen, als daß wir jetzt eine große Anzahl von Anträgen abgeben oder nach unzulänglicher Debatte erledigen. Außerdem sind wir doch schließlich auch nur Menschen. Wie können Sie denn noch in diesem Saale sitzen? Das ist doch gar kein Arbeiten mehr. Ich schlage vor, daß wir unsre Verhandlungen heute nicht zu Ende führen, sondern morgen früh um 11 Uhr fortsetzen. (Beifall.)

Der Parteitag ist damit einverstanden, nachdem ein Schlußantrag abgelehnt ist, beschließt der Parteitag die Vertagung.

Singer teilt mit, daß eine Privatsammlung für die Crimmischauer streikenden Textilarbeiter 482,40 M. ergeben hat. (Lebhafte Beifall.)

Schluß 7 Uhr.

Dresden, den 20. September.

Siebenter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

11¹/₂ Uhr. Den Vorsitz führt Raden.

Rühl-Parburg giebt die Erklärung zu Protokoll, daß er für die von der Mehrheit angenommene Resolution über die Vicepräsidenten-Frage gestimmt haben würde, wenn er anwesend gewesen wäre. Er hat in Chemnitz an dem Abstimmungstage eine Versammlung abgehalten.

Es sind Begrüßungen eingelaufen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung steht

Punkt 5: Die Maifeier.

Dazu gehören die Anträge 60-65 und die Resolution. *)

Die Diskussion wird fortgesetzt.

Gigerot-Krefeld: Ueber die Beteiligung an der Maifeier besteht wohl eine allgemeine Unzufriedenheit. Die Hoffnungen und Wünsche, die wir an die Abhaltung der Maifeier knüpften, sind jedenfalls nicht in Erfüllung gegangen. Besonders im Auslande hat die Maifeier noch wenig Boden gefaßt, wenn auch überall langsam Fortschritte gemacht werden. In England wird sie mit der wachsenden Stärke der politischen Arbeiterbewegung sich sicher besser einbürgern und den demonstrativen Charakter annehmen, den wir wünschen. In Deutschland wird die Beteiligung von Jahr zu Jahr stärker und sie würde noch stärker sein, wenn nicht die wirtschaftliche Krise gekommen wäre. Wir leben ja nicht in Wollens-Luddeheim; wir können nicht unter allen Umständen am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, denn wie sollten die Gewerkschaften die Kosten für die Entschädigung der Gemahregelten tragen! Durch die Maifeier dürfen die Kosten der Gewerkschaften nicht geleert werden. Glücklicherweise läßt das Aussperrungslocher der Unternehmer nach; sie haben in der Sache ein Haar gefunden. Die Gewerkschaftsführer haben also nicht etwa Ursache zu bremsen. In vielen Städten haben die Unternehmer ja die Angst vor der Maifeier verloren und in vielen Betrieben die Arbeiterruhe am 1. Mai bewilligt. Ich stehe auf dem Boden der Resolution des Vorstandes.

Krüger-Dresden: Es ist in den verflochtenen Debatten viel davon gesprochen worden, daß man den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen solle. Die Arbeiter wünschen aber keine Verringerung der Maifeier. Meiner Ansicht nach wird die Sache am Besten von den Gewerkschaften erledigt, jedenfalls im Einverständnis mit ihnen, da sie für die Kosten einzutreten haben. Eine Einschränkung der Maifeier, wie sie von manchen Seiten gewünscht wird, muß auf jeden Fall zurückgewiesen werden. Wenn man z. B. die Feier auf den ersten Sonntag im Mai verlegen sollte, so wäre es keine Maifeier mehr, sondern ein gewöhnliches Sommerfest ohne demonstrativen Charakter.

Busold-Friedberg: Bei uns herrscht die größte Mißstimmung darüber, daß nichts geschieht, um die Maifeier auch auf dem platten Lande populär zu machen. Wir wünschen, daß der Parteivorstand ein geeignetes Flugblatt über die Bedeutung des ersten Mai herausgibt. Aus diesem Grunde bitte ich Sie um die Annahme unsres Antrags.

Gewehr-Eberfeld: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir an dem System unsrer Maifeier nichts ändern, sondern sie in dem bisherigen Sinne weiter ausbauen sollen. Das aber muß den lokalen Organisationen überlassen werden; deren Aufgabe ist es, die Idee des Socialismus und den Gedanken des Achtstundentages weiter zu propagieren. (Zustimmung.)

Löbe-Breslau empfiehlt den Antrag 64. Es waltet eine gewisse Mißstimmung über die Maifeier vor. Die Maifeier soll eine Demonstration sein, ist es aber nicht, denn die Arbeiter, die sich beteiligen, bilden doch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiterklasse. Besonders im Osten nicht davon die Rede sein, daß die Maifeier einen demonstrativen Charakter habe. Aus diesen Gründen sagten sich die Breslauer: Entweder volle Arbeiterruhe am 1. Mai oder gar keine. Und da wir die volle Arbeiterruhe nicht durchführen können, so halten wir es für besser, ganz darauf zu verzichten und nur abends in Versammlungen den 1. Mai zu feiern.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Berichterstatter Pfannkuch verzichtet aufs Schlusswort.

Die Münchener Resolution über die Maifeier wird erneut beschlossen. Damit sind die Anträge 60 bis 65 erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Singer übernimmt den Vorsitz und teilt mit, daß seitens der Kontrollkommission die Genossen Eberhardt-Charlottenburg und Benagels-Berlin in den Parteivorstand gewählt sind. Vorsitzender der Kontrollkommission ist Meister-Dannover.

Vorher in den Beratungen fortgefahren wird, erklärt

Singer: Ich glaube, es wird den Parteitag interessieren, wenn ich ihm das Urteil des Laurahütten-Prozesses mitteile. Dies Urteil ist ein Beweis für die neueste Anwendung der milden Form des Klassenkampfes (Sehr gut!) seitens der bürgerlichen Gesellschaft, vertreten durch die Justiz und durch die Institutionen, welche die Gesellschaft sich unter andern auch in der Justiz gegeben hat. Es sind im ganzen 43 Jahre 1 Monat Gefängnis verhängt. (Große Bewegung und lebhafter Enttäuschungsruuf.)

Der Parteitag tritt hierauf in die Beratung des Punktes 7 der Tagesordnung: Anträge zum Programm und zur Organisation.

Auf das Programm beziehen sich die Anträge 66 und 68.**) Beide erhalten nicht die genügende Unterstützung und gelten infolgedessen als erledigt.

Singer: Die auf die Organisation bezüglichen Anträge zerfallen in drei Gruppen; die erste Gruppe bezieht sich auf den § 2 des Organisationsstatuts, der vom Ausschluß handelt, die zweite auf die Vertretung der Fraktion auf künftigen Parteitagen, die dritte Gruppe bezieht eine andre Regelung der Vertretung der Wahlkreise auf Parteitagen. Hierzu liegt der Antrag 134 vor, der eine Vertagung bis zum nächsten Jahre

*) 60. Parteigenossen in Friedberg-Vödingen: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, jedes Jahr am 1. Mai ein Flugblatt herauszugeben, in dem in für die Masse verständlicher Form die Forderungen der Arbeiter beleuchtet werden, damit dasselbe in großen Massen verbreitet und damit mehr als bisher für unsre Maiforderungen Propaganda gemacht werden kann.

61. Parteigenossen in Bremen, im vierten und im fünften sächsischen Wahlkreise: Der Parteitag möge sich für die Beibehaltung der Maifeier in ihrem bisherigen Charakter entscheiden.

62. Parteigenossen in Magdeburg: Die Maifeier von Partei wegen nicht etwa einzuführen, sondern die Agitation für dieselbe intensiver als je zu betreiben.

63. Parteigenossen in Düsseldorf und Berlin VI: Auf dem Parteitage für vollständige Arbeiterruhe am 1. Mai einzutreten.

63a. Kreisconferenz Rieder-Varnim: Die Maifeier soll mehr als bisher in den Vordergrund gerückt werden. Die Feier hat am 1. Mai zu erfolgen.

64. Parteigenossen in Breslau: Der Parteitag möge der Maifeier-Resolution folgenden Wortlaut geben:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 macht es der Parteitag den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, am 1. Mai für die Massenforderungen des Proletariats, insbesondere aber für einen ausbreitenden Arbeiterschutz und für Verkürzung der Arbeitszeit, durch Veranstaltung von Versammlungen am Abend des 1. Mai zu demonstrieren.“

65. Parteigenossen in München-Gladbach: Die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen.

**) Programm.

66. Parteigenosse Weller in Wiesbaden: I. Dem Punkte 6 des Parteiprogramms folgende Fassung zu geben:

8. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Daraus sich ergebende Forderungen:

- Trennung zwischen Staat und den heutigen Kirchen;
- Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken;
- Entfernung des konfessionellen Religionsunterrichts aus der Schule;
- Ertrag desselben durch einen Moralkunterricht ohne metaphysische Voraussetzungen, einen umfassenden naturwissenschaftlichen Unterricht, einen wissenschaftlichen Unterricht in der Religionsgeschichte;
- Verbot der Erteilung jeglichen Glaubensunterrichts an Kinder unter 16 Jahren;

*) 144. Abänderungs-Anträge. 1. Zu Nr. 130, letzter Absatz, nach „erlangt“ (in Zeile 4) einzuschalten: „nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Socialdemokratie verwendet“

2. Zu Nr. 140 hinter „höfische“ (Zeile 5) wie folgt fortzuführen: „Verpflichtungen zu übernehmen oder irgendwelchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.“

Bedeutet. Ich beabsichtige, zunächst diesen Antrag zur Beratung und Abstimmung zu bringen. Daher aber muß ich die Unterstufungsfrage für alle Anträge zur Organisation stellen.

Sämtliche Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, werden genügend unterstützt.

Gilsbakh-Köln widerspricht dem Vorschlage Singers, zuerst den Antrag 134 zu beraten.

Die Abstimmung ergibt, daß der Parteitag sich dem Vorschlage Singers anschließt.

Es wird also zunächst Antrag 134 beraten.

Gewehr-Eberfeld: Wir haben den Antrag 134 nicht mit Rücksicht auf die vorgedachte Zeit, sondern aus sachlichen Gründen gestellt, weil die verschiedenen Vorschläge eine Vorberatung erfordern. Wir werden doch wohl die Frage noch ein Jahr vertagen können.

Stubbe-Damburg ist gegen die Vertagung der Frage. Bereits in Lübeck haben wir den Vorstand beauftragt, § 3 des Organisationsstatuts zu revidieren; das ist durch den vorliegenden Antrag des Vorstandes geschehen, es liegt gar kein Grund vor, diesen Antrag jetzt nicht zu erledigen.

Der Antrag 134 wird angenommen. Damit sind die Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, auf ein Jahr vertagt.

Es folgt Punkt 8: Sonstige Anträge, die in die drei Gruppen: Agitation, Presse, Zeit und Tagesordnung des nächsten Parteitages gegliedert werden.

Zum Punkte: Agitation gehören die Anträge 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 67, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 119, 126, 127, 133.*

1) Bekämpfung aller religiösen Vordruckstellungen durch Aufklärung ihrer Anhänger;
2) Austritt aus konfessionellen Religionsgemeinschaften, deren Glauben man nicht mehr teilt.

68. Parteigenosse Keine-Warmstedt: Dem Programm folgenden Schlußatz anzufügen: „Vertonung der auf Grund der Arbeiterverflechtungs-Gesetzgebung angefallenen Reservefonds im Interesse der Arbeiterschaft — in erster Linie zum Erwerb von Grundeigentum in möglichst zusammenhängenden Flächen; wenn notwendig, unter Anwendung des Enteignungsrechts. Bewirtschaftung dieser Ländereien für Rechnung der Versicherungsanstalten, jedoch in arbeiterfreundlichem Sinne.“

Antrag 134. Die Unterzeichneten beantragen: Der Parteitag beschließt, auf dem diesjährigen Parteitage von einer Revision des Organisationsstatuts abzusehen und die Kontrollen in Verbindung mit dem Parteivorstand zu beauftragen, dem nächsten Parteitag einen Entwurf für die Abänderung des Organisationsstatuts vorzulegen. Die Anträge 18 bis 39 und 41 der Vorlage werden dem Vorstände als Material für die Beratungen überwiesen.

W. Gewehr und 23 Genossen.

36. Parteigenossen in Köln a. Rh., Kall und München-Gladbach halten es für notwendig, daß für die Bezirke, wo die Agitation mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist — namentlich gilt das für die Grenzbezirke —, besondere Parteisekretäre angestellt werden; da, wo die Parteigenossen das nicht aus eignen Kräften können, hat der Parteivorstand die nötige Unterstützung zu leisten.

37. Parteigenossen in Siegen: Den Parteivorstand zu beauftragen, in solchen Kreisen, in denen die Bewegung noch keinen festen Fuß fassen konnte, einen angestellten Kolporteur für Parteiliteratur durch event. Unterstützung ein gewisses Einkommen zu sichern.

38. Parteigenossen in Düsseldorf: In Städten, wo es angängig ist, Kurse zu errichten, um begabte Parteigenossen als Referenten auszubilden.

39. Parteigenossen in Chemnitz: Der Parteivorstand möge erwägen, wie am besten und schnellsten eine Schule ins Leben gerufen werden kann, in der Parteigenossen zu Referenten und Redaktoren herangebildet werden.

40. Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen, eine durchgreifende Aufklärungsarbeit über das Wissenswerte ist unzulänglich einzuleiten. Diefelbe ist von einer eventuell zu diesem Zweck zu schaffenden Centralstelle planmäßig zu organisieren und auszuführen.

41. Die Parteigenossen in Järth beantragen: Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorständen der Partei stete Fühlung zu unterhalten hat.

Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift, mit besonderer Berücksichtigung unserer Forderungen an die bürgerliche Gesellschaft.

Diese Kommission soll von den Genossen am Orte des Parteivorstandes gewählt und ihrem Vorsitzenden Sitz und Stimme im Parteivorstand eingeräumt werden.

42. Parteigenossen in Ebing: Die Partei möge unter den Proletariats, die alljährlich zur Armee eingezogen werden, vor dem Eintritt in dieselbe in geeigneter Weise Propaganda für den Sozialismus machen. Insbesondere sind die künftigen Soldaten über die Pflicht gegenüber dem sogenannten „inneren Feinde“ aufzuklären.

53. Parteigenossen des XVIII. sächsischen Wahlkreises: Sämtliche im Parteiverlage (Vorwärts-Buchhandlung) erscheinende Broschüren-Literatur ist in einheitlichem Formate herzustellen.

55. Parteigenossen in Bremen: In Anbetracht der besonders in den letzten Jahren vorgekommenen unerhörten Gesinnungsänderungen in den Militärvereinen und in Anbetracht der damit verbundenen Eingriffe in die politischen Rechte der Mitglieder derselben, wird der Parteivorstand beauftragt, alljährlich ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Reservisten nach Abschließung ihrer Dienstzeit unter Bezugnahme besonders krasser Fälle hingewiesen werden auf die eventuellen materiellen sowie politisch freiheitlichen Schädigungen, welche mit dem Beitritt zu genannten Vereinen verbunden sind.

Dieses Flugblatt ist zur geeigneten Zeit den Parteivereinen oder örtlichen Vertrauenspersonen zur Verbreitung zu empfehlen und zum möglichst billigen Preis abzugeben.

56. Parteigenossen in Berlin I und IV: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine zur Massenverbreitung geeignete Broschüre herauszugeben, welche das heutige Militärsystem und die damit verbundenen Mißhandlungen behandelt.

57. Parteigenossen des fünften rassistischen Wahlkreises: Eine Agitationsbroschüre mit dem diesjährigen Bericht der Reichstags-Fraktion, Erläuterungen zu unserem Parteiprogramm und Auslegung der Gründe, weshalb unsere Reichstags-Abgeordneten gegen die einzelnen Arbeiter-Versicherungen gestimmt haben, speziell für die noch wenig aufklärten ländlichen Kreise herauszugeben und entweder zum Selbstkostenpreise an die Kreis-Wahlvereine und Komitees zur Gratisverteilung abzugeben oder die Herstellungskosten ganz aus der Centralkassa zu bestreiten.

58. Parteigenossen des dritten braunschweigischen Wahlkreises: Den Parteivorstand zu beauftragen, die wichtigsten Neben über den Bahn- und Post-Etat in Broschürenform herauszugeben und an die betreffenden Beamten zu verteilen.

59. Parteigenosse Erde in Hamburg: Einen kleinen Kommentar herauszugeben, enthaltend Programm, Organisationsstatut der Partei, alle Namen, Adressen der Parteiblätter, Gewerkschaftsblätter, Arbeitersekretariate, Gewerkschaftshäuser, Einrichtung u. dergl. eines über den Genossen. Dieser Kommentar ist jedem Mitglied, ebenso Reservierenden gratis anzuhändigen.

67. Parteigenosse Boisching in Frankfurt a. O.: Der Parteitag möge selbst, oder möge verfahren, durch von ihm ausgehende Weisungen in der Agrar-, speziell aber Grund- und Bodenfrage ein klares, einheitliches Bild und Ziel zu schaffen.

112. Parteigenossen in Bremen: Der Parteitag empfiehlt den sozialdemokratischen Vereinen, bezw. den einzelnen Wahlkreisen, Sammelstellen zur Aufbewahrung und Sichtung aller auf die Reichstagswahlen bezüglichen parteigenössigen wie gegnerischen

Antrag 114, der die Alkoholfrage betrifft, wird von Hering-Flensburg mit der Motivierung zurückgezogen, daß eine eingehende Beratung dieser wichtigen Angelegenheit bei der vorgedachten Zeit nicht möglich sei. Hauptsächlich werde man im nächsten Jahr Zeit zu gründlicher Erörterung finden.

Die erforderliche Unterstützung finden nur die Anträge 36, 53, 54, 55, 56, 59, 112, 119 und 133. Diese werden zur Debatte gestellt.

Antrag 36 wird von Gilsbakh-Köln begründet. Ich hätte gewünscht, unsere literarisch tätigen Genossen hätten uns etwas mehr Zeit für unsere wichtigen Antrag überlassen, der nun vor bereits gelichtetem Parteitag verhandelt werden muß. In den vorausgegangenen Debatten ist soviel Gutes für unseren Antrag bereits gesagt worden, daß er prinzipielle Gegner kaum noch haben dürfte. Nur um die Möglichkeit seiner Verwirklichung kann es sich noch handeln. Die Erfahrungen während der Wahltagung haben uns nur in unserem Verlangen bestätigt, das aber schon lange vor den Wahlen dem Vorstande unterbreitet worden ist; der hat es freilich abgelehnt, was ich ihm weiter nicht übel nehme. Irre ich nicht, so hat auch Eberfeld einen ähnlichen Antrag gestellt. Gewiß hat unsere Agitation überall im Reiche mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Klassenkampf nimmt überall sehr scharfe Formen an. Und doch ist ein kleiner Unterschied in der Art unserer Gegner und besonders in ihrer Stärke. Wir im Rheinland haben mit dem schlimmsten und stärksten unserer Gegner, mit dem Centrum zu kämpfen. Es ist so oft bei uns die Rede davon, daß der Centrumsturm ins Waden geraten sei. Ich habe mir den Centrumsturm sehr genau angesehen im Rheinland, und kann Ihnen sagen: abgesehen von ein paar kleinen Rissen, wird der Centrumsturm noch manchen Sturm überstehen. Der Katholikentag in Köln hat ja unermesslich aufgeschritten, und übertrieben, aber es ist gar nicht zu übersehen, daß das rheinische Centrum über eine sehr starke Organisation verfügt. Der Volksverein für das katholische Deutschland, die Eisttruppe des Centrums, hat 13 1/2 Millionen Druckschriften ausschließlich gegen die Sozialdemokratie verbreitet, durch seine Korrespondenten steht es mit 371 Zeitungen in Verbindung. Diese Arbeit darf man nicht unterschätzen. Die größte Agitation entfaltet das Centrum im Rheinland. In Bayern haben wir ein ganz andres Centrum, als das rheinische es ist. Von den angeblich 300 000 Mitgliedern des Volksvereins sind im Rheinland 187 000, in Bayern aber nur 9000 Mitglieder. Mit dieser Organisation haben wir zu kämpfen und dazu müssen wir unser Rüstzeug prüfen. Die jetzt bestehenden Institute, das Agitationskomitee, genügen nicht mehr, so groß und erfolgreich seine Tätigkeit auch gewesen ist. Wie sehr wir im Rheinlande zugenommen haben, ergibt die Statistik

Flugblätter, wichtigen Zeitungsauslassungen, sowie von sonstigen für den Wahlkreis wichtigen Akten und Veröffentlichungen einzurichten. Der Parteivorstand wird ersucht, nötigenfalls den Wahlkreisen eine Anleitung zur Einrichtung derartiger Archive zu geben.

113. Parteigenosse Erde in Hamburg: Resolution A. Der Parteitag wählt zwecks Ausarbeitung von Gesegentwürfen eine Kommission von zehn Personen.

114. Achtundsechzig Parteigenossen in Flensburg: In Erwägung, der Thesen, daß neben den sozialen Ursachen des Alkoholismus auch die Trinksitten (Geburtsfeier, Einstand usw.) und die mangelhafte Aufklärung der Massen über die schädlichen Wirkungen der geistigen Getränke als Ursachen desselben anzusehen sind, empfiehlt der Parteitag der Parteipresse und den Parteigenossen das Studium der Alkoholfrage. Der Parteitag geht dabei von der Erwägung aus, daß das für geistige Getränke vorausgesetzte Geld besser in bessere zur Aufklärung und Bildung angelegt wird, sowie auch, daß jede schon heute mögliche Zurückdämmung des Alkoholismus eine Stärkung der Kampffähigkeit des Proletariats in sich schließt.

115. Parteigenossen in Gesehach (III. Hamburg): Werden dem Reichstage, Landtagen, kommunalen Verwaltungen usw. von den Gewerkschaften Petitionen, Anträge u. dergl. unterbreitet, die für die Gewerkschaften förderlich sind und nicht mit den Grundsätzen der Partei kollidieren, so sind die von der Partei in diese Körperschaften entsandten Parteigenossen verpflichtet, diese Petitionen, Anträge usw. zu vertreten.

116. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, in Wäde eine Broschüre zu möglichst billigem Preise herauszugeben, die alle Erfolge und Verbesserungen enthält, welche die Partei im Reichstag sowohl als in den Landtagen und Kommunen auf politischem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete errungen hat. Der Broschüre ist eine Tabelle anzufügen, welche die Stärke der Partei im Verhältnis zu den übrigen Parteien erkennen läßt.

117. Antrag der Kieler Genossen: Dem alljährlichen Geschäftsbericht zum Parteitag möge eine kurz gefasste Uebersicht über die Organisation (Zahl der Mitglieder) sowie die finanziellen Ergebnisse der einzelnen Provinzen bezw. Bundesstaaten beigelegt werden. Pöller, Järs.

126. Antrag des Genossen Franz K. A. Weinert-Hamburg: Der in Dresden tagende Parteitag der Sozialdemokratie erklärt sich für die Fortsetzung des Kampfes, um die Durchführung der absoluten Zollfreiheit in der Volkswirtschaftspolitik; es ist der Kampf mit aller Stärke und Energie gegen die von der herrschenden Klasse zu ihrer Bereicherung auf Kosten des arbeitenden Volkes in Scene gesetzte Zoll- und Liebesgaben-Politik fortzusetzen.

Es wird an das Volk appelliert, seine Geschicke mittels seiner politischen und wirtschaftlichen Kampfes-Organisation selbst in die Hand zu nehmen und Reformen im Sinne des Sozialismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete unerbittlich zur Durchführung zu bringen, um dem sozialen Elend (Arbeitslosigkeit) wirksam entgegenzutreten.

Der Parteitag beschließt, daß die Genossen allerorts eine intensive Agitation in der arbeitenden Bevölkerung in Scene setzen. Zum Erschaffen unserer sozialistischen Vereine sind in allen Orten große Volksversammlungen einzuberufen mit der überall gleichen Tagesordnung: Der deutsche Zolltarif, die Handelsverträge, der Freihandel und Diskussion. Diese Agitation hat unsere gesamte politische Presse thätig zu unterstützen und jede einzelne Genossin und jeder einzelne Genosse die Verpflichtung, die mündliche Agitation von Mund zu Mund in seinem engeren Kreise überall zu pflegen, auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen und zum Besuch derselben anzuregen.

Nichtsdestoweniger ist es allen Genossen und Genossen zur Pflicht zu machen, allerorts in gleicher Weise für die Erklarung der freien Gewerkschaften und der von Arbeiterinnen und Arbeitern gegründeten und geleiteten genossenschaftlichen Organisationen in der energischsten Art und Weise zu wirken und intensive, einseitige und planmäßige Agitation zu betreiben. Es sind ebenfalls zur Erreichung dieses Zweckes öffentliche Volksversammlungen mit demselben Thema: „Zolltarif, Handelsverträge, Freihandel und Diskussion“ zu arrangieren, auch hier hat die gesamte Gewerkschaftspresse die Agitation zu fördern. Jede Genossin und jeder Genosse hat sich gleichfalls der mündlichen Agitation von Mund zu Mund mit Nachdruck zu widmen.

Franz K. A. Weinert.

127. Antrag des Genossen Franz K. A. Weinert-Hamburg: Beantrage, eine dreizehngliedrige Kommission niederzusetzen zwecks Errichtung einer Papierfabrik aus Parteimiteln, um die für die politischen und gewerkschaftlichen Druckerien benötigten Papiermengen zu beschaffen. Die Kommission wolle dem nächsten Parteitag Bericht über die notwendigen Vorarbeiten zu diesem Problem erstatten. Antragsteller bezweckt mit seinem Antrage, daß es ermöglicht werde, besseres und billigeres Papier zu beschaffen. Ferner wird sich bei der Eigenfabrikation ein nicht unerheblicher Ueberschuß wohl herauswirtschaften lassen, welcher eine nicht zu verachtende Einnahmequelle für das kämpfende Proletariat sein wird.

Franz K. A. Weinert.

133. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, der Frage bestimmt näher zu treten, ob durch Vereinstellung von Geldmitteln die Beschaffung von Versammlungsräumen ermöglicht werden kann. Dringend erwünscht ist es, daß besonders in den Disprovinzen vom Parteivorstand helfend eingegriffen wird.

Karl Schwarz und 20 Genossen.

der letzten Wahlen. Die Erfolge sind ein Beweis, daß man bei guter Organisation viel erreichen kann. Es ist dort im Westen eine besondere Agitation notwendig; namentlich der Punkt „Religion ist Privatangelegenheit“ muß da immer im Auge behalten werden. Es freut mich, daß der Antrag, der diesen Punkt unseres Programms aufheben wollte, keine Unterstützung gefunden hat. Die jetzigen Institutionen reichen jedenfalls nicht aus, um am Rhein den Kampf gegen das Centrum zu führen. Deshalb schlagen wir eine neue Organisation vor. Die Personenfrage würde dabei gewiß schwierig sein, aber sind wir jemals an der Personenfrage gescheitert? Die Gewerkschaften haben dieselbe Institution, und sie haben die Personenfrage auch gelöst. Eine Partei, die einen Vizepräsidenten für den Reichstag in Reserve hat, wird auch für diesen Posten eine geeignete Person finden. Gelänge das nicht, so wäre das ein Kränkezeugnis für die Dreimillionen-Partei. Auch die Geldfrage kann nicht zur Ablehnung des Antrages führen; wir haben ja Geld — im Gegenjah zum Reich, das kein Geld hat. Die Zeit ist auch nicht mehr fern, wo wir im Rheinland im Stande sein werden, die Kosten selbst zu tragen. Außerdem werden sich diese Ausgaben sehr bald durch die vermehrte Agitation selbst decken. Lehnen Sie den Antrag nicht ab; er wird sonst wiederkommen, und die Verhältnisse werden Sie später doch zwingen, ihn anzunehmen.

Kremer-Düsseldorf: Die jetzt vorhandenen Agitationskräfte im Westen sind unzulänglich; das hat nach den Wahlen der „Vorwärts“ selbst geschrieben. Die jetzigen Angehörigen unserer Partei am Rhein sind überarbeitet, desgleichen die Gewerkschaftsführer. Wir müssen also die Kräfte verstärken, zumal wir in der nächsten Zeit einen besonders heftigen Kampf mit dem Centrum zu führen haben werden. Ich habe während des ganzen Wahlkampfes in diesen Gegenden agitiert und gesehen, wie schwer die Agitation ist. Für den Fernstehenden ist es schwer zu begreifen, weshalb wir gegen das Centrum nicht mehr Erfolg haben; die Leute dort stehen eben zu sehr unter dem Einfluß der Klerisei. Da kann nur eine planmäßige unermüdbare Agitation helfen; dazu müssen wir aber Hilfe haben.

Kuer: Was der Antrag 36 will, daß nämlich noch viel mehr agitiert werden soll als bisher, darüber sind wir alle einig. Zweifelhaft ist nur, ob auf diesem Wege das Ziel zu erreichen ist. Ich erlaube mir, das zu bezweifeln, auf Grund der reichen Erfahrungen, die wir in dieser Beziehung gemacht haben. Vor dem Sozialistengesetz hatten wir ja jahrelang das System der ständigen Agitatoren. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes haben wir nach reichlicher Ueberlegung von einer Wiedereinführung dieses Systems abgesehen. Wir kamen dazu, weil wir mittlerweile ein Erfagmittel gefunden haben, durch das viel mehr erreicht wird; indem wir eine weitverzweigte lokale Presse geschaffen haben. Die Redakteure dieser Blätter wirken in doppelter Beziehung agitatorisch: einmal durch die Zeitung und dann dadurch, daß sie auch noch mündlich agitieren. Dieses Mittel haben die Gewerkschaften nicht, deshalb ist es begreiflich, daß sie ständige Agitatoren anstellen. Nun sagt man, unsere Redakteure sind überlastet. Freilich sind sie es; wir sind alle überlastet; unsere Kräfte sind so gereizt, daß wir jetzt 8 Tage lang Debatten hatten, die durch diese überreizten Nerven ihren scharfen Charakter bekamen. Wenn wir nicht alle in dem 33jährigen Kampfe unsere Kräfte ruiniert hätten, so wäre in den letzten Tagen manches ungesagt geblieben. Das wird dadurch nicht anders, daß wir ein paar Agitatoren anstellen. Wenn die Genossen am Rhein dazu im Stande sind, so können sie ja selbstständig mit der Anstellung solcher Agitatoren vorgehen. Und wenn der Westen vom Vorstande finanziell unterstützt zu werden wünscht, so geschieht das ja schon, da wir zu einer ganzen Reihe von Blättern Zuschüsse leisten. Also dieser Wunsch ist erfüllt. Aber das soll noch nicht reichen. Reichen wird es auch nicht, wenn wir ein Duzend Agitatoren hinschicken. Solche Agitatoren würden sich schnell abarbeiten, in dem Sinne, daß es bald heißen würde: Ab Gott, den So und so haben wir alle schon gehört, da muß der Abg. Webel oder Singer kommen! Das ist menschlich natürlich. Also, ich bitte Sie, den Antrag 36 abzulehnen, weil nichts dabei herauskommen würde.

Ein Schlußantrag, den Trille-Eberfeld mit Hinweis auf die Wichtigkeit des Gegenstandes belämpft, wird angenommen.

Antrag 36 wird abgelehnt.

Den Antrag 53*) begründet Müller-Weidau: Es ist der Wunsch vieler Genossen, daß die im Parteiverlage erscheinenden Broschüren in einheitlichem Formate hergestellt werden.

Riß, Fischer: Wenn Sie nur den Verkauf des Antrages in Betracht ziehen, so ist der darin ausgesprochene Wunsch erfüllt, denn die Broschüren des „Vorwärts“ haben ein einheitliches Formate. Aber alle im Parteiverlage überhaupt erscheinenden Broschüren in einheitlichem Formate herzustellen, ist unmöglich, denn die Formate sind abhängig von den verschiedenen Maschinen, und die können wir nicht über Nacht ändern.

Singer: Nachdem die Erklärung abgegeben ist, daß soweit der Wortlaut des Antrages in Betracht kommt, die Forderung bereits erfüllt ist, ist der Antrag als erledigt anzusehen.

Müller-Weidau: Ich ziehe den Antrag zurück.

Den Antrag 54 begründet Jenker-Vielefeld: Die Preise für Broschüren sind jetzt vielfach zu hoch, namentlich die für Protokolle.

Richard Fischer: Der Preis unserer Protokolle ist nicht zu hoch, es darf doch nicht der vorn aufgedruckte Buchhändlerpreis in Betracht gezogen werden, sondern man muß bedenken, daß die Genossen, die das Protokoll durch ihre Organisationen beziehen, hohen Rabatt erhalten.

Ziele-Halle: Ich bin doch der Meinung, daß die Preise für unsere Broschüren zu hoch sind. Die Kronische Broschüre, die nur 24 Seiten stark ist, über die Landtagswahlen, kostet 20 Pf., das Landtags-Handbuch 4 M. Auch den Gegnern soll man nicht zu hohe Preise abfordern.

Richard Fischer: Für das Landtags-Handbuch ist 4 M. der Buchhändlerpreis, wir setzen etwa 50 bis 100 Exemplare zu diesem Preise ab und haben keine Veranlassung, noch bares Geld zuzuzahlen. (Sehr richtig!) Die Parteigenossen erhalten das Buch entweder gratis oder beispieldlos billig. Die Kronische Broschüre ist nicht 24, sondern 32 Seiten stark, die erste Auflage war so bemessen, daß kaum die Herstellungskosten gedeckt wurden. Die Genossen zahlen jetzt gleichviel ob sie 100 oder 1000 Exemplare beziehen, wenn sie sie durch ihre Organisation beziehen, nur 5 Pf. für das Stück. Es geht keine Broschüre aus dem Verlag des „Vorwärts“ heraus, ohne daß ich genau kalkuliere und natürlich den Aufschlag mache, der zur Existenz des Geschäftes nötig ist. Bei hohen Auflagen haben wir stets kleine Preise, schon im Interesse der Verbreitung der Broschüren. Im ganzen deutschen Buchhandel gelten die Preise des „Vorwärts“-Verlages als ganz exorbitant billig.

Darauf wird der Antrag 54 abgelehnt.

Den Antrag 55 empfiehlt Winkelmann-Bremen und erklärt, daß das Wort „alljährlich“ in diesem Antrage zurückgezogen wird.

Den Antrag wird abgelehnt.

Den Antrag 56 zieht Lätzer-Berlin zurück, da er gehört habe, daß eine ähnliche Broschüre vom Verlage des „Vorwärts“ vorbereitet werde.

Fischer-Berlin erklärt, daß eine solche Broschüre vom „Vorwärts“-Verlage allerdings nicht in Vorbereitung sei, aber der Gedanke sei ihm sehr sympathisch.

Timm-München teilt mit, daß im Verlage von Virl u. Co. in nächster Zeit eine Militär-Broschüre aus der Feder von Rudolf Kraft erscheinen werde.

Antrag 59 wird debattelos abgelehnt.

Den Antrag 112 begründet Schulz-Bremen: Bereits in München haben wir beschlossen, daß alle Flugblätter dem „Vorwärts“ zugewandt werden sollen. Ich habe aber vergebens auf Flugblätter gefahndet, eine Wahlkorrespondenz ist nicht erschienen, der „Vorwärts“ hat nur eine besondere Rubrik „Wahlkampf“ eingerichtet. Unser Antrag bezweckt eine Dezentralisation der auf die Zurückgewinnung solcher Wahlen gerichteten Tätigkeit. Nur auf diese Weise, durch die Einrichtung eines solchen Archivs, ist es

möglich, den Zweck zu erreichen. Dazu sind keine besonderen Umstände nötig; im Anfang werden eine Anzahl von blauen Wappengenen, in denen das Material gesammelt wird. Ich glaube, Sie können den Antrag ruhig annehmen, da er den Vorstand zu keinen Ausgaben verpflichtet.

Wipinski-Leipzig: Ich glaube nicht, daß dieses Sammeln im allgemeinen besonderen Wert hätte; denn der Kampf schreitet doch immer fort. Wir haben aber in Leipzig in der Redaktion ein solches Archiv; ähnliche Archive wird man in allen Zeitungsredaktionen haben. Der Antrag ist also überflüssig.

Antrag 112 wird abgelehnt.

Den Antrag 119 empfiehlt.

Wurm: Auf früheren Parteitagen wurde der Wunsch geäußert, daß der Fraktionsbericht unmittelbar nach Sessionschluss herausgegeben werden möge; es stellte sich aber heraus, daß das nicht möglich ist, weil die Ausarbeitung des Berichts sich nicht so schnell machen läßt. Da es nun aber wünschenswert ist, unsere Agitatoren das Material über unsere Tätigkeit im Reichstage möglichst bald zugänglich zu machen und auch die Massen darüber aufzuklären, was wir im Reichstage leisten, so schlägt der Antrag vor, alljährlich in einem Flugblatt die Tätigkeit der Fraktion in gedrängter Kürze zu charakterisieren. Ich bemerke dazu, daß es sich empfiehlt, hierfür nicht die Form eines Flugblattes, sondern einer kleinen Broschüre zu wählen, die eher beachtet und aufgehoben wird als ein Flugblatt. Wenn diese Broschüre dann mit dem nötigen Eifer verbreitet wird, so wird es uns gelingen, uns auch in Kreisen Gehör zu verschaffen, in denen man sich bisher nicht um uns gekümmert hat. Und mehr verlangen wir ja nicht, weil wir wissen, daß der Sieg unserer Sache sicher ist, wenn man uns nur Gehör schenkt.

Antrag 110 wird angenommen.

Den Antrag 133 begründet

Schwarz-Danzig: Die Lokalfrage ist ja seit langem ein Schmerzenskind für unsere Agitation. Der „Vorwärts“ wies nach den Wahlen darauf hin, daß wir eigentlich in den Ostprovinzen keine befriedigenden Erfolge errungen haben. Die Verhältnisse sind da nicht besser geworden, sondern die breiten Massen der Arbeiter stehen dort noch auf demselben Niveau wie früher. Man kann wohl sagen, daß die Lage schlechter geworden ist. Nur mit Mühe ist es überhaupt gelungen, den Wahlkreis Königsberg zu halten. Das muß anders werden. Die Massen sind in diesen Gegenden gewiß auch unorganisiert, aber sie sind nicht sozialistisch, weil sie nicht aufgeklärt sind, und es ist wohl möglich, daß auch Königsberg noch mal verloren geht. Und sobald der sozialdemokratische Abgeordnete für Königsberg verschwunden ist, wird in Westpreußen noch ganz anders gewirkt werden als jetzt. Die Haupt-schwierigkeit ist bei uns nicht die Personen-, sondern die Lokalfrage. In ganz Ostpreußen giebt es nur drei bis vier Städte, in denen uns sichere Lokale zur Verfügung stehen. Darum ist es nötig, daß der Vorstand sich mit der Frage beschäftigt. Mit Flugblättern allein kann man keine Erfolge erzielen. Die Volksschulbildung ist in diesen Provinzen noch so unentwickelt, daß man durch Schriften wenig auf die Leute wirken kann. Ich verlange nicht, daß im ganzen Osten große Gewerkschaftshäuser eingerichtet werden. Wenn wir nur Ruben hätten, wo wir 50 bis 100 Personen versammeln könnten, wie sie die Baptisten haben (Heisterleit), würden wir schon weiter kommen. Es wird so viel Geld für die Agitation im Osten ausgegeben, daß es möglich sein muß, auch hierfür etwas Geld abzufinden. Das Geld könnte dort etwas praktischer angewandt werden.

Wannsch: Ich muß mich darüber wundern, daß der Redner dem Parteivorstand Vorschläge wegen seiner nach Ostpreußen gezahlten Unterstützung macht; die Preisunterstützung haben wir nach reiflicher Überlegung bewilligt. Der Antrag ist in seinem ersten Teil völlig überflüssig. Wenn irgend ein Genosse im Osten uns nachweist, daß es nötig ist, sich Versammlungslotale für 100 bis 200 Personen zu sichern, so werden wir, wie bisher, so auch in der Folge im Sinne der Antragsteller entscheiden. Anders aber, wenn Anträge auf Gründung von Versammlungshäusern an uns kommen. Diese Anträge sind so zahlreich, daß, wollten wir auch nur den vierten Teil davon genehmigen, wir keinen Pfennig Geld mehr in der Kasse hätten und wir einer Aktion, die plötzlich im Interesse der Partei notwendig wäre, nicht gerüstet gegenüberstünden. Das wollen Sie und die Antragsteller gewiß auch nicht. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. (Zustimmung.)

Braun-Königsberg: Wir in Königsberg haben seit zehn Jahren kein größeres Lokal mehr zur Verfügung. Es existiert wohl in ganz Deutschland kein Partei-Ort von der Bedeutung und Größe Königsbergs, der unter so elenden Lokalverhältnissen zu leiden hat. Niemand können wir ein Lokal nicht, weil keine vorhanden ist, wir müßten daher an die Erbauung eines eignen Lokals gehen. Wir sind jetzt so weit, daß wir ein Grundstück gekauft haben und an den Bau herangehen können. Wir wandten uns an den Parteivorstand und an die Generalkommission mit der Bitte um eine Unterstützung, aber der Parteivorstand lehnte das Gesuch aus prinzipiellen Gründen ab. Das war für uns um so unangenehmer, als die Generalkommission ihre Unterstützung davon abhängig gemacht hatte, daß der Parteivorstand sich gleichfalls beteilige; in der Generalkommission hat ja schließlich die bessere Ansicht gefiegt. Wir werden später nochmals an den Parteivorstand herantreten und ich hoffe, daß er dann seinen prinzipiellen Standpunkt verläßt. Auf die Dauer können wir in dem großen Agitationsbezirk des Ostens nicht wirken, wenn wir nicht in Königsberg festen Fuß fassen.

Wannsch: Es sieht so aus, als wenn der Vorstand die Ostprovinzen, speziell Königsberg, stiefmütterlich behandelte. Das ist nicht der Fall, wir haben die Forderungen, die aus Königsberg an uns kamen, bisher ansichtslos bewilligt, ohne auch nur einen Pfennig abzuziehen. Für das dortige Parteiblatt sind in drei Jahren 25 000 M. hergegeben. (Hört! hört!) Wie steht es mit dem Versammlungslotal? Die Notwendigkeit erkennen wir an, aber darauf kommt es nicht an, denn auch in anderen Orten liegt die Notwendigkeit vor. Worauf es ankommt, ist, daß bei dem Bau von Häusern genau so verfahren wird, wie bei der Gründung und Erweiterung von Parteiblättern. Wir haben in München beschloffen, daß sich die Genossen in solchen Fällen vorher an den Parteivorstand wenden sollen, damit dieser nicht vor eine vollendete Tatsache gestellt wird. Der Parteivorstand hat seine Schuldigkeit Königsberg gegenüber getan, er hat nach bestem Ermessen gehandelt. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. **Braun-Königsberg** erklärt persönlich, er habe dem Vorstände nicht vorgeworfen, daß er zu wenig für Königsberg getan habe; im Gegenteil, dieser habe alle Wünsche erfüllt nur nicht bezüglich der Lokalfrage.

Hierauf wird der Antrag 133 abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Anträge, die sich auf die Presse beziehen: 43, 44, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 122**).

Hierzu werden nur die Anträge 49, 50 und 52 genügend unterstützt.

Den Antrag 49 begründet

Wipinski-Magdeburg: Die Antragsteller wünschen, daß der Parteivorstand sich mehr um die Pflege der Jugend-Literatur kümmert. Technische Anträge lehnen jedes Jahr wieder, ich begnüge mich, Sie um meine Annahme zu bitten.

Schulz-Bremen: Der Antrag bleibt ein frommer Wunsch, so lange wir nicht Genossen haben, die wirklich gute Jugendchriften für uns schreiben. Ist das der Fall, dann werden sie von der

** 49. Parteigenossen in Magdeburg: Der Parteivorstand möge mehr als bisher die Herausgabe der Jugend-Literatur pflegen.

50. Parteigenossen von Teltow-Charlottenburg: Der Preis des Arbeiter-Notizkalenders ist von 60 Pf. auf 50 Pf. herabzusetzen.

52. Parteigenossen in Breslau: Die Parteipresse ist gehalten, vor der Annoncierung von Arbeitergeheueren Erhebungen bei den betreffenden Organisationen einzuziehen.

Partei auch gern verlegt werden. Bis dahin empfehle ich Ihnen das von der Jugendchriften-Kommission des Deutschen Lehrervereins herausgegebene Verzeichnis von Büchern; dieselben halten sich von politischen und religiösen Tendenzen fern. Vielleicht wäre es ratsam, einen Auszug hieraus zu veröffentlichen.

Hierauf wird der Antrag 49 abgelehnt.

Den Antrag 50 bittet

Wisting-Schöneberg anzunehmen. Das liegt im Interesse der Verbreitung des Arbeiter-Notizkalenders.

Fischer-Berlin: Voriges Jahr war's der Antrag 54 in München. Da habe ich eine so schöne Rede gegen den Antrag gehalten, daß ich hoffe, sie hält noch vor und Sie lehnen auch diesmal den Antrag ab. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Den Antrag 52 begründet

Müller-Breslau: Es sei häufig vorgekommen, daß die Arbeiter bei Aussparungen in auswärtigen Parteiblättern Arbeitskräfte in Infanterien verlangt hätten. Dem müsse vorgebeugt werden.

Haberland-Bremen hält es für überflüssig, die Frage aufzuwerfen. Es sei ganz selbstverständlich, daß die Parteipresse die Unternehmer bei solchen Aussparungen nicht unterstützen dürfe.

Emil Fischer-Hamburg: Die Parteipresse muß sich bemühen, die Arbeitemartimerate an sich zu ziehen, damit die Arbeiter, die Stellen suchen, nicht gezwungen sind, bürgerliche Väter zu diesem Zwecke zu wählen. Wir in Hamburg haben bereits eine solche Specialität gewonnen. Das „Hamburger Echo“ ist das Inserationsorgan für die Tabak- und Cigarrenbranche. Täglich sind Hunderte von Stellen ausgeschrieben, und es ist ausgeschlossen, daß in jedem einzelnen Falle von der Expedition vor der Aufnahme eines solchen Inserats Nachforschungen angeestellt werden. Die Gewerkschaften müssen die Redaktionen informieren, wenn Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern ausbrechen.

Stutbe-Gamburg: Gerade das „Hamb. Echo“ hätte alle Veranlassung, Einrichtungen zu treffen, die es verhüten, daß Arbeitergeheuer von Firmen aufgenommen werden, über die die Sperre verhängt ist. Unser Holzarbeiterverband hat das bereits einmal empfunden. Wir haben die Sperre über eine Firma verhängt, das wird im redaktionellen Teile des „Echo“ auch mitgeteilt und hinten im Inseratenteil erscheint eine zweispaltige Annonce derselben Firma, worin sie Arbeitskräfte sucht. So kam es, daß unser Kampf nutzlos verlief. Es sind noch mehrere solcher Fälle vorhanden. Jedenfalls lag gar kein Anlaß für die Redaktion des „Hamburger Echo“ vor, gegen den Antrag Stellung zu nehmen. Wenn man etwas vorsichtiger in der Expedition des „Echo“ vorgeht, lassen sich solche Vorfälle vermeiden.

Persönlich bemerkt

Fischer-Hamburg: Niemand ist fehlerlos. Der Expedition des „Hamb. Echo“ ist eben mal ein Versehen passiert. Bei unserem vollständigen Arbeitsmarkt in der Tabak- und Cigarrenbranche ist ein solches Versehen, wie es der Antrag vorschlägt, gar nicht möglich.

Der Antrag wird abgelehnt.

Damit ist die Gruppe der Anträge, die die Presse betreffen, erledigt.

Von den Anträgen, die den nächsten Parteitag betreffen, ist der Antrag 92 zurückgezogen.

Antrag 138 — Erörterung des Generalstreiks — wird vom Vorsitzenden zur Unterfertigung gestellt und nicht genügend unterstützt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Dr. Friedberg, daß der Antrag bereits, als er eingereicht wurde, die nötigen Unterschriften gehabt habe; er sei u. a. von Kautsky, Stadthagen, Frau Zeitlin, Frau Luxemburg unterschrieben worden. Vorsitzender **Singer:** Kein Versehen erklärt sich aus dem Umstande, daß trotz meiner Anweisung, auf den Anträgen, die bereits unterstützt sind, die Zahl der Unterschriften zu markieren, der gedruckte Antrag Friedberg nur den Namen des Antragstellers enthält. Da wir aber selbstverständlich keinen Anlaß haben, die Versicherung des Genossen Friedberg zu bezweifeln, so stelle ich den Antrag nunmehr zur Debatte.

Zur Begründung des Antrags erhält das Wort

Friedberg-Berlin: Auf die Frage des Generalstreiks will ich hier materiell nicht eingehen. Der Antrag will lediglich eine spätere Erörterung dieser Frage herbeiführen; der Parteitag würde sich also durch die Annahme des Antrags in keiner Weise binden. Eine solche Diskussion ist meines Erachtens notwendig. Es ist in der Diskussion schon darauf hingewiesen worden, wie wenig wir im Grunde genommen in dem 40-jährigen angestrengten Kampfe, der hinter uns liegt, erreicht haben und wie häufig wir selbst Wahlkreise, die wir schon erobert hatten, wieder verloren haben, weil die Stimmung des Proletariats, seine Auffassung des Klassenkampfes sich geändert hat. Das lehrt uns, daß wir die Ideale des Klassenkampfes noch viel mehr in den Vordergrund stellen, müssen und das geschieht am besten durch proletarische Massenaktionen. Ich will unsere bisherige Taktik nicht belächeln, sondern nur ergänzen. Bedenken Sie, daß unsere ganze bisherige Tätigkeit nicht ausgereicht hat, die sächsische Wahlentziehung zu verhindern, und mit dem Reichstagswahlrecht kann es genau so werden. Wenn damals der sächsische Bourgeois mit einiger Aussicht auf Erfolg mit einem politischen Massenstreik hätte drohen können, so wäre sie nicht so bereit gewesen, dem Proletariat das Wahlrecht zu rauben. Regnen Sie den Antrag an und dokumentieren Sie dadurch, daß die wichtige Frage schärfer theoretisch erörtert werden muß.

Legien-Berlin: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Man könnte sagen, daß eine rein theoretische Erörterung der Frage des Generalstreiks unbedenklich sei. Ich glaube aber, daß eine solche Diskussion auf dem Parteitag für unsere Bewegung prinzipielle Bedeutung hätte. (Sehr richtig!) Wir haben uns bisher auf den internationalen Kongressen, auf denen die Frage erörtert wurde, ablehnend verhalten und ich habe noch auf dem Pariser Kongreß erklärt, daß für uns in Deutschland die Frage überhaupt nicht existiere. Ich habe weiter erklärt, daß es zunächst notwendig ist, zu organisieren, und daß die Frage des Generalstreiks dann erörtert werden möge, wenn wir eine genügende Organisation für den Generalstreik haben. (Sehr richtig!) Der eigentliche Vater des Generalstreiks, der Rechtsanwalt Vriand, sagte auf diesem Kongreß: Auch wir denken nicht daran, den Generalstreik durchzuführen; für uns ist er nur Mittel zum Zweck und zwar in der Weise, daß wir eine bestimmte Idee in die Massen werfen, um sie zu organisieren. (Friedberg ruft: Sehr richtig!) Nein, zur Organisation haben wir andere Mittel, und ich bin der Meinung, daß eine Idee, an deren Durchführung wir nicht mit voller Ueberzeugung glauben, gefährlich werden kann für unsere Organisationen. (Sehr richtig!), daß man dann sagen wird: Warten wir doch auf den Generalstreik; was sollen wir jetzt unsere Beiträge zahlen, um kleine Vorteile zu erringen, wenn wir durch den Generalstreik die ganze kapitalistische Gesellschaft mit einem Schläge stürzen können. Ich glaube, wir bleiben bei unserer bisherigen Auffassung, daß die Frage des Generalstreiks für uns nicht in Betracht kommt. Mir würde eine Diskussion über den Generalstreik genau so vorkommen, wie wenn wir die Revolution erörtern wollten, zu der, wie ich persönlich fest überzeugt bin, die herrschenden Klassen, wenn sie glauben, daß Gefahr im Verzuge ist, schreiten werden, um uns niederzuwerfen. Das sächsische Beispiel beweist nichts für den Generalstreik. Wenn in Sachsen die Vorbedingungen für den Generalstreik gegeben gewesen wären, dann hätte die Idee des Generalstreiks nicht erst propagiert zu werden brauchen, weil diese Vorbedingungen fehlten und wahrscheinlich auch fehlen würden, wenn Hand an das Reichstags-Wahlrecht gelegt würde, dann hätte ich es für verfehlt, eine solche Idee zu propagieren. Ich glaube nicht, daß die herrschenden Klassen das Wahlrecht beseitigen wollen, nicht weil die Gegner unsre Macht fürchteten, sondern weil dadurch der Bestand des Deutschen Reiches erschüttert werden würde. Die süddeutschen Staaten... (Singer bittet den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Ich glaube also, das Reichstags-Wahlrecht wird nicht angetastet werden. Der Genosse Friedberg hätte meines Erachtens besser, anstatt die Idee des politischen Streiks zu propagieren, zunächst uns zu helfen, die Voraussetzung dafür, nämlich möglichst entwickelte Organisationen zu schaffen. (Beifall.)

Lebedour: Ich stimme dem Genossen Legien darin bei, daß eine Erörterung der Frage unnötig, ja sogar gefährlich wäre. Zunächst ist es unsere Aufgabe, unsere Organisationen zu entwickeln; vorher kann an den Generalstreik überhaupt nicht gedacht werden. Der unglücklichste Gedanke des Genossen Friedberg war es, hierbei die Frage des Reichstags-Wahlrechts zur Sprache zu bringen. Und ebenso verfehlt war es meines Erachtens von Legien, im Anschluß daran zu erörtern, was wir im Fall einer Antastung des Wahlrechts nicht thun könnten. In dieser Beziehung, in der Verlehrtheit seiner Begründung, stimmte Legien mit Friedberg überein.

Ein Schlußantrag, von Kagenstein belämpft, wird angenommen.

Antrag 138 wird gegen wenige Stimmen abgelehnt. Damit sind alle Anträge erledigt und ist die Tagesordnung erschöpft.

Wannsch erklärt zur Ergänzung seiner Mitteilungen über das Königsberger Gewerkschaftshaus, daß, als Braum zum zweitenmal nach Berlin kam, um die Sache zu betreiben, die Königsberger bereits ein Kapital von 20 000 Mark hatten, das zur Anzahlung für den Ankauf des Grundstücks Verwendung fand.

Singer teilt mit, daß die Genossin Lily Braun in einem Briefe an ihn erklärt habe, sie protestiere gegen die Ausführungen, die Bebel über sie gemacht habe, und werde die Sache einem Schiedsgericht unterbreiten.

Ferner ist folgende Erklärung von Lebedour eingegangen: „Die Genossin Luxemburg hat die Mitglieder der Posener Revisionskommission, deren Brief ich verlesen habe, in der Debatte als Stänker bezeichnet, wie sie neuerdings in einer Erklärung deren Vertretung dagegen Quertreiberei nannte.“

Demgegenüber stelle ich fest:

1. daß die fragliche Kommission, deren Mitglieder mir persönlich unbekannt sind, zur Prüfung der Parteigeschäftsblätter in Posen, darunter auch der Bücher der „Gazeta Ludowa“, von den berufenen Instanzen eingesetzt war;

2. daß der Posener Arbeitersekretär, der Genosse Gogowski, der Kollege der Genossin Luxemburg, in der Vertretung der Parteigenossen Posens, durch Anschuldigung seiner Bücher an die Kommission deren Berechtigung zur Vornahme der Revision anerkannt hat;

3) daß der von mir vollständig verlesene Brief der Kommission an mich weiter nichts enthält, als die Mitteilung, daß die Revision nur einen Bestand von 37 zahlenden Abonnenten der „Gazeta Ludowa“ festgestellt hat;

4. daß ich mit der öffentlichen Bekanntmachung dieser Thatsache eine Parteipflicht erfüllt habe, da aus dem Vorstandsbericht hervorgeht, daß die „Gazeta Ludowa“ im vergangenen Jahre mit 2600 M. unterstützt wurde.

Weiteres behalte ich mir vor.

Dresden, 20. September 1903.

G. Lebedour.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Schmalfeld-Bremen: Ich glaube, daß Sie alle mit mir einverstanden sind, wenn ich dem Bureau den Dank des Parteitages ausspreche für die umsichtige und taktvolle Leitung der Verhandlungen auch in den schwierigeren Augenblicke. (Beifall.) Außerdem möchte ich Ihnen dafür danken, daß Sie sich entschlossen haben, im nächsten Jahr nach Bremen zu kommen. Bremen ist der Partei juridisierobert worden. Ich möchte an diesen Dank den Wunsch knüpfen, daß wir uns im nächsten Jahre weniger mit taktischen als mit praktischen Fragen beschäftigen werden. Die Bremer Genossen werden sich jedenfalls alle Mühe geben, Ihnen den Aufenthalt in Bremen so angenehm wie möglich zu machen. (Beifall.)

Singer:

Ich habe zunächst dem Genossen Schmalfeld zu danken für die freundlichen Worte der Anerkennung, die er für die Führung der Geschäfte an das Bureau gerichtet hat. Ich möchte ferner namens des Parteitags den Dresdener Genossen danken, die uns in unfruchtbar Verhandlungen unterstützt und in den Vorbereitungen und den Arrangements ihr Bestes geleistet haben. — Die Dresdener Genossen haben dafür gesorgt, daß in diesen schweren Tagen der Arbeit, soweit das möglich war, auch der Humor, wie sie ihn in der prächtigen Festschrift entwickelt haben, zu seinem Rechte kam. Ich weiß, daß wir alle mit dem Gefühl des Dankes von hier scheidet. (Zustimmung.) Weiter spreche ich den Genossen, die in den Kommissionen gearbeitet und sich deshalb einer Anzahl wichtiger Verhandlungen entziehen mußten, den Dank des Parteitages aus.

Genossen! Ich habe jetzt zum vierzehntenmal seit Aushebung des Sozialistengesetzes den Vorzug und die Ehre, an dieser Stelle ein Resümee der Arbeiten unseres Parteitages zu geben. Wir haben in diesen 14 Jahren fast auf jedem Parteitag Fragen von großer Wichtigkeit diskutiert, wir haben sie in der uns eignen Art und Weise diskutiert, aber da ich zu denen gehöre, die nicht leugnen, nicht vertuschen wollen, so würde ich es nicht für richtig halten, wenn wir nicht auch am Schluß dieses Parteitages uns selbst das Zeugnis ausstellen, daß wir unsre Verhandlungen mit Offenheit, teilweise mit Rücksichtslosigkeit geführt haben. Insofern, Genossen, in dieser Art, wie wir diskutierten, in der, wie wir uns gegenseitig nichts verschwiegen, in der Art, wie wir deutlich und offen zu einander reden, liegt unsre Stärke. (Beifall.) In keiner Partei würde es möglich sein, die Leidenschaften so aufeinanderplayen zu lassen, wie in der unsrigen; wir können das, weil wir wissen, daß, wenn auch leidenschaftliche Meinungen fallen, diese doch immer hervorgehen aus der klammenden Begeisterung, die in jedem vorhanden ist, der für die Ziele der Sozialdemokratie kämpft. (Lebhafte Beifall.) Wenn daher — ich möchte das in voraus sagen — etwa unsre Gegner die Hoffnung schöpfen wollten, daß nun die Partei in ihrem Vorwärts-marschieren irgend wie gehemmt und geschädigt sein sollte, so werden sie erleben, daß sie im Irrtum sind. Es ist ja ein förmliches Schreien in der bürgerlichen Presse, endlich den Tag herankommen zu sehen, an dem durch die rücksichtslose Ausstrahlung solcher Meinungsverschiedenheiten die herzlichsten Wünsche der Gegner erfüllt werden. Man lasse es sich gesagt sein, all überall — was auch die Sozialdemokratie unter sich und mit sich auskämpft — in Bezug auf den Kampf mit den Gegnern ist die Partei geschlossen, wie sie es von jeher war. (Lebhafte Beifall.)

Wir haben auf diesem Parteitag Fragen von fundamentaler Wichtigkeit verhandelt. Schon in der Diskussion ist ausgeführt worden, daß es sich nicht um persönliche Reibereien, nicht um persönliches Gequäl handelte, mein es auch äußerlich so schien. (Sehr richtig!) Will man die Verhandlungen richtig beurteilen, dann darf man sich nicht darauf beschränken, die persönlichen Erscheinungen zu betrachten, sondern man muß man dazu übergehen, die Sache selbst zu untersuchen, und dann wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß das, was als persönlich angesehen wird, notwendig war, daß es gegeben war durch den Umstand, daß wir über Fragen verhandelt haben, die für die Partei von fundamentaler Bedeutung waren. (Zustimmung.) Unsre Verhandlungen haben gezeigt, was die Partei will. Es ist die Frage aufgetaucht: Was nun? Der Parteitag hat die Antwort darauf gegeben. Der Parteitag und die durch den Parteitag vertretene Partei will in ihrer immensen Majorität, daß Programm, Taktik, Streben und Agitation der Partei nicht geändert werden sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Massen in der Partei stellen nach wie vor auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes, dessen Ziel die Befreiung des Proletariats aus dem Druck, aus dem Joch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das haben unsre Beschlüsse gezeigt, das haben unsre Beschlüsse offen vor aller Welt dargelegt, und ich habe die Ueberzeugung, daß diese Beschlüsse, wenn man sie löst von den äußeren Erscheinungen, die sich daran geknüpft haben, als dem Interesse der Partei entsprechend, als dem Willen der Partei bekundend, als die Richtschnur der Partei auf dem weiteren Vormarsch angesehen werden. Deshalb sage ich Ihnen, abgesehen von den Dingen, die ich berührt habe: wir dürfen zufrieden sein mit dem Ergebnis dieses Parteitages. (Sehr richtig!)

(Schluß in der 2. Beilage.)

Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Wir dürfen zufrieden sein damit, daß sich so glänzend dokumentiert hat der Wille der Partei, daß wir nicht diplomatisieren wollen, daß wir in unserer Partei keine Staatsmänner haben wollen (Sehr richtig!), sondern daß wir entschlossen sind, den geraden Weg zu gehen, den Weg, der dazu führen wird, unter Niederwerfung aller Segner unser großes Ziel zu erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Wir stehen vor schweren Aufgaben, wir haben die schweren Pflichten der praktischen Arbeit zu erfüllen, sei es die praktische Arbeit der Agitation im Volke, sei es die praktische Arbeit in den Vertretungskörpern in Reich, Staat und Gemeinde. Diese praktische Arbeit wird die Aufmerksamkeit aller, die an diese Posten gestellt sind, in Anspruch nehmen, sie wird aber erleichtert werden durch die hier gefassten Beschlüsse. Die Parteigenossen in den Vertretungskörpern aller Art werden sich diese Beschlüsse zur Richtschnur nehmen und dafür sorgen, daß die Arbeit getragen wird von den principielle Grundfragen der Partei, sie werden den Willen der Partei zur Geltung bringen.

Ich brauche Sie nicht an den Ernst der politischen Situation zu erinnern. Ich verneine es selbstverständlich, in diesem Moment auf einzelne Fragen einzugehen. Aber was auch die Zeiten bringen werden, die Socialdemokratie wird, stolz und ruhig wie bisher, gestützt auf ihre Grundfrage, den Weg weiter wandeln, den sie für den richtigen hält, sie wird alle ihr zu Gebote stehenden Mittel ergreifen, um den Aufstieg der Reaktionen abzuwehren, durch ein Massenangebot des Volkes. Immer und immer wieder muß den herrschenden Klassen klar gemacht werden, wie die Massen des Volkes, wie die Arbeiterscharen über die politische und wirtschaftliche Entrechtung denken. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß wir in einer Zeit leben, in der die Millionen von Arbeitern sich nicht mehr entrechteten lassen. (Lebhafter Beifall.) Und nun, Genossen, die anderen Aufgaben, denen wir entgegengehen, sie werden ja in einer sich anschließenden Konferenz vorbereitet werden. In dem größten und in einem anderen großen Bundesstaat werden in ganz kurzer Zeit die Landtagswahlen stattfinden. Die sächsischen und die preussischen Genossen werden unter voller Aufrechterhaltung ihrer Grundfrage, entsprechend den wiederholten Beschlüssen der Partei, in den bevorstehenden Kämpfen ihre volle Schuldigkeit thun. Diese Kämpfe sind wesentlich propagandistische Art, sie werden den Erfolg haben, daß wir das erreichen, was wir wollen. Kamentlich wird dadurch die Befestigung des unerhörten Zustandes erleichtert werden, daß es in Deutschland noch Parlamente giebt, von denen die Arbeiter infolge des Dreiklassenwahlsystems ferngehalten sind. Auch hier muß die Stimme der Massen mächtig ertönen. (Beifall.)

Und nun Parteigenossen! Die Banner hoch! Nach wie vor: Vorwärts zum Kampf, vorwärts zum Sieg! Inbeizt durch die Ereignisse der Tage, zielbewußt in dem, was wir erreichen wollen und was niedergelegt ist in unserem Programm, gehen wir mutig und entschlossen an die Arbeit.

So wie immer, wird das Wohl der Partei unser Leitstern sein. Das bekräftigen wir, indem wir, wie am Anfang, so auch am Schluß unserer Verhandlungen unseren alten Schlachtruf ertönen lassen: Die deutsche Socialdemokratie, sie lebe hoch!

Begeistert stimmen die Delegierten dreimal in das Hoch ein und singen scheidend die erste Strophe der Arbeiter-Marseillaise.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 8 Uhr.

Konferenz der preussischen Delegierten zur Beratung der Frage des taktischen Vorgehens bei den preussischen Landtagswahlen.

Nach Schluß des Parteitags begaben sich die preussischen Delegierten nach dem Volkshaus.

Bebel eröffnet die Verhandlungen und giebt ein Bild der durch den belanteten Ministerialerlaß seit der letzten Konferenz veränderten Sachlage. Während früher in Wahlkreisen, wo zwei oder drei Abgeordnete zu wählen sind, die Wahl in einzelnen Wahlgängen stattfand, müssen jetzt alle drei Abgeordneten von dem Wahlmann auf einmal gewählt werden. Damit ist unser früher kundgegebenes Bestreben, die liberalen Wahlmänner rechtzeitig festzunageln und wenn sie ihr Versprechen nicht halten, eventuell noch im letzten Augenblicke im Stiche zu lassen, bis zu einem gewissen Grade unmöglich geworden. Aber jetzt noch ist es möglich, daß in einem solchen Falle der Verrats freisinniger Wahlmänner die gesamte socialdemokratische Wahlmännerschaft ohne Beratung nummehr den Liberalen nicht mehr wählt. Was wäre die Folge eines solchen Vorgehens? Bis jetzt war die Situation die, daß den Konservativen nur fünf Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlten. Kame es zu einem allgemeinen Kartell mit den Liberalen, so würde es leicht sein, die Konservativen erheblich zu schwächen. Da aber leider ein solches Kartell gar nicht oder nur sehr vereinzelt zu Stande kommen wird, so wird das Resultat das sein, daß das nächste Abgeordnetenhaus wahrscheinlich eine konservative Mehrheit haben wird. Die Folge wird die sein, daß für reaktionäre Gesetze die Bahn frei sein wird. Es ist jetzt kein Miquel da, der sie verhindern könnte. Sollen wir es auf solche neuen reaktionären Gesetze, etwa auf ein neues Vereinsgesetz ankommen lassen? Und da meine ich: Wir müssen mit den Liberalen einmal frontal reden! (Sehr richtig!) Und wenn der Erfolg unserer Beteiligung der wäre, daß der letzte Liberale aus dem Abgeordnetenhaus verschwindet — auch dann bin ich für eine selbständige Beteiligung an den Landtagswahlen. (Lebhafter Beifall.) Darüber dürfen wir keinen Zweifel lassen. Es giebt Situationen, wo so etwas durchzuführen werden muß, koste es, was es wolle, und wo man die Dinge eventuell bis zur Katastrophe zu treiben hat. Es werden dann in Zukunft auch für die Reichstags-Praktion neue Aufgaben erwachsen. Sie wird im Reichstage Anträge zu stellen haben, wonach für alle Bundesstaaten das allgemeine gleiche Wahlrecht einzuführen ist. Gleichzeitig werden die Abgeordneten, die wir in Preußen durchbringen, im Abgeordnetenhaus den Kampf gegen das Klassenwahlrecht aufnehmen und das ganze Elend unserer Zustände in der nötigen Weise zu schildern haben. Das wird dann sicher im Volke Anklang finden. Zunächst bitte ich nun diejenigen Genossen, sich zu melden, die meinen Vorschlägen nicht zustimmen. (Es meldet sich niemand.) Dann frage ich, ob sonst jemand das Wort wünscht.

Wider-Riel: Wir müssen damit rechnen, daß die Lehre, die wir dem Liberalismus werden erteilen müssen, von den Liberalen für die nächsten Wahlen beherzigt werden wird. Wir sehen ja jetzt schon, daß selbst die „Freisinnige Zeitung“ sich über die Frage sehr vorsichtig äußert und durchblicken läßt, daß auch Richter nach den Urwahlen vielleicht mit sich reden lassen wird. Nun, das können wir ja abwarten. Höchst bedauerlich ist, daß in einer großen Stadt der Rheinprovinz von wahren Genossen Wahlenthaltung beschlossen ist, weil doch höchstens zehn Wahlmänner durchgebracht werden könnten. Das ist ganz egal; wenn man an einem Ort auch keine Aussicht auf Erfolg hat, so können die durchgebrachten Wahlmänner doch Kämpfe werden, die für andre Wahlkreise nützlich werden können. Also strikteste Durchführung des Beschlusses der Beteiligung ist nötig. Empfehlenswert wird es sein, das Land in Abmachungsbezirke einzuteilen, deren Leiter die Delegation für ihr Gebiet in Händen haben und Abmachungen mit

andern Parteien eingehen. Die Leiter dieser Bezirke werden ferner dafür zu sorgen haben, daß in jedem Wahlkreise ein Komitee eingesetzt wird, das feststellt, wo Wahlmänner aufgestellt werden können. (Bebel macht darauf aufmerksam, daß es sich jetzt nur um die allgemeine Taktik handle.) Wir bitten um die Zustimmung dazu, daß wir in Schleswig-Holstein die dänische Partei in besonderem Sinne als bündnisfähig betrachten. Auf Antrag Stadhagen wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt.

Singer: Ich stelle fest, daß sich gegen die Ausführungen Bebel's in Bezug auf unsere allgemeine Taktik ein Widerspruch nicht erhoben hat. Wir sind einig darin, daß wir gemäß dem Beschluß der Berliner Konferenz mit Aufstellung socialdemokratischer Wahlmänner überall, wo es möglich ist, vorgehen. (Sehr richtig!) Ueber die Taktik im speziellen hier zu debattieren hat, gar keinen Zweck. Wir müssen erst wissen, welchen Nachtheil wir ins Gewicht zu legen haben, wieviel socialdemokratische Wahlmänner gewählt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Auch dann kann die Entscheidung im einzelnen von der Centralinstanz getroffen werden. Hier werden wir uns vor allem noch darüber zu entscheiden haben, wie wir die nötige Munition für den Wahlkampf zu beschaffen haben.

Bebel stellt fest, daß über die allgemeine Taktik niemand mehr das Wort wünscht. Die Konferenz ist also einmütig der Ansicht, daß die Partei selbständig vorgehen habe, selbst auf die Gefahr hin, daß das Endresultat der Durchfall sämtlicher liberaler Kandidaten in Preußen, soweit es auf uns ankommt, ist. (Beifall.)

Kron's-Berlin bedauert, daß Bebel und Singer unter allen Umständen die Annahme eines Kandidatur für den Landtag abgelehnt haben. In weiten Kreisen des Volkes wird dadurch das Vertrauen auf den Erfolg erschüttert. Das ist ein Gefährliches, das in Betracht gezogen werden muß. Außerdem brauchen wir auch gerade im Landtag besonders gewiegte und gereifte Parlamentarier. Es wäre sehr wünschenswert, wenn Bebel und Singer zunächst in allen Wahlkreisen aufgestellt würden und dann je nach dem Ausfall der Urwahl sich entscheiden, wo sie annehmen. Redner tadelt es des weiteren, daß in einzelnen Wahlkreisen wie in Breslau, Frankfurt a. M. mehrere Kandidaten aufgestellt seien.

Bebel legt die Gründe dar, die ihn und Singer veranlaßten, eine Kandidatur abzulehnen. Singer und ich sind mit Arbeiten beauftragt heute so überlastet, daß die Uebernahme weiterer Arbeiten für uns eine physische Unmöglichkeit ist. Dazu kommt, daß die Uebernahme einer solchen Kandidatur gerade für den preussischen Landtag mit einer ungeheuren Arbeitslast verbunden ist. Ich fühle mich ja heute noch beinahe wohler als vor 10 Jahren, aber ich weiß doch, daß ich nicht mehr denselben Reservecorps hinter mir habe. Ich will nicht eines Tages infolge Ueberarbeit zusammenbrechen, ich will doch möglichst lange mitmachen, und da muß man mahalten mit seiner Kraft und Zeit. Sie können wirklich glauben, daß es mir und Singer eine wahre Wollust bereiten würde, einmal im Landtag aufzutreten, aber wir müssen auf das Vergnügen verzichten, wie man ja überhaupt mit den Jahren auf so manches Vergnügen verzichten muß. (Große Heiterkeit.)

Reppel fragt, ob nicht allgemeine Flugblätter für das ganze Land herausgegeben werden könnten.

Bebel: Der Vorstand hat ja schon dafür gesorgt, daß das Landtags-Handbuch, ein sehr gutes Buch, herauskam. Natürlich werden wir auch für Flugblätter sorgen. Das ist eine der nächsten Aufgaben des Vorstandes.

Müller-Wörty verteidigt, daß an manchen Orten, wie Breslau, schon mehrere Kandidaten aufgestellt sind. Nachdem die Gegner dasselbe gethan hätten, habe die Socialdemokratie an manchen Orten nicht warten können. Später könnten ja immer noch Verschiebungen unter den Kandidaten vorgenommen werden.

Wider-Riel: Ich möchte empfehlen, in jedem der von mir vorgeschlagenen Abmachungsbezirke vielleicht einen Kandidaten zu proklamieren. Die definitive Aufstellung der Kandidaten in den einzelnen Kreisen kann dann ja später erfolgen, wenn wir übersehen, wie die Chancen an den einzelnen Orten stehen.

Wider-Breslau regt die Frage an, wie man sich bei den Urwahlen zu verhalten habe, um nicht eventuell die ausschlaggebende Stellung für die Abgeordnetenwahl zu verlieren. In Breslau z. B. sei zu berücksichtigen, daß die Socialdemokratie, wenn sie allgemein in der Urwahl bei etwaigen Stichwahlen die Freisinnigen als das kleinere Uebel wählt, den Freisinnigen die absolute Mehrheit sichert und dadurch ihre ausschlaggebende Stellung einbüßt. Man hat sich in Breslau dadurch zu helfen gesucht, daß man sich die Wahlmänner durch schriftliche Erklärung sicherte.

Vorgmann - Berlin bittet Bebel und Singer, trotz der ausgeführten Bedenken ein Mandat zu übernehmen. Man könne ihnen ja dann Sekretäre stellen. (Bebel ruft den Redner zur Sache.)

Kron's-Berlin: Meine Anregung, Bebel und Singer überall aufzustellen, bitte ich nicht ganz wörtlich zu nehmen. Ich meine nur, wir brauchen uns vor der Aufstellung von Doppellandidaturen nicht zu generieren. Die Breslauer mögen nach den lokalen Verhältnissen Breslaus richtig gehandelt haben, aber über solche Einzelheiten kann die Konferenz nicht entscheiden. Daß die Liberalen erst dann mit uns partieren, wenn wir bei den Urwahlen die nötigen Wahlmänner durchgebracht haben, ist ihr Recht, wir müssen eben sehen, daß wir sie zwingen, im eignen Interesse Abmachungen mit uns zu treffen.

Die Debatte über die Kandidatenfrage wird geschlossen. Es handelt sich nun noch um die Geldfrage.

Singer: Ich stehe auf dem Standpunkt der Berliner Konferenz, daß die Centralkasse für Landtags- und Kommunalwahlen nicht in Anspruch genommen werden kann. Andererseits können die Kosten unmöglich von den Kreisen allein aufgebracht werden, denn es wird sich um sehr erhebliche Summen handeln. Ich schlage Ihnen deshalb vor — die Vertheilung hat sich über diese Regelung verständigt — daß für die preussischen Wahlen ein besonderer Wahlfonds gegründet wird. (Sehr gut!) Dabei legen wir voraus, daß die großen Geldcentren es für ihre Ehrenpflicht halten werden, von ihrem materiellen Ueberfluß, den sie zu opfern gewöhnt sind, abzugeben an diejenigen Kreise, die nicht über solche reiche Mittel verfügen. Wir werden uns auch nicht etwa auf den stolzen Standpunkt stellen, daß wir etwa Beiträge von außerpreussischen Wahlkreisen zurückweisen. (Große Heiterkeit.) Ich denke dabei an die Hamburger Genossen, die ja neben den Berliner überhaup als die Bankiers der Partei gelten. (Heiterkeit.) Aus diesem Fonds wären dann die Kreise, welche die Kosten nicht selbst aufbringen können, zu unterstützen. (Allgemeine Zustimmung.)

Kron's-Berlin bedauert diesen Vorschlag mit Freuden.

Der Vorschlag Singers wird hierauf einstimmig angenommen.

Bebel: Hiermit sind die Beratungen beendet. Ich gebe unserer Hoffnung Ausdruck, daß die gemeinsame Sache, für die wir mit allen Kräften zu wirken bereit sind, von besten Erfolge begleitet sein möge. (Lebhafter Beifall.) Ich wünsche Ihnen alle glückliche Weile. Auf Wiedersehen! (Kron's: Im Abgeordnetenhaus!)

Schluß 8 Uhr.

Außerordentliche Generalversammlung des Centralvereins der Bildhauer Deutschlands.

Die Delegierten traten am Sonntagvormittag in Berliner Gewerkschaftshaus zusammen. Außer den Bevollmächtigten und dem Centralvorstand ist Döhl in Berlin als Vertreter der Generalcommission anwesend. Den Hamburger Bildhauern, die in eine Bewegung für die achtstündige Arbeitszeit eingetreten sind, wird für ihr tapferes Vorgehen Anerkennung ausgesprochen.

Nach Feststellung der Geschäfts- und Tagesordnung und Erledigung eines Wahlprotokolls wird von den Mitgliedern des Centralvorstandes der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht in verschiedenen

Punkten, wobei es sich ausschließlich um innere Organisations-Angelegenheiten handelt, ergänzt bzw. näher erläutert.

Nach dem gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht des Vorstandes haben sich die Wirkungen der Krise im Dezember 1901 und Januar 1902 so außerordentlich bemerkbar gemacht und sind so überaus starke Anforderungen an die Centralkasse gestellt worden, daß sich der Vorstand gezwungen sah, nicht nur ein Darlehn aufzunehmen, sondern auch die nach dem Statut vorgeschriebenen Maßnahmen zu treffen. Am 1. Januar 1901 betrug der Kassenbestand 56 491 M. oder pro Mitglied 12,43 M. Eingenommen wurden in diesem Jahre bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 4412 insgesamt 125 012 M. oder pro Mitglied 28,33 M. Ausgegeben wurden in dem gleichen Zeitraum 156 751 M. oder pro Mitglied 35,53 M., also 7,20 M. pro Mitglied mehr. Das Jahr 1902 brachte eine Einnahme von 156 079 M. oder pro Mitglied 39,99 M., der eine Ausgabe von 154 662 M. oder pro Mitglied 39,47 M. gegenüber steht. Trotz der erhöhten Beiträge und herabgesetzten Leistungen sind pro Mitglied nur 52 Pf. mehr eingenommen, wie aus gegeben. Der Kassenbestand betrug am Schluß 1902 27 277 M. gleich 6,96 M. pro Mitglied. (Der durchschnittliche Mitgliederbestand war 3981.) Mitteln ist der Kassenbestand von 12,43 M. am 1. Januar 1901 auf 6,96 M. pro Mitglied am Schluß des Jahres 1902 gesunken. Kennzeichnend für die wirtschaftlich schlechte Konjunktur während der Berichtsperiode sind die geleisteten Unterstützungsleistungen. Während für alle übrigen Unterstützungsweige die Ausgaben beträchtlich gestiegen sind, ist die Ausgabe für Streiks, Aussperrungen und Mahregelungen von 14 851 M. in den vorhergehenden Jahren auf 8780 M. pro Jahr in den Jahren 1901/1902 gesunken. Eingegeben ist die Ausgabe für Arbeitslosen-Unterstützungen an Orten in den vorhergehenden zwei Jahren auf 179 352,25 M. gestiegen, während hierfür in den drei Jahren 1898—1900 nur 116 603 M. verausgabt wurden. — Auch die Reise-Unterstützungen sind gegenüber den Vorjahren von 8794,50 M. auf 10 204 M. pro Jahr gestiegen. Ebenso hat sich die Ausgabe für Unterstützungen an Arbeitsunfähige von 9754 M. auf 12 640 M. pro Jahr erhöht.

Trotz dieser abnormen Belastung der Organisation während der Krise ist doch bereits wieder eine wesentliche Besserung der Kassenverhältnisse eingetreten, so daß am Schluß des 3. Quartals d. J. der Kassenbestand ca. 40 bis 45 000 M. betragen wird. In dem Bericht wird ausdrücklich anerkannt, daß es nur durch den Opfermut der der Organisation treu gebliebenen Mitglieder möglich war, die finanziellen Verhältnisse wieder günstiger zu gestalten.

Während zur vorigen Generalversammlung eine erhebliche Zunahme des Mitgliederbestandes verzeichnet werden konnte, ist diesmal ein Rückgang von 4821 auf 3797 Mitglieder, also eine Abnahme um 724 Mitglieder in den letzten beiden Geschäftsjahren zu konstatieren. Der größte Mitgliederverlust (204) trat im 1. Quartal 1902 ein, also zu einer Zeit, in der die Krise im Verufe am heftigsten einsetzte.

Ueber die Lohnbewegungen in den beiden Geschäftsjahren wird berichtet, daß trotz des durch die allgemeine wirtschaftliche Krise hervorgerufenen Drucks auf die Arbeitsverhältnisse sich die Mitglieder auch in der schlimmsten Zeit der Krise tapfer gehalten und in erster Linie, wenn auch nicht alle, so doch die meisten Verluste, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, abgewehrt haben. Nach der vom Vorstande aufgestellten Tabelle sind 33 Streiks bzw. Lohnbewegungen mit Erfolg und 9 mit teilweisem Erfolg beendet worden, während 21 verloren wurden und 7 resultatlos verliefen. Sperren sind 3 mit und 4 ohne Erfolg verhängt worden. Von 12 weiteren Sperren ist das Resultat nicht mitgeteilt worden.

An der Arbeitslosen-Statistik, die im 1. und 2. Halbjahr 1902 vorgenommen worden ist, waren 2882 bzw. 2667 Mitglieder und 915 bzw. 981 Nichtmitglieder beteiligt. Aus den Erhebungen geht hervor, daß die Mitglieder zu einem weit höheren Prozentjah arbeitslos waren als die Nichtmitglieder und daß die Stellung der letzteren im Durchschnitt von längerer Dauer war.

Zu der Lehrlingsfrage hat der Centralvorstand insofern einen aggressiven Schritt gethan, als er sich im Einverständnis mit den betreffenden Verwaltungsstellen und deren Gegenzeichnung auf die Magistrats einzelner Orte wendete mit dem Ersuchen, auf Grund des § 128 der Gewerbe-Ordnung gegen die in bestimmten Betrieben zur Anfertigung von sogenannten Massenartikeln unverhältnismäßig hohe Anzahl von Lehrlingen die nötigen gesetzlichen Maßnahmen zu treffen. Ueber den Ausgang ist bisher nichts bekannt geworden.

In der Vormittags-Sitzung wird hauptsächlich der Bericht der Prehmissionsmission, der ebenfalls gedruckt vorliegt und den Schmey-Verlin auch mündlich erstattet, diskutiert. Die Prehmissionsmission berichtet unter andern, daß in Ermangelung jedweder statistischen Festlegung ihrer Aufgaben erhebliche Resultate ihrer Tätigkeit nicht zu verzeichnen sind und sie beantragt schließlich, die Institution der Prehmissionsmission in der bisherigen Form nicht weiter bestehen zu lassen. — Verschiedene Delegierte sprechen sich in ähnlicher Weise aus und empfehlen, einen Ausschuß oder eine Kontrollcommission, die ihren Sitz an einem andern Ort als der Centralvorstand hat, einzulehen.

In der Nachmittags-Sitzung werden zunächst Wahlkampfbroschüren verlesen und von Hamburg wird mitgeteilt, daß die Bewegung zu Gunsten der Arbeiter siegreich beendet und der Achtundtag errungen ist. — Hierauf wird in die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes eingetreten. Wegen der Geschäftsführung des Vorstandes und die von demselben getroffenen Maßnahmen werden wesentliche Einwendungen nicht erhoben.

Trautwetter-Verlin beantragt namens der Revisoren, den mit den Kassengehäften betrauten Vorstandsmitgliedern die Debatte zu erteilen. — Sodann wurde eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt, welche alle die Agitation und Bezirkscommissionen betreffenden Anträge und Anregungen zu prüfen hat und der Generalversammlung entsprechende Vorschläge unterbreiten soll. Ferner gelangte ein Antrag der Delegierten aus Sachsen einstimmig zur Annahme, wonach den Crimmitzauer Textilarbeitern die vollste Sympathie bezeugt und als Zeichen dessen der Betrag von 200 M. überwiesen wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der außerordentlich stark besuchten Versammlung der streikenden Gärtler, die gestern vormittag stattfand, berichtete Max Behrend, daß bereits 85 Firmen, die zusammen über 800 Gärtler beschäftigen, unterjchriftlich bewilligt haben. Durch eine Korrespondenz wird die Meinung verbreitet, es handle sich hierbei ausschließlich um kleine unbedeutende Geldäfte, die großen Rabatten aber, wo durchschnittlich 500 Mann thätig seien, wären nicht dabei. Das ist durchaus irreführend. Da es sich ja hier im wesentlichen nur um die Gärtler handelt, so existiert eben gar keine Fabrik, wo so viele Streikende in Betracht kommen. In jener Korrespondenz wird ferner mitgeteilt, daß die Fabrikanten, erbittert über den Wortbruch und das Verhalten derjenigen ihrer Kollegen, die die Forderungen unterschrieben haben, jede Geschäftsverbindung mit diesen Firmen und mit deren Lieferanten abbrechen wollen. Es ist also offenbar darauf abgesehen, den Geschäftslern, die bewilligt haben, die Existenz zu untergraben. Trotz dieser gefährlichen Drohung, die man doch mit viel mehr Recht als terroristisch bezeichnen könnte, als wenn Streikende an Streikbrecher die Aufforderung richten, ihnen nicht in den Rücken zu fallen, laufen immer mehr Bewilligungen ein. Zur Zeit liegen von 20 Firmen Einladungen zu Verhandlungen vor, so daß die Vertrauensmänner

der Streikenden gar nicht immer so schnell zur Stelle sein können, wie es gewünscht wird. Es liegt also für die Streikenden durchaus kein Grund vor, mit dem bisherigen Verlauf der Bewegung unzufrieden zu sein, und die Versammlung lieferte den Beweis, daß die Drohung der Rühmänner mit einer allgemeinen Aussperrung nicht den geringsten Eindruck auf die Haltung der Ausständigen gemacht hat. Vom „Generalanzeiger“ wird die sensationelle Meldung gebracht, daß schon 11 000 Mann im Streik stehen, und daß die Berliner Metallindustrie schon einen Verlust von 5 bis 10 Millionen erlitten hat. Das ist selbstverständlich eine lächerliche Übertreibung.

Zur Lohnbewegung der Omnibusangestellten. Die Organisation der Angestellten hat bekanntlich, nachdem es die Direktion abgelehnt hatte, mit außerhalb des Betriebes Stehenden zu verhandeln. Die Direktion mitgeteilt, daß diejenigen Mitglieder der Lohnkommission, die zu den Angestellten der Gesellschaft gehören, mit der Direktion verhandeln könnten. Daß die Direktion auch mit diesem Angebot nicht einverstanden ist, geht schon aus dem Ullas hervor, den wir in der vorigen Nummer veröffentlichten. Die Direktion hat das aber noch ausdrücklich bestätigt in einem Schreiben, welches die Verbandsleitung am Sonntag erhielt. Die Direktion schreibt, sie betrachte auch diejenigen Mitglieder der Kommission, die zu den Angestellten der Omnibus-Gesellschaft gehören, nicht als die berechtigten Vertreter des gesamten Personals, und wolle deshalb mit denselben nicht verhandeln.

Das heißt also, die Vertrauensmänner, welche die Angestellten selbst mit der Vertretung ihrer Interessen betraut haben, sind der Direktion nicht genehm, sie will vielmehr nur solche Unterhändler zulassen, die ihr, der Direktion passen. Man sieht, es war nur eine Ausrede, wenn die Direktion zuerst sagte, sie wolle nicht mit unberufenen Dritten verhandeln. Sie lehnt selbst ihre eigenen Angestellten ab, wenn diese nicht auf Treiben der Direktion und in der von ihr bestimmten Weise zu den Verhandlungen delegiert werden. Die Wünsche der Angestellten, welche der Verband der Direktion überliefert hat, sind allerdings in Händen behalten. Sie weiß also, was die Angestellten wollen. Diese sind anscheinend nicht gewillt, sich vorzuschreiben zu lassen, unter welchen Umständen sie ihre Vertreter ernennen. Die von der Direktion angeordneten Wahlen auf den Depos der Gesellschaft sind nicht zustande gekommen, weil die Angestellten die Kommission, welche sie am 16. d. M. wählten, als die berechtigten Vertreter ihrer Angelegenheiten betrachten, und an diesen festhalten.

Die Lage der Konditor- und Pfefferkücher-Gehilfen schildert eine Zuschrift, die wir von gewerkschaftlicher Seite erhalten, folgendermaßen:

Ein Gewerbe, über dessen Umfang und Arbeitsbedingungen selbst unter organisierten Arbeitern sehr viel Unkenntnis herrscht, ist das der Konditoren, Pfefferkücher und verwandten Berufe. Die seltene Kunst wird meist als recht begehrenswerte und leichte Beschäftigung, gewissermaßen als lohnendes Zudeckchen, nicht aber als umgewandte und in mehreren Zweigen sogar als äußerst anstrengende Arbeit angesehen. Aber die von schlechter Arbeit zeugenden, für den ganzen Beruf typischen Gesichtszüge reden eine andre Sprache und dem Zahnarzt und Spezialist für Magenkrankheiten gilt der Konditor als Engrostkundschaft. Und er gehört obendrein zu einer der ausgebeuteten Arbeitergruppen, welche auch nach Kopfzahl nicht unbedeutend ist. In Berlin sind inklusive des männlichen und weiblichen Hilfspersonals mindestens 2500 Arbeiter in dieser Branche beschäftigt. Der Kapitalismus hat auch hier siegreich Einzug gehalten, und der zwar etwas später, dann aber um so rapider um sich

greifende Großbetrieb hat allmählich geradezu unerträgliche Zustände für die Arbeiter geschaffen. Dank der Gleichgültigkeit der großen Masse wagen es die Fabrikanten, von den größten bis zu den kleinsten — und die Firmen Sarotti, Hildebrandt, Stollwerck beschäftigen bereits viele Hunderte von Leuten —, gelehrten Arbeitern 10, 18, 20 M. Lohn zu bieten, und nur, wer bereits jahrelang im Fabrikbetrieb thätig ist, kommt auf etwas höheren Lohn. Ueber 24 M. erhalten fast nur Spezialkräfte und die Herren Antreiber. Am tollsten springt man mit den weiblichen Hilfskräften, die heute schon 60—70 Proz. aller Beschäftigten repräsentieren, um. Reibt sich also ein Fabrikordnungs — sie müssen durchgängig sich noch einer täglichen Leibesvisitation schimpflicher Weise unterwerfen — bietet man ihnen Anfangslöhne von 6—8 M., macht ihnen teilweise noch Abzüge für Arbeitsmittel, bestraft sie usw. Und diese Schandlöhne zahlt man in einem Saisongewerbe! Denn nur in den Wintermonaten giebt's Arbeit, im Sommer liegt die Hälfte auf der Straße und wird zum Lohnrüder für Kellner, Maler, Antreiber, „Reisende“ usw. Man sieht also, daß nur auf Kosten der Arbeiter es möglich war, bei den hohen Zudeckpreisen der letzten Jahre die Produkte so spottbillig auf den Markt zu werfen, und nur auf Kosten der Arbeiter war es möglich, daß die jetzigen Großbetriebe aus ihren kleinen Anfängen heraus sich zu solcher Blüte entwickeln konnten. Und ebenso traurig ergeht es den Bediensteten in den Modistoreien und Bäckereien. Hier herrscht noch „patriarchalisches“ System in unverfälschter Reinheit. Der Herr Gehilfe — sie sind beileibe keine Arbeiter! — darf sieben Tage in der Woche oft 12—15 Stunden im dunken ungesunden Keller seine Künste verrichten, erhält oft mittelmäßiges Essen, das er zwischendurch mitverzehren kann, eine sehr oft miserable Schlafstelle, darf mitunter beim Weggange um den Hausflur lächeln und muß am Ende für all diese Herrlichkeiten mit einem Monatslohn in haar von 25—45 M. vorlieb nehmen! 50—60 M. gilt schon als besonders gut und mehr giebt's nur für ganz wenig Posten! Und dabei giebt es noch einfältige Seelen unter den Gehilfen, welche ihren Ausbeutern feierlich versichern, daß sie keinen Verzeigungen Gehör schenken werden und treu ihnen zur Seite stehen wollen! Aber im allgemeinen haben diese für Berlin besonders erbärmlichen Verhältnisse endlich doch die Gehuld der süßen Künstler erschöpft und gewerkschaftlichen Ideen zugänglicher gemacht. Nach zehnjähriger unablässiger Arbeit ist nun endlich etwas Bewegung hineingekommen und man ist entschlossen, der Arbeitgeberseits einen Lohnsatz einzuführen. Die Forderungen: 21 M. für Fabrikanten, 40 M. für Backgeschäfte als Minimallohne, sind so bescheidene, daß die Arbeitgeber sich der Lächerlichkeit aussetzen würden, wollten sie erklären, sie könnten nicht bewilligen. Die Herren sind zu einer Versammlung am Donnerstag, den 24. September nach der Ressource, Kommandantenstraße, mit eingeladen worden und es wird sich zeigen, ob ihr so oft ausgesprochenes Wohlwollen für „ihre Leute“ Wahrheit war oder ob die Arbeiter erst im hartnäckigen Kampfe Zugeständnisse herauszuholen müssen.

Achtung, Metallarbeiter!

In der am 21. September stattgefundenen Versammlung des Verbandes der Berliner Metallindustriellen wurde (anwesend einstuimmig) beschlossen: Falls die ausständigen Arbeiter nicht bis zum Montag, den 28. September, die Arbeit in allen Betrieben bedingungslos wieder aufgenommen haben, entlassen die Mitglieder der Vereinigung sowie auch diejenigen Arbeitgeber, die sich zum Zweck eines gemeinsamen Handelns der Ver-

einigung angeschlossen haben, ihre sämtlichen Arbeiter am Mittwoch den 30. September.

Die Einstimmigkeit der Beschlußfassung in den Arbeitgeberversammlungen fällt nachgerade auf. Jedenfalls hat man die Abstimmung so vorgenommen wie bei den Klempnermeistern. Nun, wenn auch die Ausführung des Beschlusses so ausfällt, wie bei den Klempnermeistern, kann es uns recht sein.

Selbstverständlich wird niemand den Arbeitgebern vorgeifen. Wir warten das Hinanwerfen ruhig ab.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Ausbund in Grimmitzschau. So lange der Kampf um den Jehnfundtag in Grimmitzschau währt, ganz besonders aber in der letzten Zeit, haben die Fabrikanten und die ihnen freundlich gestimmte Presse sich bemüht, die Aussperrung in einen Streik umzuwandeln. Aber nicht genug damit. Sie haben auch in langen Artikeln und umfangreichen Flugblättern die Sache so hinzustellen versucht, als ob die Leitung des Textilarbeiter-Verbandes — in einigen dieser Ergüsse hieß es sogar „die sozialdemokratische Centralleitung“ — einen Streik friebel vom Zaune gebrochen habe, um den Fabrikanten eine Nachprobe zu liefern. Die armen verführten Grimmitzschauer Arbeiter und Arbeiterinnen, die ja so zufrieden mit den bisherigen Verhältnissen seien, wären nur widerwillig dem Kommando der Centralleitung gefolgt, ja sie würden herzlich gern wieder in die Fabriken zurückkehren und unter den bisherigen Bedingungen arbeiten, wenn sie unbeeinträchtigt durch die „Führer“ nach ihrem Willen entscheiden könnten. Artikel, die auf diesen Grundton gestimmt waren, konnte man täglich in den unternehmerfreundlichen Blättern lesen. Inzwischen ist den Streikenden und Ausgeperrten Gelegenheit gegeben worden, ihren Willen hinsichtlich der Fortdauer des Kampfes zu bekunden. Wir teilten bereits mit, daß eine geheime Abstimmung stattgefunden hat, in der sich die Ausständigen gegen bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit erklärt haben. Jetzt liegt aus das zahlenmäßige Ergebnis dieser Abstimmung vor. Nur 116 Personen haben sich für bedingungslose Aufnahme der Arbeit entschieden, während 5596 gegen diese Zumutung, also für Weiterführung des Kampfes stimmten. Diejenigen, welche sich nicht an der Abstimmung beteiligten, waren teils durch Streikpostenstreichen daran verhindert, teils waren sie abgereist.

Durch diese Abstimmung sind die Redensarten von den verführten Arbeitern, die gern unter den bisherigen Bedingungen arbeiten möchten, schlagend widerlegt.

Ein Müllerstreik ist in der Hüblerischen Dampfmaschine zu Riesa ausgebrochen. Die Organisation der Müller ersucht den Zugang fernzuhalten.

Bei der Gewerbegerichts Wahl in Bielefeld sind die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten ohne Gegenkandidaten gewählt worden. Von 2266 Wahlberechtigten stimmten 1306.

Zu sechs Monaten Gefängnis — der höchsten Strafe, welche der § 153 der Gewerbe-Ordnung zuläßt — verurteilte die Strafkammer in Breslau einen Maurer, der einen unorganisierten Mitarbeiter zum Eintritt in den Verband veranlassen wollte, indem er ihm gedroht haben soll, ihn als Indifferenteren den gesamten Kollegen bekannt zu geben, und indem er weiter in Aussicht stellte, daß man mit ihm nicht zusammenarbeiten, sondern lieber die Arbeit niederlegen werde. — Wieder ein Urteil, welches sich aus dem Massengegenatz, der die heutige Gesellschaft trennt, zur Genüge erklärt.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden.

Theater.
Dienstag, 22. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Cavalleria rusticana.
Die Adreße. Verjähremittig.
Schauspielhaus. Wie die Alten lungen.
Westen. Die beiden Schänen.
Leistung. Unterleitung.
Berliner. Geographie und Liebe.
Reizend. Späher. Das beste Mittel.
Neues. Eine Frau ohne Bedeutung.
Teutsches. Die Weber.
Central. Duppeus in der Unterwelt.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Der Bibliothekar.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt).
Was ihr wollt.
Kleines. Nachtschl.
Trianon. Die Liebeschankel.
Teutsches-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Carl Weich. Amor in Wicks.
Nissen. Einer von uns're Leut'.
Spöbe. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Winter-Garten. Ballett.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Wasserg-Theater. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng'er.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Ben der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstraße 57/62.

Caetano Panoplicum
Friedrichstraße 165
Lebend!!
die gesammtengebrüder
Schwestern.
20 Jahre alt.
Theater. (Wallner-Theater).
Der Bibliothekar.
Theater. (Friedrich-Wilhelmstadt).
Was ihr wollt.
Kleines. Nachtschl.
Trianon. Die Liebeschankel.
Teutsches-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Carl Weich. Amor in Wicks.
Nissen. Einer von uns're Leut'.
Spöbe. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Winter-Garten. Ballett.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Wasserg-Theater. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng'er.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Ben der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Gr. Militär-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.

Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen:
Wochentags 8 1/2, u. 5 Uhr.
Sonnt. 12 Uhr, 8 1/2, u. 5 Uhr.
Eintritt: Sperrsitte 1 M.,
Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.
Die Liebeschankel.
Ritwoch: Die Notbrücke.

Die Liebeschankel.
Ritwoch: Die Notbrücke.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Dienstag, den 22. September er.:
Bernhard Rose - Theater - Ensemble.
Der Millionenbauer.
Bollschuß in 4 Aufzügen v. R. Arden.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Robert und Bertram.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstagabends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Schwan in 4 Akten von G. v. Moser.
Ritwochabends 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr'.
Donnerstagabends 8 Uhr:
Der Talsman.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtsches Theater).
Dienstagabends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Lustspiel in 5 Akten v. B. Schaferspeare.
Ritwochabends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Donnerstagabends 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr'.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Eine Frau ohne Bedeutung.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Einer von uns're Leut'.
Ritwoch: 100 000 Thaler.
Donnerstag zum erstenmal: Die Jungfrau von Orleans.

Passage-Theater
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
LONA
in ihrer Scene „Im Boudoir“.
Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin!
14 erstklassige Nummern.

Apollo-Theater.
Zum Die Liebes-Jusel
139. Male: Die dem grandiosen Post-Ballett.
Clermonis Cirkus
Nur noch bis 30. September
Miss Mildred de Grey
Original-Barfuss-Tänzerin.
Messiers Biophon. Photographie.
Montrel. Pöttingers Damen-Quintett.
In Vorbereitung: Frühlingsluft.

Residenz-Theater
Direktion S. Landenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Das beste Mittel.
Schwan in 3 Akten von H. Bisson.
Bearbeitet von S. Jacobsohn.
Vorher zum erstenmal: Sphinx.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Lull.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Oll.
Brunnenstraße 16.
Der stolze Heinrich.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ritwoch: Maria Stuart.
Donnerstag:
Extra-Vorstellung.
Deutsch-Amerikanisches Theater
(fr. Bunte's Theat.), Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend Anf. 8 Uhr.
Gastspiel Adolf Philipp.
Der Sensations-Erfolg
Ueber'n großen Teich
Weitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten.
Billets 4 Wochen im voraus.

Metropol-Theater.
Der größte Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marton.
Grete Meyer. Müller Lincke.
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Diez' Specialitäten-Theater
Landsberger Allee Nr. 76/77.
Heute sowie jeden Sonntag im herrlichen Garten oder gr. Saal:
Grosses Konzert und Specialitäten-Vorstellung.
Brillantes Programm. Anfang 3 Uhr.
Im Saal bis 2 Uhr: Ball.

Palast-Theater Feen-Palast.
Burgstr. 22.
Riesen Vacherfolg.
Abends 8 1/2 Uhr:
Geniehet das Leben.
Lebensbild in 2 Akten mit Gesang.
Wilson Gaitte. Dir. Rich Winkler.
Im Variété-Teil:
Schlager auf Schlager.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Freitag, den 25. September 1903:
Elite - Extra - Vorstellung.
Madame Potiphar.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.

WINTERGARTEN
Das Original Mologirl.
Mlle. Marguerite.
sensationelle Löwen-Nummer.
Alexia, Bravour-Tänzerin.
Anna Danerey,
Pariser Soubrette.
Ten Ichi, die kaiserl. japanische Gauklergruppe.
Die Papsbilder des Biographen und das diamantene Sensations-Programm.

Reichshallen
Stettiner Säng'er
Reizend, Bieder, Britton,
Steich, Köhne, Böhm,
mann, Klätner,
Schrafer u. Oberino.)
Anfang: 8 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci.
Rottbuscherthor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Säng'er.
Nach jeder Sotree:
Tanzkränzchen.
Dienstag:
Theaterabend.
Die Lieder des Musikhanten.
Bollschuß mit Gesang in 5 Akten.
Günstige Gelegenheit für Brautleute
Begen Aufnahme des Geschäfts im
Oktober d. J.
billiger
Möbel-Ausverkauf.
Wichr, Berlin, Neue Königstr. 67.

Cirkus Schumann
Heute Dienstag, den 22. September, abends 7 1/2 Uhr:
Große Parade-Vorstellung.
Aufstreitig die beste Löwen-gruppe in Berlin.
Der Julius Seeth, der weltberühmte Löwenbändiger mit seinen
25 männlichen Löwen,
ausgemachene Exemplare.
Gesamt Er. Majestät des Kaisers von Mexikanen
Frühling, Sommer, Herbst, Winter.
Gr. Ballettdirektorium in farbenprächtigen Pariser Kostümen.
Die tollkühnen Sprünge der
12 Barjois-Hunde
bis zu 30 Fuß Höhe und Höhe.
Dir. Albert Schumanns
unerreichbaren Orig.-Dressuren.

Bernhard Rose-Theater
Geundbrunnen, Badstraße 58.
Begen Renovierung heute keine Vorstellung.

Reichshallen
Stettiner Säng'er
Reizend, Bieder, Britton,
Steich, Köhne, Böhm,
mann, Klätner,
Schrafer u. Oberino.)
Anfang: 8 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci.
Rottbuscherthor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Säng'er.
Nach jeder Sotree:
Tanzkränzchen.
Dienstag:
Theaterabend.
Die Lieder des Musikhanten.
Bollschuß mit Gesang in 5 Akten.
Günstige Gelegenheit für Brautleute
Begen Aufnahme des Geschäfts im
Oktober d. J.
billiger
Möbel-Ausverkauf.
Wichr, Berlin, Neue Königstr. 67.

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater,
Schönhauser Allee 148.
Anhaber: **Wilhelm Fröbel**.
Sonntag, den 27. September cr.:
Extra-Vorstellung der beliebten
Norddeutschen Sänger.
Nach der Vorstellung:
Um 10 Uhr: Um 10 Uhr:
Großer Extra-Ball.
Anfang der Vorstellung 5 Uhr,
d. Tanzes Punkt 10 Uhr.
Entrée 30 Pf.
Diese Vorstellungen und Ball
finden jeden Sonntag statt.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Streichkonzert.
Dienstag und Donnerstag:
Harburger Sänger.
Nach d. Vorst.: Tanzkränzchen.
Vorabende! Vom 1. Oktober ab
jeden Dienstag, Donnerstag,
Sonntag, Sonntag:
Schauss' Künstler-Ensemble
"Nordsterne".
Nach jed. Vorst.: Tanzkränzchen.

Gardinen-Reste
Ausverkauf 25591.
500 bis 1000 Reste spottbillig
um zu räumen.
Grüner Weg 80, parterre
Eingang v. Flur. **Bruno Güther.**

Saal mit Bühne
für Sonnabende im November,
Dezember, Januar, Februar und
März, sowie Freitag und Son-
sonntag noch frei. 25732
72. Kommandantenstr. 72.
Neues Clubhaus.
Auf allerbequemste Art
Teilzahlung!!!
(wöchentlich 1 Mark)
Herrn-, Damen- u. Wecker-
Uhren, Regulatoren,
Broschen, Ringe, Ketten.
**Jahre & König, Waidhauer-
straße 72.**

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut-, Haar- und
Nasenheilen. Seydelstr. 9.
12-18, 16-18, 18-19, 19-21.
Charlottenburg.
F. Kunstmann
Wallstr. 1.
Uhrmacher und Gold-
arbeiter.
Grosses Lager, billige
Preise. — Reparaturen
schnell, billigst.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradestützen, Spitzon,
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Reparatur, Ortho- u. Hilfs-Strumpfmaschinen.
Berlin C., 20092
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen
Belagungen, angenehm und weich
am Körper.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.
Backware
6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckerwaren:
Waldenstraße 9, Krautstraße 19,
Faldenstraße 28, Lauferstr. 2,
Markthalle Pöcherstr., Stand 222/23
Markthalle Andrastr., Stand 16/18.
Erfinder-Baustellen
billig, gütlich, Zahlung, nur b. Bauer
Catholy, Buchhändlerstraße, 5 Str.
ab Schule. 52 Stk. bis jetzt ver. Näh.
Schulz, Rixdorf, Renaistr. 12/13.

Kopfläuse nebst Brut ver-
schwinden sofort
unschädlich, Erfolg
Schnell, in
in Drogerien 50 Pfr.
"Puffi"
Künstl. Zähne,
tadellose Ausführung
von 3 R. an, Plomben von 2 R. an
Max Guckel,
Lausitzer Platz 2.
Vorzeiger dieses erhält: 4 R. Er-
mäßigung bei Auftrag von 20,00 R.,
unter 20 R. 2 R. 20512
Teilzahlung gestattet.

Honig! Unverfälscht. Deutscher
Bienenhonig, best. Qualität,
verf. die 10 Pfundbottle zu 7,00 R., 5 Pfund,
4,00 R. franco. Garant. Rücknahme.
**E. Reil, Nordstr., Bahnhof
Auguststr., Eidenbg.**

Land
Bohle 2 R. Abzahlung,
540 qm 300 R. Ber-
post. Für mündlich.
Herrnstr., Dönnestr. 79.

Portieren
Specialität! (ca. 200 Genre)
Einzelne Garnituren spottbill.
Special-Katalog ca. 600 Illustr.
gratis u. franco.
Teppich-
Specialhaus **Emil Lefèvre,**
Oranienstrasse 158 **Berlin
S.**

BLUTARMEN. KRANKEN
ärztlich
empfohlen
p. Flasche
1.50 und
2 Mark.
FEURIG
SÜSSER
KRAFT-ROTHWEIN
Santa Lucia
steht unter ständiger Kontrolle des
Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.
Verfallene Pfänder!
Goldfaden wie Brillanten jeder Art,
gold. u. silb. Damen wie Herren-
Uhren, Ketten, Ringe, fauber u. schön,
spottbillig verf. Pfandleihe, Prinzen-
straße 28, I, Ecke Ritterstraße. 24672

**Wohlfahrts-
Geld-Lotterie.**
Hauptgewinne:
100 000 Mark
50 000 Mark
25 000 Mark
Ziehung 28. Sept. bis 2. Oktober.
Originallose a Mk. 3.50.
Porto und Liste 30 Pf.
J. Eisenhardt,
Neustrelitz.
Nur bestellte Lose, kein Ersatz,
werden versandt. [24/11]

**Wohlfahrts-
Geld-Lotterie.**
Hauptgewinne:
100 000 Mark
50 000 Mark
25 000 Mark
Ziehung 28. Sept. bis 2. Oktober.
Originallose a Mk. 3.50.
Porto und Liste 30 Pf.
J. Eisenhardt,
Neustrelitz.
Nur bestellte Lose, kein Ersatz,
werden versandt. [24/11]

Möbel
Wegen Räumung stehen neue und
gebrauchte Sachen zum billigen Ver-
kauf. Teilzahlung gestattet. Ganz be-
sonders zu empfehlen ist: Kleider-
schrank 23, Sofa mit Auszug 30,
Chaiselongue 17, Bettstelle mit
Matratze 19, Waschspind, Ver-
tiko 27, Tischgarnitur 90,
Plüschsofa 30, Säulentrumeau
geschliffen 50, Vanellosa 60,
Schreibtische 15 90. Gefasste
Möbel werden kostenfrei aufbewahrt.
Sich Laden, direkt Fabrik Oranien-
straße 58. Sonntag geöffnet. 24432

Boebel.
Achtung! 24762
Handwerkern, Arbeitern
empfehle noch zu alten billigen
Preisen trotz enormer Wollgarn-
Preissteigerung meine
Kammgarn-Sweater
Plattiert Kammgarn a 3,25 u. 3,50.
Reinwoll Kammgarn a 4,80 u. 5,30.
Doppelstarka do. a 5,80 u. 6,30.
Theodor Fricke
1. Geschäft: Oranienstr. 174.
2. Geschäft: Oranienstr. 198.
Müllerstr. 164
im Vorderhause eine Wohnung von
3 Zimmern, Balkon, Mädchen- und
Badezimmer nebst Zubehör, neu re-
noviert, sofort zu vermieten. 18918

**Kranken- und Sterbekasse aller
gewerblichen Arbeiter für Schöneberg
und Berlin. (E. H. No. 115).**
Den Mitgliedern zur Mittellang, dah
mit der Woche vom 4. Oktober 1903
unter 5. Statuten-Nachtrag in Kraft
tritt. (290/12) **Der Vorstand.**
Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-
arrangements, Bouquets, Guirlanden
usw. werden fein u. preiswert geliefert.

**Wohlfahrts-
Geld-Lotterie**
Ziehung:
28. Sept. — 2. Okt.
16 870 Geldgewinne bar
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
575 000
Hauptgewinn: Mark
100 000
50 000
25 000
etc. etc. etc.
Originallose a Mk. 3,30.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Max Lippold, Mainz,
Hauptkoll. d. Hess.-Thür. Staatslott.
Wiederverkäufer gesucht.

**Praktisch!
Wichtig für jeden Haushalt!**
Müllers Polsterwaren ohne Gurt, voll-
ständig staubfrei, können nicht stocken,
erübrigen das laure Aufpolstern. Nie-
mand sollte veräumen, sich von der
Zweckmäßigkeit, Reinlichkeit, Dauer-
haftigkeit und Billigkeit zu über-
zeugen. Volle Garantie. Besichtigung
ohne Kaufzwang. 20272
**Praktisch!
Wichtig für jeden Haushalt!**
Müllers Polsterwaren ohne Gurt, voll-
ständig staubfrei, können nicht stocken,
erübrigen das laure Aufpolstern. Nie-
mand sollte veräumen, sich von der
Zweckmäßigkeit, Reinlichkeit, Dauer-
haftigkeit und Billigkeit zu über-
zeugen. Volle Garantie. Besichtigung
ohne Kaufzwang. 20272
**Praktisch!
Wichtig für jeden Haushalt!**
Müllers Polsterwaren ohne Gurt, voll-
ständig staubfrei, können nicht stocken,
erübrigen das laure Aufpolstern. Nie-
mand sollte veräumen, sich von der
Zweckmäßigkeit, Reinlichkeit, Dauer-
haftigkeit und Billigkeit zu über-
zeugen. Volle Garantie. Besichtigung
ohne Kaufzwang. 20272

Kopfläuse
nebst Brut
vergilgt sofort „Schwapp“.
Unschädlich. In haben in Droger. Preis 1.
1/2 Rl. 50 Pf. u. 1. 1/2 Rl. 30 Pf. En gros.
R. Sauer, Berlin C. 2. Kaiser Wilhelmstr. 47.

**Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer
Berlins und Umgegend.**
Mittwoch, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Berichtserstattung vom 6. Kongress und der 13. Konferenz. 2. Diskussion. 3. Vereins-Angelegenheiten.
Ohne Mitgliedebuch kein Zutritt. 131/4
Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wegen erwartet zahlreiches Erscheinen. **Der Vorstand.**

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
A. Schulz, Reichenberger Strasse 5
empfiehlt Einrichtungen in Ruhbau und Mahagoni von 210 bis 5000 Mark zu äusserst billigen Preisen.
Streng reelle und
gewissenhafte Bedienung. 23242

**Socialdemokratischer Wahlverein
f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (SO.).**
Dienstag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, in „Züsch“,
Waldemarstr. 75:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen G. Davidsohn über: „Die Aufgaben des
preussischen Landtags“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Mittwoch, den 23. September 1903:
Branchen-Versammlung
d. Modell- u. Fabriktschler sowie Modelldrechsler
in Schmidt's Gesellschaftshaus, Gartenstr. 13.
Tages-Ordnung: 1. Wahl eines Obmanns. 2. Regelung der
Arbeitsvermittlung. 3. Verschiedenes. 87/14
Verband der Schneider u. Schneiderinnen.
Filiale Berlin.
Dienstag, den 22. September 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Moabit
im Lokale des Herrn Schössler, Stromstr. 28.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag über die Lohn- und Arbeits-Ver-
hältnisse im Stadteil Moabit unter besonderer Berücksichtigung der Praktiken
des Herrn Schössler, Stromstr. 28. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
In dieser Versammlung haben auch die Frauen der
Mitglieder und Gäste Zutritt. **Die Ortsverwaltung.** 163/8

Achtung! Achtung!
Kostüm-Schneider und -Schneiderinnen!
Mittwoch, den 23. September 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
im Lokale des Herrn Lorenz, Marienstr. 83. Hof pt.
Tages-Ordnung: 1. Die Situation in der Kostümbranche. Referent:
Kollege Ritter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 163/9
Die Kollegen und Kolleginnen dieser Branche werden ersucht, zahlreich
und pünktlich zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Central-Verband der Maurer.
Sektion der Gips- und Cement-Branche.
Mittwoch, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Jannaschk, Inselstr. 10:
Gruppenversammlung der Spanner.
Tages-Ordnung:
1. Die Wählende auf den Bauten. 142/10
Das Erscheinen aller Kollegen, auch der im Bauarbeiter-Verband
organisierten erwartet. **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Mittwoch, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, in den
„Arminius-Hallen“, Bremerstr. 72/73:
Bezirks-Versammlung für Moabit.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Die Entwicklung des Gottesgedankens“. Referent:
Herr Waldeck Ranasse. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Mittwoch, den 23. September 1903, abends 8 1/2 Uhr,
bei Kamke, Bülowstr. 59: 121/20
Konferenz der Vertrauensleute des Westens.
Zahlreichen Besuch erwartet. **Die Ortsverwaltung.**

Möbelpolierer.
Mittwoch, den 23. September, abends 8 Uhr, Frankfurterstr. 117:
Oeffentliche Versammlung
für alle in der Möbelpoliererei beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unrem Beruf, speziell in
den einzelnen Werkstätten. Referent: Kollege R. Weber. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes. 147/8
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen. **Der Einberufer.**

**Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer
Berlins und Umgegend.**
Mittwoch, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Berichtserstattung vom 6. Kongress und der 13. Konferenz. 2. Diskussion. 3. Vereins-Angelegenheiten.
Ohne Mitgliedebuch kein Zutritt. 131/4
Der Wichtigkeit der Tages-Ordnung wegen erwartet zahlreiches Erscheinen. **Der Vorstand.**

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
A. Schulz, Reichenberger Strasse 5
empfiehlt Einrichtungen in Ruhbau und Mahagoni von 210 bis 5000 Mark zu äusserst billigen Preisen.
Streng reelle und
gewissenhafte Bedienung. 23242

**Spree-Havel-
Dampfschiffahrt-Ges. „Stern“.**
Auf diesseitigen Wunsch heute und morgen nachmittags 2 Uhr
ab Dammhofsbrücke (Belvedere), 2 1/2 Uhr ab Schloßliches Thor (Hofbahn):
Billige Dampfer-Sonderfahrten nach Zwickbusch
(Berliner Schweiz). 269/32
Bei einsetzender Dunkelheit Sphaerischer und Alpengläser!
Preis für die Hin- und Rückfahrt nur 50 Pf., Kinder 25 Pf. Rückfahrt
8 Uhr abends.

„Hermann Schmidt's Volkskraft“
(eingetragene Schutzmarke).
Billiges Nahrungsmittel für Erwachsene und Kinder, besonders
für Magenschwache und Magenleidende ein Nahrungsmittel ersten
Ranges. Dasselbe ist äußerst kräftig, sehr leicht verdaulich, wohl-
schmeckend und billig. 26922
Vatet 250 Gramm Inhalt 30 Pf. Gebrauchsanweisung auf jedem Paket.
Verteiler und Wiederverkäufer an allen Plätzen gesucht.
Hermann Schmidt, Elmshorn in Holstein.

**Socialdemokrat. Wahlverein
Charlottenburg.**
Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß am Sonnabend
unser Genosse, der Brauer
Michel Kulcer
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Dienstagmorgens 1 1/2 Uhr, von
der Halle des neuen Kulzer-Kirch-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
250/18 **Der Vorstand.**

**Central-Verband
deutscher Brauerei-Arbeiter
Sektion Berlin I.**
Am 19. cr., mittags 11 1/2 Uhr,
starb nach schweren Leiden unser
Kollege
Michael Kulzer.
(Spanbauer Bergbrauer).
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 22. d. Mts., nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Kulzer-Kirchhofes in
Besten, Fürstenbrunnweg, aus
mit Fahne und Musik statt.
Um rege Beteiligung ersucht
1854b **Der Vorstand.**

Nach langer, schwerer Krankheit
verstarb in der Nacht zum Son-
abend unser innigstgeliebter Bruder,
Schwager und Onkel, der Schmiede-
gehilfe 1840b
Julius Hegener
im 28. Lebensjahre.
Dieses seinen Kollegen und
Freunden zur Nachricht.
Die Beerdigung findet am
Dienstagmorgens 1 1/2 Uhr von
der Halle des alten Lohmoss-Kirch-
hofes aus statt.
Berlin, den 21. September 1903.
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schraub-
dreher 131/8
Willy Bernard.
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

**Central-Verband der Maurer
Deutschlands.** Zweigverein
Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am 17. d. Mts. unser treues
und langjähriges Mitglied
Hermann Schulz
im Alter von 28 Jahren an Unter-
leibshypertrophie gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag in seinem Heimatort
Rechow statt. 144/8
Die Verhandlung.

Für die überaus vielen Beweise
herzlichster Teilnahme sowie für
die reichen Kranzspenden am
Grabe meines lieben Mannes,
des Metallarbeiters
Emil Müller
lage ich allen Freunden und Be-
kanten, insbesondere dem Vorterrit-
klub „Glücksberg“, sowie den Herren
Kollegen der Firma Reich, Jule-
wisch u. Co., denen der Firma Rog
Hoffe u. Co., den ehemaligen Kol-
legen der Allgemeinen Elektricitäts-
Gesellschaft, Adlerstraße, Canal 16,
sowie den Mitgliedern deutscher
Baugewerkschaften (Charlottenburg, Süd)
meinen herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Herr Anna Müller,
8455 Schillerstr. 37.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme an
meinem Scherzge und der Beerdigung
meines lieben Mannes und unfers
lieben Vaters sagen wir allen Freunden
und Bekanten, besonders dem social-
demokratischen Wahlverein und dem
Verein der Zimmerer, unsern innigen
Dank. 20873
Herr Ww. Ruben nebst Kindern.

Für die zahlreiche Beteiligung bei
der Beerdigung meines lieben Mannes,
unsern guten Vater, Brauer und
Schwager, sagen wir Allen, sowie
den Genossen des 6. Wahlkreises,
unsern herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe **Thom**
nebst Kindern und Verwandten.
Kranz- und Blumenbinderei
H. Rodewald,
von **Alexandrienerstrasse 1a.**
Kränze mit Widmungsschriften,
Arrangements zu Festlichkeiten, Bou-
quets, Tischgewänge jeder Art zu
preiswert. 17985

Dr. C. Jacoby,
Blumenstraße 69, wohnt jetzt 26/2
Alexanderstraße 31.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute, Dienstagabend, bei Obst, Reisingerstr. 8: Versammlung des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht: Berichterstattung von der Generalversammlung des Kreises und vom Parteitag in Dresden. Gäste — auch Frauen — haben Zutritt.

Röpenid. Heute, Dienstagabend 8 Uhr, hält der Wahlverein seine Vereinsversammlung im Kaiserhof ab. Genosse Dr. Alberty-Charlottenburg hält einen Vortrag über „Kunst und Proletariat“. Auch werden in dieser Versammlung die Delegierten zur nächsten Kreis-Generalversammlung und ein Wahlkomitee zur Landtagswahl gewählt.

Ober-Schöneweide. In der Wahlvereins-Versammlung am Mittwoch erstattet Genosse Schumann den Parteitag-Bericht. Der angekündigte Vortrag über die Landtagswahl wird an anderer Stelle der Tagesordnung erledigt werden.

Weißensee. Mittwochabend 8 1/2 Uhr ist im Jachowischen Lokal, Königshaussee 49, eine öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Bericht von der Kreisversammlung, Referent: Genosse R. Haad. Bericht vom Parteitag in Dresden. Referent: Genosse K. Well. Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vertrauensmann.

Jessen. Morgen, Mittwoch, den 23. d. M., abends 7 1/2 Uhr, ist die Monatsversammlung des hiesigen Wahlvereins bei C. Küster. Tagesordnung unter anderem: Bericht über die Generalversammlung des Kreises, Ergänzungswahlen zum Vorstand, wichtige Vereinsmitteilungen, eventuell Berichterstattung vom Parteitag in Dresden. Die Genossen wollen der Tagesordnung wegen recht zahlreich und vor allem recht pünktlich erscheinen, da es der Polizei beliebt hat, unsern Vereinslokal die Polizeistunde bis auf 10 Uhr zu beschränken.

Lokales.

Hermann Reiling †

Ueber den Schluß des sozialdemokratischen Parteitages hat ein trauriges Ereignis seine düsteren Schatten geworfen; einer der Delegierten des Reichstags-Wahlkreises Teltow-Charlottenburg, Genosse Reiling aus Schöneberg ist, wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, dort am Montagvormittag 11 Uhr 30 Minuten plötzlich am Schlaganfall gestorben.

Hermann Reiling kam früh in die politische und gewerkschaftliche Bewegung. Schon als Schlosserlehrling nahm er den regsten Anteil an den Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei. Bald nach Beendigung seiner Lehrjahre wurde er Mitglied des Diölkutterklubs „Westen“. Eine ziemlich zurückhaltende Natur, schloß er hauptsächlich Belehrung aus den Debatten der hier diskutierten Fragen. Durch die Vektüre von Broschüren und den Besuch von Versammlungen suchte er seinen politischen Gesichtskreis zu erweitern und seine größeren Freunde gab's für ihn, als wenn er seinen Mitcollegen und näheren Freunden seinen Standpunkt in dieser und jener Frage erläutern konnte. Befreit von einem seltenen Idealismus, stellte er sich voll und ganz in den Dienst der Partei. 1890 zog er nach Schöneberg. Und hier war es, wo er bis zum letzten Tage, ehe er nach Dresden ging, unermüdet für die Arbeiter tätig war. Wenige Genossen waren es, die vor ihm die 18 Jahre die politische Bewegung in Schöneberg hochhielten. Von diesen Wenigen wurde der Kampf mit der Bürgerlichkeit und insbesondere gegen die geradezu einzig dastehenden polizeilichen Verfolgungen des rühmlichst bekannten Amtsvorstehers Schmidt aufgenommen. In der rigorosesten Weise griff man in die vereinsgesetzlichen Rechte der Genossen ein, und wenn in den Beratungen derselben die Parteilosigkeit überhand nehmen wollte, so war es Hermann Reiling, der den Schweiger, der einen Ausweg fand. Und so ging es Tag für Tag, immer war er auf dem Posten. Trat er auch nie in die große Öffentlichkeit, so wußten die engeren Genossen, daß er der Hauptstütze aller der Maßnahmen war, die im Interesse der Partei getroffen wurden. Anfangs Gegner der Konsumbewegung, gehörte er später zu den Mitbegründern des Konsumvereins in Schöneberg. Als die Neugründung mit Schmitzerleit zu kämpfen hatte, da war er es, der seine gesicherte Stellung aufgab und über alle Kräfte seine Kraft für den Verein einsetzte. So ging es jahrelang. Nie war er nutzlos, nie müßig, nur immer vorwärts war seine Parole. So ging er auch nach Dresden, um dort als Delegierter seine Pflicht zu erfüllen. Heute wollte er seinen Genossen in Schöneberg ein Bild der Tätigkeit des Parteitages geben. Weiter sollte er im kommenden Herbst als Kandidat bei den Stadtverordneten-Wahlen seinen Mann stellen. Es ist anders gekommen! Die Schöneberger Frauen und Männer stehen trauernd an der Bahre dieses Proletariats, der ein guter Mensch, vielen ein wahrer Freund und ein von Pflichtbewußtsein und Begeisterung durchdrungener Genosse war, der sein Ganzes für die Befreiung des Volkes eingesetzt hat. Er hat nur ein Alter von 38 Jahren erreicht und läßt eine alte Mutter und seine treue Gattin zurück.

Das traurige Ereignis weckt die Erinnerung an einen gleichen Vorgang, der sich auf dem Parteitag in Halle a. S. am 17. Oktober 1890 zutrug. Dort starb ein Hamburger Delegierter, der Parteigenosse Baumgarten, während der Verhandlungen plötzlich am Schlaganfall. Die Leiche wurde nach Hamburg gebracht und die dortige Bevölkerung beteiligte sich außerordentlich zahlreich an der Beerdigung des allgemein geachteten Parteigenossen.

Wie uns gemeldet wird, trifft die Leiche unseres Genossen Reiling Mittwoch früh 7 Uhr in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof ein. Ueber die Bestattung werden wir morgen das Nähere bekannt geben.

Die städtische Kunstdeputation ist vielen unser Stadtbater ein Dorn im Auge, seitdem vor zehn Jahren beschlossen worden ist, derselben alljährlich 100 000 M. aus dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben mit der allerdings ganz außergewöhnlichen Vollmacht zur Verfügung zu stellen, daß sie über die Verwendung dieser Summe endgültig entscheiden darf. Es kann daher nicht wundernehmen, daß diese weitgehende Befugnis der Kunstdeputation bei sich bietenden Gelegenheiten angefeindet wird. Der Rechnungsausschuß der Stadtverordneten ist in seiner letzten Sitzung — laut Protokoll vom 8. d. Mts. — sogar so weit gegangen, das Recht der Kunstdeputation anzuzweifeln. Räume in städtischen Gebäuden ohne Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung künstlerisch auszustatten. Der Magistrat hat der Kunstdeputation in diesem Fall recht gegeben, der Rechnungsausschuß aber beharrt bei seiner Ansicht, daß die Kunstdeputation ihre Befugnisse überschreite; die Stadtverordneten-Versammlung könne „unmöglich“ die Absicht gehabt haben, der Deputation das Recht einzuräumen, geeignete Bauten selbständig zu ändern; die Kunstdeputation würde ja dadurch über die städtischen Gemeindebehörden gestellt werden! Das Protokoll schließt mit der Drohung: „Wir können daher in Zukunft ohne Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung erfolgte Ausgaben aus dem Kunstfonds für Ausstattung von Räumen in städtischen Gebäuden nicht für zulässig ansehen.“ — Auf die Ant-

wort des Magistrats darf man gespannt sein. Ueber den Bestand der Kunstdeputation sagt er selbst in seinem „Rothbuch“: „Die Aufgabe der Deputation besteht darin, die Stadt Berlin mit Werken der monumentalen Kunst, Bildnerei und Malerei auszustatten“. Die „Stadt Berlin“ ist ein sehr weiter Begriff und wenn die Deputation im Rahmen der 100 000 M. „entgültig entscheiden“ darf, so wird der Rechnungsausschuß mit seinem Protest schwerlich etwas ausrichten können.

Auf dem Berliner Gemeindefriedhof zu Friedrichsfelde wurden im Etatsjahre 1902/03 4512 Leichen beerdigt, um 215 weniger als im vorhergehenden Jahre. Vermindert haben sich indes nur diejenigen Beerdigungen, die auf Kosten der Stadtgemeinde erfolgen, die Armenbegräbnisse, von 4094 auf 3718, während die von privater Seite bezahlten Beerdigungen sich beträchtlich vermehrt haben. Die Verminderung der Armenbegräbnisse ist dadurch zu stande gekommen, daß hier vom vorletzten zum letzten Jahre die Zahl der Kinderleichen von 2172 auf 1700 zurückgegangen ist, wohl infolge der in Berlin eingetretenen allgemeinen Abnahme der Kindersterblichkeit. Die Beerdigungen erwachsener Armer haben sich weiter vermehrt, allerdings nur wenig, von 1922 auf 1963. Bedeutend ist die Zunahme bei den Beerdigungen bemittelter Personen, für die die Gebühren bezahlt werden. Sie vermehrten sich von 633 auf 709, im besonderen bei den Erwachsenen von 494 auf 600, während die Kinder hier in beiden Jahren mit 130 beteiligt waren. Die Zahl dieser Beerdigungen ist auf dem Berliner Gemeindefriedhofe in neuerer Zeit überhaupt stark im Wachsen. In den letzten fünf Jahren war sie 799, 633, 477, 810, 244; sie ist also in einem Jahrzehnt auf reichlich das Dreifache gestiegen. Unter den 63 547 Beerdigungen, die seit Eröffnung des Friedhofes dort erfolgten, sind jetzt bereits 4055, die von privater Seite bezahlt wurden.

Gegen die Giltigkeit der Stadtverordneten-Wahlen bezw. gegen die Richtigkeit der vom 15.—30. Juli d. J. ausgelegten Gemeinde-Wählerliste war, wie erinnerlich, von insgesamt 553 Personen Einspruch erhoben worden. Der zur Vorprüfung desselben eingesetzte Ausschuß hat nun auf Grund der angestellten Recherchen beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung zu empfehlen, daß die Proteste von 16 Antragstellern als verspätet zurückgewiesen, daß die Anträge von 232 Personen auf nachträgliche Aufnahme in die Wählerliste abgelehnt und die übrigen 305 Personen nachträglich in die Wählerliste aufgenommen oder an richtiger Stelle eingetragen werden. Die 232 Antragsteller, denen die Wahlberechtigung aberkannt werden soll, sind entweder Steuer-Reservanten, Nicht-Preußen, Armenunterstützungs-Empfänger, oder sie waren von der Steuer befreit, noch nicht ein Jahr lang in Berlin, Schlafburtschen etc.

Für die elektrischen Zugförderungs-Versuche hat der Minister der öffentlichen Arbeiten neuerdings wieder die höchsten Geschwindigkeiten bestimmt. Bezüglich der Vorortstrecke Nieder-Schöneweide-Oberspreewald-Spindlersfelde ist angeordnet worden, daß die Fahr-Geschwindigkeit bis auf 60 Kilometer pro Stunde erhöht werden darf. Die hier durch die Union Electricitäts-Gesellschaft angestellten Versuchsfahrten bezwecken bekanntlich nur für die elektrische Zugförderung der Berliner Stadt- und Vorort-Bahnstrecken die nötigen Unterlagen zu gewinnen, und auf diesen wird gegenwärtig nur mit einer Durchschnitts-Geschwindigkeit von 30 bis 35 Kilometer pro Stunde gefahren. Verläufig verkelt auf der genannten Strecke nur der Motorwagen der „Union“, da die Weiwagen, welche zu einem Zuge zusammengestellt werden sollen, noch nicht umgebaut worden sind. Was die Militär-Bahnstrecke anbetrifft, so hat der Minister genehmigt, daß die Schnellmotoren der Studiengesellschaft zwischen den Stationen Mahlow und Jossen nunmehr mit einer Geschwindigkeit bis zu 170 Kilometer pro Stunde fahren dürfen; auf der Strecke Marienfelde-Mahlow darf die Fahr-Geschwindigkeit einstweilen nur bis 140 Kilometer gesteigert werden, bis die Außenweiche der letztgenannten Station ebenfalls mit Zwangsschienen ausgerüstet ist. Sobald dies nachgeholt sein wird, darf die ganze Strecke Marienfelde-Jossen mit einer Geschwindigkeit von 170 Kilometer durchfahren werden. Dann erfolgt wieder eine Beschleunigung der Strecke und der Wagen durch die eisenbahntechnische Aufsichtsbehörde und eventuell eine weitere Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit. Von den Teilnehmern an diesen Schnellfahrten wird berichtet, daß es sich bei 170 Kilometer Geschwindigkeit in dem neuerbauten Siemens-Wagen besser und ruhiger fahre, als in modernen D-Zug-Wagen, und daß unangenehme, durch die hohe Fahr-Geschwindigkeit erzeugte Begleiterscheinungen sich in keiner Weise geltend machen. Freilich ist die Versuchsstrecke ziemlich gradlinig; sie hat nur zwei Kurven, diese besitzen aber einen großen Radius.

Die Stadt Berlin hat bekanntlich mit immer größeren Schwierigkeiten bei der notwendigen Ausdehnung ihres Riesellandes zu kämpfen. Die Erweiterung der städtischen Kanalisation macht die Erwerbung neuer Rieselfelder erforderlich, wobei die Vororte der Stadt alle möglichen Hindernisse in den Weg legen. Entweder sie weigern sich überhaupt, Berlin Terrain zu überlassen, sei es auch nur zur Durchlegung der Kanalisationsrohre, oder sie verlangen für die betreffende Erlaubnis unangemessen hohe Entschädigungen. Infolgedessen sah sich die Kanalisationsverwaltung gezwungen, zur Erweiterung ihres Rieselgebietes immer mehr ins Land zu gehen. Unter anderem hatte die Kanalisationsverwaltung auch mit dem Hauptorte des Niederbarnimer Kreises, der Stadt Bernau, Unterhandlungen angeknüpft wegen Ueberlassung zweier Terrains der sogenannten Vorderfelde und der Schmeddower Kammereichen zu Rieselgewässern. Die Bernauer Stadtverordneten-Versammlung hat sich jedoch in ihrer letzten Sitzung entschieden gegen das Projekt ausgesprochen und beschlossen, unter keinen Umständen die genannten städtischen Gelände zu verlaufen.

Im Besinden des Stadtverordneten-Vorsichters Dr. Langerhand war am Sonntag eine besorgniserregende Wendung eingetreten. Dem greisen Patienten verursachte sein altes Nierenleiden arge Schmerzen, die durch Einspritzungen von Morphium gelindert wurden. Drei Ärzte waren um den Kranken bemüht. Heute ist eine erfreuliche Besserung eingetreten.

Dreizehn Magistratsräte. Im „Gemeindeblatt“ wird jetzt die Ernennung der 13 Magistrats-Assessoren zu „Magistratsräten“ amtlich publiziert. Es sind die Herren: v. Schulz, Albradt, Dr. Leo, Dr. Meyer I, Dr. Puls, Dr. Krensch, Lohmeyer, Dr. Schalkorn, Tschow, Dr. Ledermann, Dr. Brasch, Hamburger und Dietert. Assessor Hellwig, dem der Magistrats-Berichterstatter ebenfalls den Ratstitel verliehen hatte, fehlt natürlich in der Liste, denn der Herr ist seit mehreren Monaten schon kaiserlicher Regierungsrat.

Der Kurfürstliche Kardentötter verhaftet die ihm zudiktierte dreijährige Gefängnisstrafe im Gefängnis zu Altona, wohin er nach seiner Ergreifung und Auslieferung gebracht worden war. Die Gefängnisleitung sagt ihm aber so wenig zu, daß er allen Ernstes die Wiederaufnahme des Verfahrens betreibt. Er hat dem Rechtsanwalt Hugo Caro, der seine Verteidigung führte, sehr umfangreiches schriftliches Material zugestellt, durch welches er beweisen will, daß er zu Unrecht verurteilt worden sei. Inwiefern dieses Material ausreicht, um einen Antrag auf Wiederaufnahme zu begründen, wird sich erst nach eingehender Prüfung ergeben. — Die Kosten des Prozesses sollen übrigens annähernd 20 000 M. betragen haben, über deren Beitreibung vom Angeklagten der Fiskus einige Sorgen haben dürfte.

Wer ist der Knabe? In Friedrichsberg hat sich ein Junge von etwa 4 bis 5 Jahren angefundet, der sich Walter Anno nennt und angibt, daß seine Eltern in der Andreasstraße wohnen. Hier hat man aber irgend jemand dieses Namens nicht ermitteln können. Der Knabe befindet sich daher einseitig noch bei der Polizei in Friedrichsberg. Er trägt einen weißen Blusenanzug, eine blaue Matrosenmütze, schwarze Strümpfe und schwarze Schuhschuhe.

Ein Spezialist im Taschendiebstahl ist in der Person eines gewissen Max Pfeffer aus Uckermark festgenommen worden. Pfeffer betrieb den Taschendiebstahl gewerbmäßig. Da er schon mehrfach bestraft und daher den Kriminalpatrouillen bekannt ist, so mußte er sich ein Feld aussuchen, wosin diese nicht so häufig kommen. Mit verteil er auf den Gedanken, Stadtbahnreisender zu werden. So einer Monatskarte versehen, benutzte er stets die letzten Züge, in denen immer einige Fahrgäste einschlafen. An die machte er sich dann heran und sobald er ihnen mit der größten Vorsicht die Taschen geleert hatte, verließ er auf der nächsten Station den Zug und verschwand. In der Nacht zum Sonntag aber hatte er Pech. In einem Zuge, der vom Grunewald kam, hatte er einem eingeschlaferten Herrn das Portemonnaie mit 33 M. aus der Tasche herausgeschmissen. Als er auf dem Bahnhof Alexanderplatz schon den Thürgriff in der Hand hatte, um auszu steigen, erwachte sein Opfer, sah den Schnitt in der Tasche, merkte den Diebstahl und nahm unwillkürlich den Mann an der Thür als den mutmaßlichen Thäter am Stragen. Er hatte den Nichtigsten gefaßt. Pfeffer warf zwar auf dem Wege zum Bahnhofsdorchester das Portemonnaie weg, um unverdächtig zu erscheinen, da man das aber sah, so half kein Leugnen mehr, zumal da ja sein Vorleben der Kriminalpolizei bekannt war.

Ein Gattenmord? Am 8. d. M. wurde in der Gemarkung Dallgow, in der Nähe des Döberitzer Barackenlagers, die Leiche einer unbekannten Frau an einem Haselnußstrauch hängend aufgefunden. Der Kreisphysikus nahm nach Lage der Sache auf Grund einer Besichtigung der Leiche an, daß Selbstmord vorliege, und die Leiche wurde am 10. d. M. in Dallgow beerdigt. Bald darauf erschien bei der hiesigen Kriminalpolizei die Frau des Telegraphenarbeiters Thomas geb. Mehlhorn zu Gehlendorf und erklärte, daß die in Dallgow als Leiche aufgefunden Frau ihre Schwester Meta, die Ehefrau des früheren Barbiers und späteren Photographen Hugo Walter sei. Frau Thomas äußerte dabei gleich den Verdacht, daß ihre Schwester nicht Selbstmord begangen habe, sondern einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Die Umstände, auf die sie den Verdacht gründete, waren allerdings schwerwiegend genug. Die Leiche der Frau war in halbsteifer Stellung gefunden worden. Die Schlinge, mit der sie sich erhängt haben sollte, lag nicht fest um den Hals, sondern nach Art eines Sturmbandes vom Kinn aus um den Kopf. Das andre Ende war nur mit einer Schleife an einem kaum fingerdicken Zweig eines Haselnußstrauches etwa einen halben Meter vom Stamm entfernt befestigt. Ein Raubmord war ausgeschlossen, da alle Wertgegenstände bei der Leiche gefunden wurden. Der Verdacht lenkte sich nun auf den Ehemann Walter, der seit drei Jahren von seiner Frau getrennt in Gendringen in Holland lebt. Die polizeilichen Ermittlungen stellten fest, daß Frau Walter am 6. d. M. einen Brief ohne Unterschrift erhielt, durch den sie als Verkäuferin nach einem Vorort engagiert werden sollte, und zu einer Zusammenkunft aufgefordert wurde. Sie folgte dieser Aufforderung, fuhr mit dem Herrn nach Dallgow und wurde am 7. d. M. mit diesem in mehreren Wirtschaften gesehen. Nach herbeigeschafften Photographien wurde in dem fremden Herrn der Mann der Ermordeten festgestellt, der sich inzwischen nach Gendringen zurückbegeben hatte, wo er in einer Molkerei angestellt ist. Als Beweggrund für den Mord, der wahrscheinlich durch Gift bewirkt wurde, ist die Weigerung der Frau Walter anzunehmen, sich auf eine Scheidung einzulassen. Auf telegraphisches Ersuchen der hiesigen Polizei ist Walter in Gendringen verhaftet worden und wird nach Erledigung der Formalitäten hierher ausgeliefert werden.

Um sich die Feuerwehrrabatte von 3 M. zu verdienen, hat am Sonntagmittag der wohnungslose Klavierspieler Eugen Schmidt, der am 18. September 1872 zu Berlin geboren und mehrfach vorbestraft ist, das Haus Gerichtsstraße 61 angezündet. Ueber diese Brandstiftung wird uns berichtet: Am 11 Uhr meldete der Klavierspieler Schmidt Feuer in der Gerichtsstraße 61 und ließ sich darüber einen Schein geben. Als der 10. Dampfprisenzug aus der Rankstraße an der nahen, unmittelbar an der Ringbahn gelegenen Brandstelle ankam, stand dort ein Geschäftskeller in Flammen. Große Rauchwolken hüllten den Keller und die nächste Umgebung ein. Frauen und Kinder schrien im Hause um Hilfe, Männer liefen näher und suchten zu retten, was zu retten war. Brandmeister Dannehl ordnete sofort die Durchsuchung des Hauses an. Diese war mit den größten Schwierigkeiten verknüpft, die Treppen waren angefüllt mit heisenden Qualm. Unter Benutzung von Giersbergischen Rettungsapparaten, Rauchhelmen und Feuerhaken gelang es endlich einzudringen. Drei Frauen, die sich in das oberste Stockwerk geflüchtet hatten, konnten von der Rettungsmannschaft über die Treppen in Sicherheit gebracht werden. Sie waren schon vollständig erschöpft. Da sofort die Ansicht geäußert wurde, daß vorläufige Brandstiftung vorliegen müsse, so wurde der verdächtige Schmidt von der Polizei festgenommen und nach dem 91. Polizeirevier in der Papestrasse gebracht, wo er die Brandstiftung eingestand. Das Feuer, das in leicht brennbaren und reichen Vorräten im Keller schnell Nahrung gefunden hatte, machte der Feuerwehre fundenlang viel zu schaffen. Das Zwischengebälde des Kellers, der Fußboden, Türen u. a. sind vernichtet.

Im Dienste tödlich verunglückt ist der 31 Jahre alte Güterboden-Arbeiter Otto Kohrad aus der Scharnhorststr. 16. Kohrad hatte am Sonnabendnachmittag schwere Eisenstangen abzuladen. Dabei stand er unten, während sich zwei Arbeiter oben auf dem Wagen befanden. Nun rutschten drei Stangen herab, trafen ihn an der Brust, so daß er hinfiel und zerquetschten ihm den Brustkasten. Der Verunglückte starb schon auf dem Wege nach dem Augusta-Hospital in der Drosdte. Seine Leiche wurde beschlagnahmt. Er hinterläßt seine Frau mit drei Kindern im Alter von fünf, drei und zwei Jahren.

Der Holzarbeiter-Verein feierte am Sonnabend in Kellers Festhallen sein erstes Stiftungsfest. Der langjährige Bevollmächtigte des Verbandes, Stadtverordneter Th. Glöde, hielt die Festrede und wies in schlichten Worten auf das Wesen der Gewerkschaftsorganisation hin. Ramentlich den anwesenden Frauen setzte er die Bedeutung des Verbandes auseinander und schloß mit der Rührung an die Mitglieder, auch ferner dem Verbands treu zu bleiben. Ein Konzert mit auserlesenen Programmen bildete den weiteren Inhalt der Feier. Auch hier zeigt sich wieder, wie in der organisierten Arbeiterklasse allmählich der Aufschwung sich entwickelt hat; die meisten dieser Festlichkeiten bringen ein Programm, das sich nach Inhalt und Ausführung in Ehren sehen lassen kann. Bis zum nächsten Morgen hielt dann ein Tanzkränzchen die Anwesenden beisammen.

Radsport. Aus Leipzig wird vom Sonntag berichtet: Bei der heutigen Radwettfahrt um die Europa-Weisheit über 100 Kilometer wurde Kohl in 1 Stunde 24 Minuten 23 1/2 Sekunden Erster; Dausla in 1 Stunde 24 Minuten 53 Sekunden Zweiter. Didenmann in 1 Stunde 27 Minuten 23 1/2 Sekunden Dritter und Contenet in 1 Stunde 28 Minuten 17 1/2 Sekunden Viertes. Salzmann wurde Letzter.

Im Sportpark Friedenau hat gestern der Dauerfahrer Edmund Andemars, der vor kurzem in Kopenhagen die Weltmeisterschaft über 100 Kilometer für Amateure davongetragen hatte, den Weltrekord über eine Stunde für Amateure, der bis jetzt 65,410 Kilometer betrug, erheblich verbessert. Er brachte es auf 69,770 Kilometer.

Im Metropol-Theater war am Sonnabend die 250. Aufführung der Revue „Neuestes, Allerneuestes“. Der Titel des Stückes will nicht mehr recht auf den Inhalt passen, denn unsere Zeit lebt gar zu schnell. Komische Helden wie Graf Pückler und tragische wie die Durengenerale leiden gleichermaßen unter diesem Uebel und werden nur noch ein historisches Interesse. Doch was wollen diese Ausstellungen befragen gegenüber der Thatsache, daß das Stück trotz seines Alters immer noch das Publikum in Massen heranzieht, daß der Himmel, in dem die Ereignisse des drohenden Dramas ihren Anfang nehmen, förmlich mit Glücksternen besät ist? So war denn auch die Jubiläumsvorstellung eitel Wonne und alle Mitwirkenden waren in bester Laune. Vielleicht giebt es noch eine 300. Aufführung des „Allerneuesten“!

Aus den Nachbarorten.

Für Charitatenburger Schulen findet das 15. Jugend-Konzert am Sonnabend, den 26. d. M., nachmittags 3 Uhr, und das 16. am selben Tage 5 1/2 Uhr in dem großen Konzertsaal der neuen Königl. Hochschule für Musik statt. Der Zutritt ist aber auch den Schülern aus Berlin und den Vororten gestattet. Im ersten Konzert sind die Mitwirkenden: Violin-Virtuosin Ebba Hjertstedt, Konzertfängerin Eva Pliakowska, Vortragssolisten Otto Wiemer; Begleitung: Fräulein Marg. Lamm und Dina J. Korteweg. Im zweiten Konzert wirken mit: Konzertfängerin Hedwig Kaufmann, Hoftheater-Regisseur Johannes Cotta, Kammermusiker Rühl; Begleitung: Fräulein Dina J. Korteweg. — Die Idee der Jugend-Konzerte zieht immer weitere Kreise: einerseits bieten Künstler und Künstlerinnen aus allen Teilen Deutschlands und Oesterreichs ihre Mitwirkung an, andererseits führen verschiedene Städte diese Veranstaltungen in den Rahmen ihrer Bildungsmittel ein. So z. B. haben die Kölner Stadtverordneten den dortigen Lehrer- und Lehrkräften-Gesangsverein für den 4. Oktober den großen Gürzenich zu einem Jugend-Konzert bewilligt. Auch Götting, Wiesbaden, Prag haben sich von Berlin aus das Erhaltungsmaterial für solche Konzerte zuwenden lassen.

Neu-Weiskensee. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurden die Arbeiten zur Regulierung der Bürgersteige in der Gustav Adolf-Strasse dem Mindestbietenden, Steinlegemeister Radtke zum Preise von 12 275 M. übergeben; der Höchstbietende war der Steinlegemeister Kollrepp mit 16 633 M. Ebenso verhielt es sich mit den Pflasterarbeiten der Viktorienstrasse von der Alster bis zur Parkstrasse. Der Mindestbietende war Ernott mit 6004 M., der Höchstbietende Heinrich mit 8228 M. — Endlich sollen nun auch unsere alten Anschlag-Säulen verschwinden, denn es wurde beschlossen, vorläufig — eine Probefläche besserer Gestalt aufzustellen; nach und nach werden dann die alten durch neue ersetzt. — Ein Antrag des Vereins der Grundbesitzer auf Erhöhung der Hundesteuer von 12 auf 15 M. sowie Einführung des Maulkorbzwangs wurde abgelehnt, da ein Mehr an Steuern nicht zu erzielen ist, jedoch soll der Tierfängerverein mehr als bisher auf markenlose Hunde jähden. Bei der Ergänzungswahl eines Arbeitnehmers für das Kuratorium der Fortbildungsschule wurde der Metallarbeiter Max Schmied für den nach Berlin verzogenen Zimmerer Hermann Klotz gewählt. — Es müßten wiederum 19 008,86 M. nicht einzutreibende Armenkosten niedergeschlagen werden. — Die Dienststunden für die Amts- und Gemeindeverwaltung werden vom 1. Oktober d. J. an auf die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags verlegt, während dieselben bis dahin von 8—6 Uhr bestanden.

Ober-Schönweide. Nachdem unser Ort die Einwohnerzahl von 10 000 erreicht hat, kann endlich das Bedürfnis nach einer Apotheke befriedigt werden. Eine solche wird hier am 1. Oktober eröffnet.

Gerichts-Zeitung.

Der Polizeistaat wie er lebt und lebt.

Wie man zu einer Anklage kommen kann, zeigte folgender gestern vor dem Schöffengericht verhandelter Fall, in welchem der Schankwirt Lippe wegen Verleumdung eines Schuhmanns angeklagt war. Der letztere hatte eines Nachts Einlaß in das bereits geschlossene Schanklokal des Angeklagten energisch begehrt und auch erhalten, um festzustellen, ob nicht über die Polizeistunde hinaus noch Gäste in dem Lokal weilten. Er begnügte sich nicht mit der Versicherung des Angeklagten, daß keine Gäste mehr anwesend seien, sprach vielmehr die Vermutung aus, daß solche vielleicht in aller Eile in die Privaträume des Angeklagten abgeschoben sein könnten. Er drang deshalb auch in die Privaträume ein und öffnete u. a. auch die zum Schlafräume des Dienstmädchens führende Thür, so daß das Mädchen aus dem Schlafe aufgeschreckt wurde und dem Schuhmann im bloßen Hemde gegenüber stand. Der Angeklagte, der über dieses Verhalten des Schuhmanns entsetzt war, wandte sich mit einer Beschwerde an das Polizeipräsidium. Es fand eine eingehende Untersuchung des Falles statt, auf Grund deren der zuständige Polizeileutnant anerkannte, daß der Beamte insofern gehandelt und seine Befugnisse überschritten habe. Das Polizeipräsidium hat dem auch dem Schuhmann eine Klage erteilt. Ehe der Angeklagte den hierauf bezüglichen amtlichen Bescheid erhalten hatte, erschien derselbe Schuhmann eines Morgens 3 1/2 Uhr wiederum in dem Lokal, um abermals eine etwaige Ueberschreitung der Polizeistunde festzustellen. Nach dem Vorgefallenen wurde der Angeklagte durch den wiederholten unerbetenen Besuch des Schuhmannes sehr erregt und machte diesen darauf aufmerksam, daß er ihn schon einmal wegen „gewaltigen Einbruchs“ im Wege der Beschwerde zur Anzeige gebracht habe. Diese kleine Entgleisung in der Ausdrucksweise zog ihm die Anklage wegen Verleumdung zu, die der Staatsanwalt mit 10 M. Geldstrafe geahndet wissen wollte.

Der Verteidiger führte dagegen aus, daß der Angeklagte, der kein redegewandter Mann sei, sich offenbar nur im Ausbruch vergriffen und nur von „gewaltigen Einbrüchen“ habe sprechen wollen. Nehme der Gerichtshof dies aber nicht an, so stehe dem Angeklagten zur Seite, daß er mindestens in putativer Notwehr gehandelt habe, denn er habe verhindern wollen, daß nochmals in früher Morgenstunden bei ihm eingedrungen werde. — Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung, da dem Angeklagten die beleidigende Absicht nicht nachgewiesen sei.

Mit dem Tropenkolle belästigt scheint der Schlichter Max Schmidhaber zu sein, der gestern wegen eines Rohheitsvergehens vor der 7. Strafkammer des Landgericht I stand. Der Angeklagte ist ein ehemaliger Chinakrieger und kürzlich wegen Körperverletzung unter Gebrauch eines Messers, mit dem er sich allerdings nur selbst verletzt hat, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Neuerdings stand ein ähnlicher Fall zur Anklage. Der Angeklagte behauptete, daß sein Aufenthalt in China ihn geistig ruiniert habe. Er habe drüben vier Monate infolge Sonnenstichs schwer krank darnieder gelegen und leide noch immer unter den Folgen des Tropenkolles dergestalt, daß er bei der geringsten Erregung kranke Anfälle bekomme, bei denen er nicht Herr seiner Verstandeskräfte sei. Rechtsanwalt Morris behauptete, daß der Angeklagte in solchem Zustande für seine Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden könne und berief sich auf das Gutachten des Gefängnisarztes Dr. Schulz. Dieser befandete, daß er allerdings zwei schwere Anfälle dieser Art bei dem Angeklagten beobachtet habe und beantragte, den letzteren zur Beobachtung seines Geisteszustandes auf sechs Wochen der Charité zu überweisen, da es nur auf diese Weise möglich sei, festzustellen, ob der Angeklagte in jedem Falle, in welchem er infolge Erregung von dem sogenannten Tropenkolle befallen wird, als unzurechnungsfähig zu gelten hat. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage und beschloß ferner, auch die über den Zustand des Angeklagten in China sprechenden Militärakten einzufordern.

Die tödliche Mißhandlung des Schülers Koch, eines Sohnes des Direktors der Deutschen Bank in Berlin, gelangt nunmehr in der heute begonnenen Oberbayerischen Schwurgerichtsperiode vor dem Landgericht in Vahrenw. zur Aburteilung. Der Körperverletzung mit Todesfolge (§ 229 R.-St.-G.) angeklagt ist der frühere Kandidat der Rechte und Privatlehrer Andreas Dippold aus Drosendorf bei Holsfeld in Bayern. Er wird beschuldigt, den seiner Obhut anvertrauten 15-jährigen Heinrich Koch systematisch derart mißhandelt zu haben, daß der Jernste am 10. März an den Folgen dieser Mißhandlungen gestorben ist. Die Obduktion der Leiche soll diese Annahme in vollem Umfang bestätigt haben. Der Angeklagte war auf Antrag der Verteidigung im Juli zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Kreis-Irrenanstalt in Vahrenw. überwiesen worden; nach dem Gutachten der Anstaltsärzte hat sich jedoch bei ihm eine Geistesstörung nicht feststellen lassen. Die Verhandlung, die den Schluß der Schwurgerichtsperiode bildet, ist auf den 6. Oktober anberaumt, es sind mehrere Tage für dieselbe in Aussicht genommen.

Wegen umfangreicher Wechselfälschungen, Urkundenfälschungen und Unterschlagungen ist der 52 Jahre alte Kaufmann Rudolf Spiezerle in Magden im Kreise Pommern-Volgast von der Strafkammer in Potsdam am Sonnabend zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Kaufmännische Kranken- und Sterbefälle von 1885 (F. S. 71) SO. 16, Reanderstr. 4, Dienstag, 22. September cr., abends 9 Uhr, im Restaurant Friedrich, Alte Jakobstr. 89; Sitzung.

Vermischtes.

Die Sängerin Eugenie Fougère, die den Berlinern von ihrem Auftreten im Apollo-Theater und im Wintergarten des erinnerlich sein wird, ist in der Nacht zu gestern in Alg les Bains ermorde worden. Unbekannte Verbrecher drangen in ihre Wohnung, töteten die Sängerin und ihr Kammermädchen und raubten dann Wertpapiere und Juwelen im Werte von 300 000 Fr. Eine Gesellschaftsdame, die von den Mördern schwer verwundet wurde, ist vor Schred wahnsinnig geworden.

Die Ermordete ragte unter der großen Schar der Variétés-Sängerinnen durch ein ungewöhnliches Talent hervor. Wenn auch ihre Stimme keineswegs schön zu nennen war, so wußte die Künstlerin doch durch ihre Lebermut, ihre genialen Frechheiten das Publikum zu elektrisieren. Die Art, wie sie ihre Gleichgültigkeit, so die Diers, parodierte, verfehlte nie ihre Wirkung.

Der Luftschiffer Spektoral, welcher Sonnabend nachmittags von Jermant aus mit zwei Begleitern, Baron Bernete und Seiler, den Aufstieg unternahm, beschloß die Berner Alpen zu überschreiten, ging jedoch schließlich in anderer Richtung über die Alpen und landete Sonntag nach 20stündiger Fahrt glücklich in Vignasco im Kanton Tessin. Der Ballon wurde gestern früh von Mailand aus in der Richtung nach Bergamo zu gesehen.

Ueber eine unfreiwillige Ballonsahrt berichtet die Münchener „Allgem. Zeitung“ aus Neuburg a. D., 18. September: Gestern mittags 11 1/2 Uhr landete in der Nähe von Ergertshausen ein in Jugoslawien vormittags 10 1/2 Uhr entworfener Fesselballon, welcher bei dem Festungsmandat zu Beobachtungszwecken 400 Meter hoch aufgelassen worden war. In der Gondel befand sich Oberleutnant v. Haas des 18. Infanterie-Regiments, nach dessen Angaben der Ballon eine Höhe von 4000—4500 Meter erreicht hat. In den oberen Luftschichten war es so heiß, daß der Luftschiffer seinen Ueberrock ablegen mußte. Vom Ballon herab hing ein 400 Meter langes Seil sowie Telephondraht. Die Landung erfolgte mit Hilfe von Einwohnern von Rohrenfels und Ergertshausen. Oberleutnant v. Haas meldete telegraphisch seine glückliche Landung nach Ingolstadt. Mit Führerwerk wurde der Ballon, der einen Wert von 12 000 M. haben soll, nach Neuburg gebracht und ging von dort abends mit der Bahn nach Ingolstadt ab.

Zwei starke Erderschütterungen wurden, wie aus Stockholm berichtet wird, in Steninge, Rotala und Wadstena in Destergoetland gestern nachmittags 6 Uhr verspürt.

Wieder ein Unfall an der Schiffsahrt! Wie berichtet wird, ist in Neval die Schleifenfahrerin Diavola, die im dortigen

Aquariumgarten auftrat, verunglückt. Sie stieß, während sie kopf-abwärts durch die Salzeife fauste, so heftig an das Brettergerüst, daß ihr die ganze Kopfhaut abgerissen wurde. Nach 24 Stunden starb sie.

Werkwürdige Berichtigung. Im „Dredowit“ ist der Breslauer „Volkswacht“ zufolge folgendes zu lesen: Der Redakteur des „Pielgrzim“ in Belpsin, Farrer Kelle, sandte der „Gazeta Grudziadzka“ in Graudenz folgende „Berichtigung“ zu. Sie lautet: 1. Ich habe niemals „pilante Couplets“ gelungen. 2. Niemals habe ich „Requisten“ zu irgend welchen Theateraufführungen mit mir geführt. 3. Ein „alter, zerklüfteter Cylinder“ hat niemals auf meinem Kopfe geruht. 4. Einen gewendeten Ueberzieher hatte ich nie an. 5. Einen „ausgeangenen Schirm“ trug ich nie. 6. Ein Taschentuch, wie es manche Damen (Pompadourtaschentücher) tragen, hatte ich nie im Gebrauch.

Eine Feuerbrunst brach gestern im Probiantamt in Rosen aus. Durch Selbstentzündung geriet ein großer Heuschaber in Brand, es gelang aber, das Feuer auf den Heuschaber und einen Schuppen zu beschränken. Der Materialschaden ist nicht bedeutend.

Zusammenbruch einer kanadischen Weltfirma. Der Londoner „Daily Express“ meldet aus Montreal den Zusammenbruch der Firma Clerque, die zahlreiche Spinnereien in Bezirken von Ontario besitzt und ungefähr 3000 Arbeiter beschäftigt. Das durch den Zusammenbruch verschlungene Kapital beziffert sich auf acht Millionen Pfund Sterling. Es ist dies der größte Zusammenbruch, den Kanada je erlebt hat.

Robespierre und Franklin. Die Universitätsbibliothek von Pennsylvania hat an fünfhundert Manuskripte erworben, die aus dem Nachlaß Benjamin Franklins stammen und großen historischen Wert haben. Unter ihnen befindet sich ein Originalbrief Maximilian Robespierres. Der Brief war 1783 in Arras, dem Geburtsorte Robespierres, geschrieben, wo Robespierre damals Advokat war. In diesem Briefe teilt er Franklin mit, daß er ihm die Abschrift eines Hochschalles überreicht, in dem er vor dem Räte von Artois die Anwendung von Franklins Erfindung — des Blitzableiters — verbot. Es war nämlich von anderer Seite ein Urteil erwirkt gewesen, welches die Anwendung des Blitzableiters verbot, und Robespierre hat das Verbot, durch seine Verteidigungsrede seinen Mitbürgern die Ruhandlung dieser epochemachenden Erfindung ermöglicht zu haben.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 51. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Großbetrieb in der Schuhindustrie. Von Dionis Jinner. — Anthropologie und Marxismus. Von Dr. Ludwig Bollmann. — Entgegnung. Von Heinrich Canan. — Die Frau beim Theater. Von Nina Carnegie Nordon. — Der Vulkanismus in neuer Geltung. Von Kurt Grottel. — Goethes Jugendjahre. Von Max Grunwald. — Literarische Rundschau: Das neueste Jahrbuch des Wissenschaftlich-humanitären Komitees* zu Berlin. Von Ernst Krenske. Dr. Adalbert Wahl, Studien zur Vorgeschichte der französischen Revolution. Von Ludwig Quessel. Professor Dr. G. Hirschberg, Arbeitslosenversicherung und Armenpflege. — Notizen: Der Kongreß der finnischen Sozialdemokratie. Weltpostverleger. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kopierorte zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag), ist uns soeben die Nr. 30 des 13. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Erhebungen über die Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen in Preußen im Jahre 1902. I. Von M. Gr. — Von der Frauenarbeit im Königreich Sachsen. Von R. A. — Aus der Bewegung. — Heußelton: Roma, das Händchen des Taufstammes. Erzählung von J. S. Turgenjew. Aus dem Russischen überseht von U. K. Pauli (Hortling). — Notizen: Ernahmen und Ausgaben einer Berliner Arbeiterfamilie. Von W. Nerke, Berlin. — Der Kampf der Textilarbeiterinnen von Genua mit den weiblichen Fabrikinspektoren. — Soziale Bewegung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Verchiedenes. — Weberleid. Gedicht von Luise Otto.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1903 unter Nr. 3189) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf., unter Kreuzband 38 Pf.

Marktpreise von Berlin am 19. September 1903

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Str.	15,90	15,86	Kartoffeln, neue D.-Str.	7,00	4,00
„ mittel	15,82	15,78	Rindfleisch, Steuer 1 kg	1,80	1,30
„ gering	15,74	15,70	„ do. Band	1,50	1,10
*Roggen, gut	12,90	12,88	Schweinefleisch	1,60	1,30
„ mittel	12,82	12,84	Rohfleisch	1,80	1,30
„ gering	12,82	12,80	Hammelfleisch	1,80	1,30
†Gerste, gut	14,50	13,50	Butter	2,00	2,00
„ mittel	13,40	12,40	Eier	60 Stück	4,00
„ gering	12,30	11,30	Karpfen	1 kg	2,40
†Hafer, gut	16,00	14,90	Hale		2,60
„ mittel	14,50	13,70	Jander		3,00
„ gering	13,60	12,60	Sehite		2,40
Nichtstroh	4,00	3,66	Bratje		1,80
Heu	7,00	4,60	Schleie		3,00
Erbsen	40,00	25,00	Wiele		1,40
Speisebohnen	50,00	25,00	Krebse	per Schock	18,00
Linsen	60,00	20,00			3,00

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 21. September 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Temper. n. G. in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Temper. n. G. in C.
Swinemünde	774	SW	wolkig	11	Daparanda	777	SW	2 heiter	10
Hamburg	773	W	3 wolkig	11	Petersburg	771	SW	1 bedeckt	9
Berlin	773	SW	3 wolkig	11	Gort	753	SW	6 Regen	15
Frankfurt a. M.	768	SW	2 wolkig	12	Niederbarnim				
München	767	SW	5 heiter	9	Paris	761	SW	3 halb bed.	14
Wien	769	SW	wolkig	10					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 22. September 1903. Trocken und vorwiegend heiter, ein wenig wärmer bei mäßigen südlichen Winden.

Gegründet
1825

Fr. Hahn

BERLIN

Alexanderplatz H.

Hervorragend grosse Auswahl in **Damen-Kleiderstoffen** in Wolle und Seide.

Zibeline

Welline

Engl. Noppe

Zibeline Hopsack

Zibeline rayé

Zibeline broché

Karierte und gestreifte
Lupstoffe für Blusen

Glatte und melierte
Damentuche

Himalayastoffe

Gestreifte u. karierte wollene
und seidene Blusenstoffe

Nach auswärts bitte Proben zu verlangen.

26442